



**Gemeinsame Kommission  
für die Erforschung der jüngeren Geschichte  
der deutsch-russischen Beziehungen**

**Bulletin 1**

# **Systemumbrüche und historisches Gedächtnis in der deutschen und russischen Geschichte**

**Mit Beiträgen von**

**Aleida Assmann, Ute Daniel, Bernd Faulenbach, Jan Foitzik, Manfred**

**Hildermeier, Bianka Pietrow-Ennker und Arkadij Tsfasman**

**2014**

Ute Daniel	
<b>Der Erste Weltkrieg als Epochenumbruch der deutschen Geschichte .....</b>	<b>2</b>
Manfred Hildermeier	
<b>Russland 1917: revolutionärer Bruch oder Kontinuität der Moderne .....</b>	<b>13</b>
Bernd Faulenbach	
<b>Der Umbruch 1945-49 als Zäsur und Weichenstellung der deutschen und der europäischen Geschichte .....</b>	<b>21</b>
Bianka Pietrow-Ennker	
<b>Erinnerung und historisches Gedächtnis. Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich.....</b>	<b>31</b>
Arkadij Tsfasman	
<b>Beleuchtung Stalins Rolle in den sowjetischen Geschichts-Schulbüchern (Mitte der 1930er – Mitte der 1980er) .....</b>	<b>43</b>
Jan Foitzik	
<b>Historische Darstellungen in russischen Geschichtslehrbüchern .....</b>	<b>51</b>
Aleida Assmann	
<b>Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft: Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit .....</b>	<b>67</b>

Ute Daniel

## **Der Erste Weltkrieg als Epochenumbruch der deutschen Geschichte**

Der Erste Weltkrieg gehört zu denjenigen epochalen Zäsuren, die sowohl auf globaler als auch auf nationaler und regionaler Ebene einschneidende Veränderungen hervorbrachten. Das ist so bekannt, dass ich hier nur Stichworte nennen will: Weltgeschichtlich führte der Erste Weltkrieg zur Epoche der west-östlichen Bipolarität, die bis 1989/90 andauern sollte, und leitete in die Phase der Dekolonialisierung über. In der deutschen Geschichte stehen die Jahre 1914 bis 1918 und ihr Ende, die deutsche Revolution von 1918/19, für ebenfalls sehr entscheidende Umbrüche: Ich nenne hier nur den Übergang zur parlamentarischen Demokratie, den Versailler Vertrag mit seinen vielfältigen Folgen; die Enteignung des deutschen Bildungsbürgertums und der Angestelltenschaft durch die Inflation; die Zuspitzung des Antisemitismus; den innerdeutschen Bürgerkrieg (insbesondere am Anfang und am Ende der Weimarer Republik) und den Aufstieg antidemokratischer Bewegungen wie des Nationalsozialismus.

Was die Einordnung des Ersten Weltkriegs und seiner Folgen in den Verlauf der deutschen Geschichte betrifft, so geschieht sie rückblickend, was verständlich ist, immer im Bewusstsein dessen, was folgt: Der Krieg, sein Ende und seine Folgen werden somit durchweg als Vorgeschichte des „Dritten Reichs“ zum Thema gemacht. Nun gehören zweifellos die Jahre 1914/18 und ihre Folgen zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Doch verstellt diese Linienführung, diese Deutung des Krieges *ex post* durch die Historiker (die die Zukunft derjenigen Menschen kennen, deren Geschichte sie schreiben), den Blick auf wichtige Aspekte des Epochenumbruchs 1914/18: auf solche nämlich, die quer stehen zu dieser Linienführung (auf das Jahr 1933 zu).

Was ist mit „quer stehen“ gemeint? Es sind Aspekte, die, obwohl sie auch für Deutschland um 1918 wichtig sind, nicht ausschließlich für die deutsche Geschichte Bedeutung haben; es sind solche Aspekte, die, obwohl sie auch in die Geschichte des Aufstiegs des Nationalsozialismus gehören, darüber hinaus noch in ganz andere Geschichten gehören – etwa solche, die sich im Gesamtverlauf des 20. Jahrhunderts entfalteten. Auf einen solchen – besonders wichtigen – Aspekt des Epochenumbruchs Erster Weltkrieg konzentriert sich der folgende Beitrag. Der Erste Weltkrieg wird als Katalysator für eine epochale Tendenz langer Dauer gezeichnet, nämlich einer Tendenz hin zu einer neuen Gesellschaftsdeutung der Industrienationen als „Mediengesellschaften“. Dass wir heute alle in so genannten Mediengesellschaften leben, ist eine Binsenweisheit und gängige Redensart.

Dass das entsprechende Wahrnehmungsmuster um den Ersten Weltkrieg herum virulent wurde, und zwar nicht nur in Deutschland, ist weniger bekannt, und wenig bekannt sind demzufolge auch die Auswirkungen dieser gesellschaftlichen Selbstthematization auf die politische Kultur der Industrieländer. Um den durch und durch transnationalen Charakter dieses Wandels zu verdeutlichen, werden neben deutschen auch amerikanische und britische Quellen herangezogen; erst dann nämlich wird erkennbar, dass das Heraufdämmern der „Mediengesellschaft“ als Befund der damaligen gesellschaftlich-politischen Gegenwart (mit seinen hochproblematischen Folgen für die Demokratie) kein deutsches Spezifikum war.

\*\*\*

Im Jahr 1927 erschien das Buch „Propaganda technique in the World War“ von Harold Lasswell, einem der Begründer der amerikanischen Medienwirkungsforschung. Über eine reine Bestandsaufnahme und Analyse der Weltkriegspropaganda gingen Lasswells Befunde allerdings weit hinaus:

„Propaganda ist eines der mächtigsten Instrumente der modernen Welt. [...] In der modernen Gesellschaft [“*Great Society*“ – U.D.] ist es nicht länger möglich, die Unberechenbarkeiten der Individuen durch Kriegstänze zusammenzubinden; ein neues und subtileres Mittel muss Tausende, ja Millionen von menschlichen Wesen in eine einzige Masse von Hass und Willen und Hoffnung zusammenschmelzen. Eine neue Flamme muss das Geschwür des Dissenses ausbrennen und den Stahl kriegerischer Begeisterung härten. Der Name dieses neuen ‚Hammers und Amboss‘ der gesellschaftlichen Solidarität ist Propaganda. [...] Propaganda ist eine Konzession an die Eigenwilligkeit des Zeitalters. Die Bande persönlicher Loyalität und Anhänglichkeit, die einen Mann an seinen Häuptling banden, sind lange aufgelöst. Monarchie und Klassenherrschaft sind den Weg allen Fleisches gegangen, und die Vergötzung des Individuums gilt als offizieller Kult der Demokratie. Es ist eine atomisierte Welt, in der individuelle Launen mehr Spielraum haben denn je, und sie erfordert größere Anstrengungen der Koordinierung und der Vereinheitlichung. Das neue Gegengift gegen Eigenwilligkeit ist Propaganda. Wenn die Massen frei von Eisenketten sein wollen, müssen sie silberne Ketten akzeptieren. Wenn sie nicht lieben, ehren und gehorchen wollen, müssen sie damit rechnen, verführt zu werden.“<sup>1</sup>

Zweierlei fällt an dieser Aussage auf: das Gesellschaftsbild und die mit ihm verbundene Demokratievorstellung sowie die starke Medienwirkungstheorie und der mit ihr verbundene Propagandabegriff. Beides war keineswegs ein Spezifikum dieses Autors, sondern in den 1920/30er Jahren eine Art *common sense* derjenigen, die sich wissenschaftlich, als Praktiker oder als rasonierende Beobachter ihrer Gegenwart mit der Bedeutung der Medien auseinandersetzten – und zwar nicht nur in den USA. Der generalisierende Ausdruck „Medien“ war damals zwar noch nicht verfügbar – das einzige etablierte Massenmedium war in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre immer noch die Presse, der Rundfunk begann erst, ein solches zu werden; doch im Propagandabegriff steckte bei diesen und anderen

---

<sup>1</sup> *Harold D. Lasswell*: Propaganda technique in the World War. London 1927, S. 220–222 (Übers. U.D.).

Kommentatoren sehr viel mehr als nur die Frage nach den Wirkungen, die von den Zeitungen ausgingen: nämlich die Frage nach den Auswirkungen persuasiver symbolischer Kommunikation in Wort und Schrift, Bild und Aktion ganz generell. Das macht es, wie ich meine, sinnvoll und legitim, die heute geläufige Begrifflichkeit – „Medien“ und „Medienwirkungen“ – zu verwenden.

Im Folgenden wird die These diskutiert, dass das Zusammentreffen einer spezifisch „modernen“ Gesellschaftsdiagnose, derjenigen der „Massengesellschaft“ (beziehungsweise im Englischen der „*Great Society*“), einerseits mit der Erfahrung des Ersten Weltkriegs zusammenhing, andererseits zur Etablierung einer neuen Gesellschaftsvorstellung führte, einer „Mediengesellschaft“ (was sich in parlamentarischen Demokratien ebenso vollzog wie in Gesellschaften, für welche – wie in Deutschland nach 1918 – Demokratie eine neue Erfahrung war). In den Diskursen, die den in dieser Dringlichkeit neuen Wechselbezug zwischen Medien und Gesellschaft thematisierten, verschränkten sich mehrere Ebenen zu einem nahezu alternativlosen, nachhaltigen Deutungsmuster der massenmedial strukturierten Gesellschaft: die teils implizite, teils explizite Selbstthematisierung der gebildeten und wissenschaftlichen Eliten – der Träger des Diskurses – im Gewande der alarmistischen Gesellschaftsdiagnostik; der akute Mangel an positiver demokratischer Zukunftserwartung, der durch die Erfahrung der Weltkriegspropaganda hervorgerufen bzw. verstärkt wurde; und schließlich das in dieser Form neue Spannungsverhältnis zwischen technokratischer Bejahung und kulturpessimistischer Verneinung, das sich, unter dem Eindruck nahezu grenzenloser Manipulierbarkeit, von jetzt an in allen Diskursen über Medien niederschlug.

Das große Klagelied des Kontrollverlustes, der kulturkritische Alarm der alten Eliten und älteren Generationen angesichts konkurrierender Führungsansprüche oder neuer Moden sind so alt wie die kulturelle Überlieferungsgeschichte selbst. Das Bemerkenswerte an den zuhauf veröffentlichten alarmistischen Zeitdiagnosen um 1900 ist, dass das, was zum Zentralthema von Traditionsbeschwörern wie Zukunftsorientierten wurde, nämlich die Entstehung der „Massengesellschaft“ bzw. im angloamerikanischen Sprachraum der „*Great Society*“, das komplementäre Wechselspiel traditionalistischer und fortschrittsoptimistischer Deutungszwillinge sprengte. Es waren nicht nur – obwohl auch – Nostalgiker, die vor dem drohenden Kontrollverlust im Allgemeinen und insbesondere davor warnten, dass die überkommenen Vorstellungen gesellschaftlich-politischer Führung obsolet geworden seien – diese beiden Punkte bildeten den Kern der um „Massengesellschaft“ und „*Great Society*“ kreisenden Gedankengänge. Auch und gerade reform- und zukunftsorientierte Interpreten äußerten derartige Bedenken, waren also weit entfernt davon, diese ubiquitäre

Gesellschaftsbeschreibung in einen optimistischen Entwurf einbinden zu können. Ihre Schlussfolgerungen waren zwar durchaus andere; doch deren Einfärbung fiel nicht mehr komplementär zur kulturpessimistischen aus, changierte vielmehr in eine von heute aus betrachtet merkwürdig schillernde, bisherige politische Unterscheidungen übertünchende Farbgebung hinüber.

Was es um 1900 so schwierig machte, ambivalenzfreie Zukunftsentwürfe zu formulieren, war das durch und durch ambivalente neue Menschenbild, dem sich kein Teil des politischen Spektrums entziehen konnte. Es wurde in der Sprache der neuen Humanwissenschaften, insbesondere der Psychologie, der Evolutionsbiologie sowie der Psychoanalyse, wissenschaftlich begründet und zum *common sense* der zeitgenössischen Selbstthematizierungen. Der neue Mensch der „Massenpsychologie“ und auch solcher zeitgleicher Entwürfe, die dem elitären Begründer dieser Denkrichtung, dem französischen Arzt Gustave Le Bon, durchaus fern standen, war von animalischen Trieben, unbewussten Bedürfnissen und akutem Mangel an Rationalität bestimmt. Für Le Bon war er sozial als umsturzwilliger Proletarier verortet:

„Heute werden die Forderungen der Massen nach und nach immer deutlicher und laufen auf nichts Geringeres hinaus als auf den gänzlichen Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaft, um sie jenem primitiven Kommunismus zuzuführen, der vor dem Beginn der Kultur der normale Zustand aller menschlichen Gemeinschaft war. Begrenzung der Arbeitszeit, Enteignung von Bergwerken, Eisenbahnen, Fabriken und Boden, gleiche Verteilung aller Produkte, Abschaffung aller oberen Klassen zugunsten der Volksklassen usw. – das sind ihre Forderungen. [...] Bisher wurden die Kulturen von einer kleinen, intellektuellen Aristokratie geschaffen und geleitet, niemals von den Massen. Die Massen haben nur Kraft zur Zerstörung. Ihre Herrschaft bedeutet stets eine Stufe der Auflösung. Eine Kultur setzt feste Regeln, Zucht, den Übergang des Triebhaften zum Vernünftigen, die Vorausberechnung der Zukunft, überhaupt einen hohen Bildungsgrad voraus – Bedingungen, für welche die sich selbst überlassenen Massen völlig unzugänglich sind. Vermöge ihrer nur zerstörerischen Macht wirken sie gleich jenen Mikroben, welche die Auflösung geschwächter Körper oder Leichen beschleunigen.“<sup>2</sup>

Für den britischen Sozialphilosophen Graham Wallas<sup>3</sup> war die Erkenntnis der grundsätzlich emotionsgeladenen, manipulationsgefährdeten Natur nicht auf die unteren Schichten gemünzt, sondern für alle modernen Menschen gültig. Wallas lieferte dem beginnenden 20. Jahrhundert einen neutralen Terminus für kritische Gegenwartsanalysen, „*Great Society*“, der für die im angloamerikanischen Sprachraum verbreiteten Kontrastierungen prekärer Gegenwartserfahrungen mit einer als ganzheitlicher, ambivalenzfreier imaginierten vergangenen Lebenserfahrung prägend wurde. In seinem 1914

---

<sup>2</sup> *Gustave Le Bon*: Psychologie der Massen (1895). Stuttgart o.J. [1938], S. 3, 5.

<sup>3</sup> Graham Wallas: *The Great Society. A Psychological Analysis* (1914). New York 1920.

erschienenen Buch "The Great Society" umriss er einen weiteren Problemhorizont, der es auch weniger morbiden Zeitdeutungen als derjenigen Le Bons schwer machte, Zukunft zu entwerfen: nämlich der überwältigende Eindruck allgemeinen Kontrollverlusts:

"Bis in unsere Zeit hinein lebte die große Mehrheit der Weltbevölkerung in kleinen, sich nahezu selbst versorgenden Dörfern. [...] Nun jedoch hängt die Ernährung von fünfunddreißig der fünfundvierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs von einem System weltweiter Beziehungen ab, das wesentlich komplizierter ist als das, welches von Assyrien oder Rom zur Versorgung ihrer Hauptstädte errichtet wurde. [...] Was uns freilich momentan in erster Linie ärgert und aufregt, wenn wir die Gesellschaft betrachten, in der wir leben, ist nicht die Überzeugung, dass die Welt ein schlechterer Ort ist als je zuvor, sondern das Gefühl, dass wir die Dinge nicht mehr in der Hand haben und in törichter Weise unsere Macht über die Natur vergeuden, die die Welt unendlich viel besser machen könnte."<sup>4</sup>

Als nicht länger gegenwartsadäquat erwiesen sich – dies war der dritte Problemkontext, aus welchem sich die Zeitdiagnosen unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Couleur speisten – auch die überkommenen Vorstellungen über die Art und Weise, wie Gesellschaften regiert werden. Das galt gleichermaßen für demokratisch verfasste Nationen wie für andere – nur unter umgekehrten Vorzeichen. Im deutschen Kaiserreich diagnostizierte der Sozialwissenschaftler Max Weber im Mai 1918 – als er die politische Zukunft Deutschlands noch in einer konstitutionellen Monarchie sah, die durch verbesserte Auslese ihres parteipolitischen Führungspersonals weltmachttauglich gemacht werden konnte – eine unaufhaltsame „Demokratisierung des Parteibetriebes auf der Linken wie auf der Rechten“.<sup>5</sup> Damit meinte er den neuen Einfluss der „Masse“ als solche(r) (einerlei, welche sozialen Schichten sie im Einzelfall zusammensetzen), die „nur bis übermorgen“ denke, weil sie, „wie jede Erfahrung lehrt, stets der aktuellen rein emotionalen und irrationalen Beeinflussung ausgesetzt“ sei.<sup>6</sup> Adäquate Führerauslese könne unter diesen neuartigen Bedingungen nur die „moderne Massenpropaganda“<sup>7</sup> gewährleisten:

„Denn nicht die politisch passive ‚Masse‘ gebiert aus sich den Führer, sondern der politische Führer wirbt sich die Gefolgschaft und gewinnt durch ‚Demagogie‘ die Masse. Das ist in jeder noch so demokratischen Staatsordnung so.“<sup>8</sup>

Nach 1918 etablierte sich nicht nur in nahezu allen Industriestaaten eine demokratische Verfassung, sondern auch eine Anschauungsweise der Presse, die – vom „linken“ bis zum „rechten“ Bereich des Meinungsspektrums – die gesellschaftlichen Funktion

---

<sup>4</sup> Wallas, *The Great Society*, S. 12, 323.

<sup>5</sup> Max Weber: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens* (Mai 1918). In: *ders.: Gesammelte politische Schriften*. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen, 3. erneut vermehrte Aufl. 1971, S. 306–443, hier S. 406.

<sup>6</sup> Ebd., S. 404.

<sup>7</sup> Ebd., S. 384.

<sup>8</sup> Ebd., S. 401.

der Massenmedien vor diesem Hintergrund sah: als Instrument der demagogischen Beeinflussung und Lenkung der Massen. Das *enfant terrible* der amerikanischen Kulturszene der 1920er Jahre, Henry Louis Mencken, dessen wüste Tiraden über die Dummheit, Hormonabhängigkeit und Manipulierbarkeit des einfachen Mannes ihn als eher „rechts“ ausweisen, schlug in seinen 1926 erschienenen „Notes on Democracy“ vor, die Geschichte der amerikanischen Demokratie als die der Lenkung dieser Schafsnatur des Massenmenschen durch nachhaltiges und systematisch angewandtes Angsteinjagen vor bedrohlichen Feinden zu schreiben – seien es die hessischen Söldner, die Trusts, Pancho Villa, deutsche Spione, Wall Street, der deutsche Kaiser oder die Bolschewiken. Mithilfe solcher Schreckgespenster sei die amerikanische Wählerschaft in den Weltkrieg getrieben worden, und ebenso werde sie in den nächsten Krieg gehetzt werden. Die so genannte öffentliche Meinung werde von Professoren der Massenpsychologie und in Zeitungsredaktionen fabriziert, aus dem Rohstoff, den die Furchtsamkeit des Massenmenschen bereitstelle:

” Die öffentliche Meinung in ihrem Rohzustand bricht sich Bahn in der uralten Gestalt der Furcht des Pöbels. Sie wird in zentrale Fabriken geleitet, dort aromatisiert und gefärbt und dann in Dosen abgefüllt.”<sup>9</sup>

Die Jahre des Ersten Weltkriegs waren es, die alle drei genannten Aspekte – das psychologisierte, die Manipulationsanfälligkeit betonende neue Menschenbild, den Kontrollverlust angesichts der Unübersichtlichkeit der „Great Society“ sowie die Frage nach den (je nach Lesart bedrohlichen oder aber erforderlichen) neuen politischen Lenkungsmöglichkeiten im massendemokratischen und massenmedialen Zeitalter – unter dem Oberbegriff der Propaganda zusammenführten. Sie hoben gleichzeitig das Problem auf eine neue Dringlichkeitsstufe. In allen kriegführenden Staaten war im Lauf der Kriegszeit die aktiv nach außen wie nach innen betriebene Propaganda in den Rang eines wichtigen Kriegsmittels erhoben worden. Überall wurden zwischen August 1914 und November 1918 zahlreiche Personen und Institutionen damit beschäftigt, Flugblätter zu entwerfen, deren Abwurfvorrichtungen zu optimieren, Filme zu drehen, Frontberichterstattung zu organisieren, die eigenen Soldaten zu indoktrinieren, zur Jagd auf die inneren Feinde aufzurufen und Kriegsziele und Friedensvorschläge zu propagieren. Und unmittelbar nach dem Ende des Kriegs publizierten alle diese Fachleute persuasiver Kommunikation ihre Berichte über das Geleistete, die in den Buchhandlungen neben den ebenso zahlreichen Anklageschriften derjenigen standen, die sich als Opfer der Propaganda ganz allgemein oder aber insbesondere

---

<sup>9</sup> Henry L. Mencken: Notes on Democracy. New York 1926, S. 192.



derjenigen der ehemaligen Feinde, der eigenen Regierung oder der jeweiligen Alliierten fühlten.<sup>10</sup>

So unbezweifelbar es ist, dass in diesem ersten Weltkrieg des massenmedialen Zeitalters unendlich viel gelogen, beschönigt, unterschlagen oder übertrieben wurde, dass noch nie zuvor über einen so langen Zeitraum hinweg mit solcher Intensität versucht wurde, Einfluss darauf zu nehmen, wie die Menschen im eigenen oder im Feindesland das Kriegsgeschehen interpretierten, so zweifelhaft sind die tatsächlichen Effekte dieser gigantischen Manipulationsindustrie. Tatsache ist allerdings, dass die Zeitgenossen des Weltkriegs, unabhängig von ihrer Nationalität und von ihrer politischen Einstellung, nahezu unisono von einer immens starken, nahezu unwiderstehlichen Wirkung der Propaganda ausgingen. Vermutlich resultierte dies mindestens ebenso sehr aus der wortstarken Eigenwerbung der im November 1918 freigesetzten Propagandisten aller Länder – „Reklamereklame“ wird Theodor Geiger diesen Verstärkereffekt später nennen<sup>11</sup> – wie aus der Propagandaerfahrung der Kriegszeit selbst. Ein weiteres Moment kam jedoch hinzu: In einigen Ländern war die Vorstellung, Propaganda könne Menschen und ganze Gesellschaften praktisch unbegrenzt manipulieren, Bestandteil wichtiger politischer Frontstellungen der Nachkriegszeit. Dies galt für Deutschland, wo die zersetzende Wirkung der Feindpropaganda auf die deutsche Zivilbevölkerung und auf die Frontsoldaten von der ehemaligen Obersten Heeresleitung als eine der wesentlichen Ursachen für den deutschen Zusammenbruch ins Feld geführt und in dieser Funktion Teil der „Dolchstoßlegende“ wurde. Dies galt ebenfalls für die USA, wo die revisionistische Kritik an Woodrow Wilsons Kriegseintritt der britischen Propaganda große Bedeutung für diesen Schritt zumaß und auch die Art und Weise, wie 1917/18 die amerikanische Kriegsgesellschaft mithilfe des „Committee on Public Information“ – der agilsten und einflussreichsten unter allen Propagandabehörden der Kriegszeit weltweit – und seiner Werbefachleute auf Linie gebracht wurde, negative Schlagzeilen machte. In beiden Ländern, aber auch andernorts verstärkte die panikartige Reaktion auf die Horrorszenarien allgegenwärtiger bolschewistischer Umsturzpropaganda das allgemeine Syndrom. „Red scare“, politische Indienstnahmen des Propagandavorwurfs und die „Reklamereklame“ der Kriegspropagandisten – aus deren Reihen sich nach 1918 viele staatliche und kommerzielle Propaganda- und Public-Relations-Spezialisten rekrutierten –

---

<sup>10</sup> Um nur einige Titel aus der Vielzahl der Publikationen aufzuführen: *George Creel*: How we advertised America. New York, London 1920, Repr. New York 1972; *Kurt Mühsam*: Wie wir belogen wurden. Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes. München 1918; *Campbell Stuart*: Geheimnisse aus Crewe House. Die Geschichte eines wohlbekannten Feldzuges. Leipzig 1922 (britische Orig.ausg. London 1920).

<sup>11</sup> *Theodor Geiger*: Kritik der Reklame (1943). Siegen 1986.

amalgamierten sich zu einer von Befürwortern wie Gegnern dieser Manipulationstechnik geteilten starken Medienwirkungstheorie.

Auch wenn die Weltkriegserfahrung vorausgegangenen Wahrnehmungsmustern nichts prinzipiell Neues hinzugefügt, sie nur verstärkt und zugespitzt hatte – hinter die überwältigende Evidenz, die die gefühlte Wucht der Kriegspropaganda ausstrahlte, führte kein Weg mehr zurück. Nostalgische Beschwörungen traditioneller Vergesellschaftungsformen, die als weniger entfremdet, überschaubarer und manipulationsresistenter erschienen und in welchen die „öffentliche Meinung“ noch von den gebildeten Oberschichten und vertrauenswürdigen Politikern bestimmt wurde, wirkten nunmehr deplatziert.<sup>12</sup> Neu war nicht der Befund als solcher, neu war die Unumgänglichkeit, mit welcher er nach dem Ersten Weltkrieg wissenschaftliche und politische Gesellschaftsentwürfe durchtränkte. Die „Great Society“ konnte weder analysiert noch regiert werden, wenn man eines der wichtigsten Instrumente, um ihre psychischen, sozialen und materiellen Fliehkräfte zu binden und zu beherrschen, nicht in Rechnung stellte. Das Phänomen der Propaganda fand deswegen zunehmend Eingang in die gesellschaftlichen Selbstthematisierungen, was diese in Richtung dessen tendieren ließ, was heute „Mediengesellschaft“<sup>13</sup> heißt: Sie beschrieben eine Vergesellschaftungserfahrung, die ohne massenmediale Beteiligung nicht mehr vorstellbar war, und eine Politikerfahrung, die die neuen Manipulationsmöglichkeiten zumindest in Rechnung stellen, wenn nicht einplanen musste. Propaganda war der Kitt, der die Gesellschaften zusammenhielt und zu einer handlungsfähigen Einheit formte; wie der deutsche Sozialwissenschaftler Johann Plenge es ausdrückte:

„Die Gesellschaftslehre [gipfelt] in der Organisationslehre, in der Lehre von der praktischen Kunst, menschliche Willen zur Einheit zusammenzufassen und als Einheit zu bestätigen. Diese praktische Seite der Gesellschaftslehre ist ohne Propaganda nicht denkbar. [...] Und je mehr die Gesellschaft an die Stelle der Gemeinschaft tritt, je mehr der einzelne auf sich steht und sich durchsetzen muss, [...] je wogender sich die Unruhe der Massen hebt, je vielgestaltiger die Gliederung sich schichtet, umso mehr nimmt das Kraftfeld der Propaganda an Umfang und an Aktivität zu. Sagen wir: ausgleichende Ordnung, zusammenfassende Organisation soll in freiem Zusammenwirken aus dem Chaos wieder den Kosmos machen, so rufen wir nach stärkster Propaganda von stärkster Überzeugungskraft.“<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Deswegen wohl fiel Ferdinand Tönnies' „Kritik der öffentlichen Meinung“ (Berlin 1922) in ein regelrechtes Rezeptionsloch: Der Nestor der deutschen Sozialwissenschaft hatte hier noch einmal versucht, gegen die neue Realität des massenmedialen Zeitalters die überkommene Elitenversion der „öffentlichen Meinung“ aufrechtzuerhalten.

<sup>13</sup> Corey Ross schlägt den Begriff „Mediendemokratie“ für die Nachkriegszeit des Ersten Weltkriegs und ihren Diskurs über die neue Form der Vergesellschaftung vor; *Corey Ross: Mass Politics and the Techniques of Leadership. The Promise and Perils of Propaganda in Weimar Germany*. In: *German History* 24 (2006). S. 184–211, hier S. 184.

<sup>14</sup> *Johann Plenge: Deutsche Propaganda. Die Lehre von der Propaganda als praktische Gesellschaftslehre*. Bremen 1922, S. 13, 42.

Dass die überlieferte Idee der Demokratie schwerlich mit diesem Gesellschaftsbild vereinbar war, blieb diesen Zeitdiagnostikern nicht verborgen – auch wenn nicht alle die Ersetzung des mündigen, autonomen, durch sein kundiges Urteil und Wahlverhalten die Politik bestimmenden Bürgers durch einen an den Strippen persuasiver Kommunikation durchs Leben gezerrten Massenmenschen so drastisch ausmalten wie der eingangs zitierte Harold Lasswell – einer der Begründer der akademischen Kommunikationsforschung in den USA. Auch für ihn waren Gesellschaft und Demokratie ohne massives “engineering of consent“<sup>15</sup> nicht mehr denkbar: Am silbernen Seil der Propaganda müsse das unberechenbare Individuum geführt werden, wenn Gesellschaft überhaupt möglich sein soll. Nicht nur die akademischen und kommerziellen Profis der heraufziehenden „Mediengesellschaft“ und der ihr gemäßen Technokratie der persuasiven Kommunikation gingen von der Unausweichlichkeit der neuen Vergesellschaftungsformen aus, sondern auch Liberale wie der amerikanische Pragmatist John Dewey, der Ende der 1920er Jahre resigniert das neue Menschen- und Gesellschaftsbild bestätigte – in Formulierungen, die spätere Diagnosen der permanent erregten Mediengesellschaft<sup>16</sup> vorwegnahmen:

„Ich vermute, dass die Intelligenteren unter denen, die die Publicity-Agenturen betreiben, welche Konformität herstellen, über ihren eigenen Erfolg bestürzt sind. Ich könnte mir vorstellen, dass sie ihre Fähigkeit, die von ihnen gewünschten Ergebnisse zu einem gewünschten Zeitpunkt zu erreichen, zynisch betrachten [...]. Die verwendeten Methoden produzieren Massengläubigkeit, und diese springt von einer Sache zur nächsten, je nach der herrschenden Suggestion des Tages. Wir denken und fühlen gleich – doch nur für einen Monat oder eine Saison. Dann kommt irgendein anderes sensationelles Ereignis oder eine andere Persönlichkeit und bewirkt hypnotisierende Uniformität.“<sup>17</sup>

Politische Propaganda, PR und der an Kino und Rundfunk beobachtbare Ausbau des massenmedialen Ensembles fusionierten zu einem als außerordentlich bedrohlich wahrgenommenen Szenario ubiquitärer Verführung und Täuschung. Diesen Befund teilten „linke“ wie „rechte“ Zeitdiagnosen weiterhin gleichermaßen, und zwar in allen Industrieländern. Ihre Schwerpunktsetzungen unterschieden sie jedoch: Liberale und Linke reagierten alarmiert auf die Gefährdungen von Demokratie und Meinungsfreiheit durch Faschismus und Nationalsozialismus. Und sie stießen sich daran, dass die Allgegenwart persuasiver Kommunikationstechniken die amerikanische Gesellschaft ebenso auszeichnete

---

<sup>15</sup> So lautete der Titel einer Veröffentlichung von *Edward L. Bernays: The Engineering of Consent*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 250 (March 1947), S. 113–120.

<sup>16</sup> *Christoph Türcke: Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation*. München 2002.

<sup>17</sup> *John Dewey: Individualism Old and New* (1929), wieder abgedruckt in *ders.: The Later Works, 1925–1953*. Bd.5: 1929–1930. Carbondale u.a. 1984, S. 41–143, hier 82f.

wie die faschistische und die nationalsozialistische. Technokratische Zeitdiagnostiker wie der eingangs zitierte Harold Lasswell empfahlen demgegenüber, die neuen Manipulationsmöglichkeiten zu nutzen, die Demokratie also durch den Einsatz von Propaganda vor Propaganda zu schützen.

Rückblickend ist erkennbar, dass es diese Auffassung von „Mediengesellschaft“ war, der die kommenden Jahrzehnte folgten: indem im Umfeld des Zweiten Weltkriegs und in der Zeit des Kalten Kriegs weltweit der Medieneinsatz und die aktiv betriebene Propaganda in den Rang eines zentralen politischen Lenkungsmittels aufrückten. Die mit dieser Auffassung verbundene Vorstellung einer übermächtigen Medienwirkung, mittels derer Menschen nahezu grenzenlos manipuliert werden können, verlor in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nach und nach ihre Glaubwürdigkeit – ironischerweise genau dann, als die nicht mehr nur vorgestellte, sondern reale Mediengesellschaft unserer Tage Wirklichkeit wurde: eine Mediengesellschaft, in welcher Massenmedien und real existierende Demokratie zu einer neuen Form der Politikgestaltung fusioniert sind, in der weder die Akteure noch die Rezipienten zwischen der Repräsentation der Wirklichkeit und der Wirklichkeit der Repräsentation unterscheiden können.

## Russland 1917: Revolutionärer Bruch oder Kontinuität der Moderne?

Es gehört zum Metier des Historikers, jede vermeintliche Zäsur daraufhin zu befragen, ob sie auch wirklich eine sei. Denn es ist nachgerade die *raison d'être* der Geschichtswissenschaft, von der Prämisse auszugehen, dass es Brüche eigentlich *nicht* geben *kann*: Theoretisch gesehen umfasst die Geschichte alles und springt nichts aus ihr heraus. Wenn sie aber, hegelianisch gesprochen, ihre eigene Negation umfasst, muss es Kontinuität und Anknüpfung geben – in welchem Segment des bekanntermaßen breiten und vielgestaltigen Stroms der Geschehnisse auch immer. Das gilt auch für Revolutionen, die gemeinhin als Inbegriff von Bruch und Diskontinuität, von Zerstörung und Neubeginn gelten. Revolutionen waren kein Stühlerücken am Kabinettstisch – Revolutionen brachten neue Regime auf den Weg: wie in Russland 1917 oder in Deutschland 1918.

Um so reizvoller war und bleibt die Frage, ob sich auch bei Revolutionen unter der Oberfläche der radikalen Neuerung nicht doch manche Kontinuität verbirgt. Bekanntlich ist diese Frage schon früh für die Französische Revolution gestellt worden, und sie hat durch die „kulturgeschichtliche Wende“ der beiden letzten Jahrzehnte neue Aktualität und neues Gewicht erhalten. In ihrer ursprünglichen Version verbindet sie sich unauflöslich mit dem klassischen Werk von Alexis de Tocqueville über „Das alte Regime und die Revolution“<sup>18</sup>. Schon oder noch aus bemerkenswert kurzer Distanz – Tocquevilles Vater zählte zu den Opfern der Revolution und er selbst war noch gemaßregelt worden – hat dieser messerscharfe liberal-konservative Analytiker entdeckt, dass die revolutionäre Regierung und erst recht die Napoleonische Teil-Restauration, genau besehen, den administrativen und politischen Zentralisierungsprozess fortsetzten, der schon unter dem *Ancien régime* begonnen hatte.<sup>19</sup> Auch sozialgeschichtlich war die Kontinuität mit Händen zu greifen; denn es war nach dem Ende der radikalen Revolution doch in erheblichem Maße die alte Schicht der *bourgeoisie d'ancien régime*, die am meisten Profit aus dem neuen Grundsatz der Eigentumsgarantie und dem weitgehenden ungehinderten, von Standesbarrieren befreiten, auf Bildung, Leistung und Vernetzung beruhenden Aufstieg in die neue, napoleonische Führungsschicht der Notablen zog.<sup>20</sup>

Zu diesen älteren Befunden gesellten sich im Zuge der „kulturgeschichtlichen Wende“ während der letzten Jahrzehnte neue Einsichten über den Mentalitätswandel in mittelfristiger Perspektive. So zeigte Michel Vovelle in einer Pionierstudie über Grabinschriften, dass sich Weltanschauung und Wahrnehmung schon im *Ancien régime* seit der Mitte der 18.

---

<sup>18</sup> Ausgabe u.a.: Alexis de Tocqueville: Der alte Staat und die Revolution. Hrsg. v. Jacob P. Mayer. München 1989.

<sup>19</sup> Vgl. vor allem ebd., Zweites Buch.

<sup>20</sup> Resümee und Literatur bei: Elisabeth Fehrenbach: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress. 4. Aufl. München 2001, S. 40f.

Jahrhunderts zu wandeln begannen, indem Religion und kirchliche Lehre als Kompass des individuellen Denkens und Handelns an Bedeutung verloren und einer zunehmenden Säkularisierung Platz machten.<sup>21</sup> Ähnlich haben Studien von Robert Darnton über die Populärliteratur und zum Teil drastische Kritik an den Repräsentanten des *Ancien régime*, an der Verschwendungssucht und dem Liebesleben von Marie Antoinette oder der Schein-Heiligkeit der Kirche belegt, dass die absolute Monarchie ihren sakrosankten Charakter längst verloren hatte und dabei war, ihre Legitimität zu verspielen. Und in jüngster Zeit haben Lynn Hunt und Roland Chartier diesen Perspektivenwechsel in weithin rezipierten Studien ergänzt, so dass beinahe der Eindruck entstand, als sei die Französische Revolution nur eine Episode unter anderen in einem eher evolutionären längerfristigen kulturellen Wandel gewesen.<sup>22</sup> Wenn man diese Frage nach dem Verhältnis von Kontinuität und Bruch auf Russland überträgt, wird man zu allererst zwischen den beiden Revolutionen des Jahres 1917 unterscheiden müssen.

Für das Februarregime liegt die Verbindung mit dem Zarenreich auf der Hand: Es waren beinahe ausnahmslos die führenden Parlamentarier, die Dumaabgeordneten des liberalen „Progressiven Blocks“, die die neue Regierung stellten. Beinahe nach marxistischem Lehrbuch wuchs die neue politische Elite im Schoß der alten Ordnung heran, einer Ordnung, die sich bereits auf ein Parlament hatte einlassen müssen und damit ein Forum der politischen Diskussion und öffentlichen Aufmerksamkeit geschaffen hatte. Die liberalen Politiker blieben zwar von der Macht ausgeschlossen. Insofern fand im Februar ein weitgehender Elitentausch statt, aber neu war das Personal nicht. Faktisch hatten die Liberalen in den *zemstva* und in den Stadtmagistraten bereits große Bereiche der inneren Verwaltung und des politischen Lebens in der Provinz übernommen, weil sich der Staat zunehmend als unfähig erwies, mit den besonderen Problemen fertig zu werden, die der Krieg mit sich brachte.<sup>23</sup>

Nicht so eindeutig ist die Kontinuitätsfrage mit Blick auf die zweite Säule, den Sowjet und die moderaten revolutionären Parteien zu beantworten, die ihn trugen. Auch die sogenannten „rechten“ Menschewiki und Sozialrevolutionäre, selbst diejenigen, die den Krieg gegen die Deutschen und den Kaiser unterstützten, standen natürlich außerhalb des alten Regimes. Sie gehörten nicht nur zur politischen Opposition, sondern auch zu einer Gegengesellschaft, die sich zum Anwalt der Ausgegrenzten, der Arbeiter und Bauern, machte. Zugleich hatten sie

---

<sup>21</sup> *Michel Vovelle*: Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten. Frankfurt/M 1985.

<sup>22</sup> Vgl. u.a. *Robert Darnton*: Poesie und Polizei. Öffentliche Meinung und Kommunikationsnetzwerke im Paris des 18. Jahrhunderts. Frankfurt/M. 2002; *ders.*: Das große Katzenmassaker. Streifzüge durch die französische Kultur vor der Revolution. München 1989; *Roger Chartier*: Die kulturellen Ursprünge der Französischen Revolution. Frankfurt a. M. u.a. 1995; *Lynn Hunt*: Politics, Culture, and Class in the French Revolution. Berkeley u.a. 1986.

<sup>23</sup> Vgl. *Raymond Pearson*: The Russian Moderates and the Crisis of Tsarism 1914–1917. London 1977; *Helmut Gross*: Selbstverwaltung und Staatskrise in Rußland 1914–1917. Macht und Ohnmacht von Adel und Bourgeoisie am Vorabend der Februarrevolution. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 28 (1981), S. 205–378; *William G. Rosenberg*: Liberals in the Russian Revolution. The Constitutional Democratic Party, 1917–1921. Princeton 1974.

sich aber bereits auf den Weg gemacht, auf dem die deutsche Sozialdemokratie schon weit fortgeschritten war. Dies hatten der Krieg und die von ihm begründete Notwendigkeit bewirkt, die Rüstungsproduktion unter Beteiligung von Arbeitervertretern zu organisieren. Sicher kam den Kriegsindustriekomitees keine Bedeutung zu, die mit der parlamentarischen und auch sozial-institutionellen Integration der deutschen Sozialdemokratie vergleichbar gewesen wäre. Dennoch darf man annehmen, dass auch sie einen pragmatischen und verantwortlichen Kurs unterstützten, zumal sie davon ausgehen konnten, dass die liberal-oppositionelle „Gesellschaft“ im Umfeld des Zemstvo- und des Städtebundes ohnehin dabei war, den bekämpften autokratischen Staat auszuhöhlen.<sup>24</sup>

Dagegen lässt sich sehr viel schwerer sagen, ob mit der Februarrevolution auch eine neue soziale und wirtschaftliche Elite ans Ruder kam. Die Provisorische Regierung hat bekanntlich keine acht Monate amtiert, bevor sie gestürzt wurde. In dieser Zeit herrschte wirtschaftliches Chaos, und eine neue Gesellschaft jenseits der nun verkündeten formalrechtlichen Gleichheit, eine Gesellschaft, die ihre Prestigehierarchie und Leitwerte hätte erkennen lassen, konnte sich noch nicht herausbilden. Es liegt aber auf der Hand, dass die alte Oberschicht deutlich an Gewicht verlor. Der Adel musste zwar noch nicht emigrieren, konnte auf dem Dorf häufig wohl auch mehr faktischen Einfluss wahren, als ihm formal eingeräumt wurde, aber er stand mit dem Rücken zur Wand. Sehr wahrscheinlich ist, dass eine ähnliche Entwicklung eingeleitet worden war wie in der Weimarer Republik: Der Adel blieb erhalten, er vergass auch seine charakteristische Fähigkeit, nämlich die „Kunst, oben zu bleiben“ nicht. Aber er verlor nicht nur seinen politischen Einfluss, sondern auch seine soziale und kulturelle Leitfunktion.<sup>25</sup>

\*\*\*

Ganz anders waren nun die Folgen des bolschewistischen Umsturzes vom Oktober 1917. Im typologischen Langzeitvergleich wird man das, was einst als „Triumphzug“ sozialistischer Zielvorstellungen gefeiert wurde, eher als eine zweite, radikale Phase der Revolution betrachten – analog zur zweiten Phase der Französischen Revolution, mit der sich die russischen Revolutionäre bekanntlich selber ständig verglichen. Und zweifellos ging die „Diktatur des Proletariats“ ähnlich gewalttätig gegen ihre Feinde vor wie die Guillotine Robespierres 1792–1794. Die Bolschewiki und die Jakobiner waren geistige Brüder; sie wollten die konsequente, die reine Revolution, die den Erdball von allem „Ungeziefer“ säuberte, wie die Überschrift eines der bekanntesten Plakate verkündete, anstatt sich mit Andersdenkenden oder gar Gegnern pragmatisch zu arrangieren. Zwar zwangen die Bauernaufstände der Jahre 1920/21 dann doch zu einem Kompromiss in Gestalt der Neuen

---

<sup>24</sup> Lewis H. Siegelbaum: *The Politics of Industrial Mobilization in Russia, 1914–1917. A Study of the War-Industries Committees*. New York 1983; Geoff Swain: *Russian Social Democracy and the Legal Labour Movement, 1906–1914*. London u.a. 1983.

<sup>25</sup> Vgl. Rudolf Braun: *Konzeptionelle Bemerkungen zum Obenbleiben. Adel im 19. Jahrhundert*. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): *Europäischer Adel 1750–1950*. Göttingen 1990, S. 87–95. Die Geschichte des Adels im Revolutionsjahr (und danach) bleibt ein „weißer Fleck“ auf der Landkarte der historischen Russlandforschung.

Ökonomischen Politik (NÉP). Aber diese erscheint aus heutiger Sicht eher als Atempause denn als mittel- oder gar langfristige Strategie. Jedenfalls steht außer Zweifel, dass die Ideologie und kein irgendwie gearteter Zwang 1929 den Ausschlag für die fatale Entscheidung gab, diesen Kompromiss aufzukündigen und die „halbe Revolution“, bei der man es 1921 belassen hatte, zu Ende zu bringen.

Es liegt auf der Hand, dass ein solch radikaler Umsturz, der sich mit dem nachfolgenden Bürgerkrieg zu einer Revolution im üblichen historischen Sinn addierte, schärfer mit dem *Ancien régime* ins Gericht ging. Sein Erneuerungswille betraf *alle* Ebenen der historischen Wirklichkeit. Er wurde aber nicht nur von einer „Utopie der Säuberung“ angeleitet, wie man treffend formuliert hat,<sup>26</sup> sondern auch von sehr bestimmten, wenn auch auch nicht konkreten Vorstellungen darüber, was an die Stelle des Alten treten sollte. Eben dies machte den Kern der sozialistischen Ideologie aus, die zur monopolistischen Staatsdoktrin avancierte.

Aus dieser Radikalität des Umsturzes ergab sich von selber, dass die neuen Herren einen tiefgreifenden Austausch der politischen Elite vornahmen. Anders als im Februar saß kein einziger annähernd einflussreicher Politiker der alten Regierung in der neuen oder einem Gremium in deren Umkreis. Im Gegenteil, die alten Minister wurden verhaftet, die führenden Persönlichkeiten der liberalen Bewegung mussten fliehen und mit Ausbruch des Bürgerkriegs im Frühsommer 1918 wurden auch die anderen revolutionären Parteien verboten. Es waren Revolutionäre aus dem Exil und wirkliche *homines novi* aus dem innerrussischen Untergrund, die nun die Schalthebel der Macht übernahmen.

Völlig neu war sicher auch die soziale Pyramide, die nach und nach Gestalt annahm. Nicht nur der Adel verschwand aus der Gesellschaft – nun auch größtenteils physisch durch Emigration, Vertreibung oder Vernichtung. Auch die neue wirtschafts- und bildungsbürgerliche Schicht, der das Februarregime den Weg frei gemacht hatte, wurde entthront oder verfolgt oder floh zu den „Weißen“ oder alles zusammen. Das neue Regime verstand sich programmatisch als Avantgarde der Unterschichten und förderte sie im ersten Jahrzehnt auch. Es steht außer Zweifel, dass sich die Tore des Aufstiegs für Arbeiter und Bauern so weit öffneten wie nie zuvor. Im Bürgerkrieg wurde vor allem die Rote Armee zu einer Schleuse sozialer Mobilität; generell sorgte nicht nur die Partei, sondern eine Vielzahl weiterer Organisationen quasistaatlichen Charakters für ungeahnte Karrierechancen. Zu diesem Prozess gehörte schon sehr früh auch die Herausbildung einer neuen Schicht, deren „Beruf“ die Ausübung von Funktionen war. Die Angehörigen dieser Schicht definierten sich weder durch Besitz oder Nichtbesitz von materiellem Vermögen noch durch einen bestimmten Status in der Produktionshierarchie noch primär durch ihre örtliche Verankerung in der Stadt oder auf dem Lande oder durch bestimmte manuelle oder geistige Qualifikationen. Ihr hauptsächliches Merkmal war die Zugehörigkeit zu einem Apparat, der sie mit Anweisungs- und Verfügungskompetenz ausstattete: Die Teilhabe am Machtmonopol,

---

<sup>26</sup> *Gerd Koenen*: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 1998.



das die Partei unter Vereinnahmung des Staates und der sozialen Verbände, seit 1928 auch der wirtschaftlichen Organisationen, an sich zog, wurde zum entscheidenden Kriterium des sozialen Status. Herrschaftsklassen ersetzen Leistungs- und Marktklassen.<sup>27</sup> Die neue Herrschafts- und Sozialordnung, die man als *monoorganizational society*<sup>28</sup> bezeichnet hat, brachte ihre eigenen Zuordnungen und Schichtungen hervor, denen zwei Triebkräfte fehlten: plurale Strukturen und der Markt.

Keiner Erläuterung bedarf schließlich, dass auch Werte, Moral und geistige Kultur einem tiefgreifenden Wandel unterlagen. Vor allem die zweite Phase der russischen Revolution öffnete einer breiten Palette kulturevolutionärer Strömungen, von der ästhetischen Avantgarde bis zur Bohème, die Tore. Futurismus, Suprematismus, Konstruktivismus, Massenspektakel, Agitationstheater, die soziale und sexuelle Emanzipation der Frau, neue Vorstellungen von Familie und Ehe, die Effektivierung des Arbeitslebens und der Zeitgestaltung, die Idee vom neuen Menschen und andere Hervorbringungen einer krisengeschüttelten Moderne fanden ihren Weg nach Russland.<sup>29</sup> Wie tief sie wirklich in den Alltag eindringen, ob sie die traditionsbestimmte Lebensweise auf dem Dorf je erreichten, mag hier außer Betracht bleiben. Von Belang ist allein der unbezweifelbare Tatbestand, dass die alte Wertehierarchie auf den Kopf gestellt wurde. Zu konservativen Idealen, zu Autorität, Familie und Nation kehrte, mit welchen Modifikationen auch immer, erst der Stalinismus der 1930er Jahre zurück.<sup>30</sup>

\*\*\*

Und dennoch: Obwohl Oktoberumsturz und Bürgerkrieg sowohl einen politischen als auch einen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bruch markierten, obwohl sie also den Begriff einer radikalen Revolution so gründlich erfüllen wie vor ihnen wohl kein vergleichbares Geschehen und nach ihnen höchstens die Chinesische Revolution – gab es auch im russischen Fall von Anfang zugleich gute Argumente zugunsten einer erheblichen Kontinuität. Sie galten vor allem drei Entwicklungen.

- (1) Erstens fiel bald ins Auge, dass die neuen Herren nach 1921 über ungefähr dasselbe Territorium geboten wie die alten. Von Finnland, den baltischen Republiken,

---

<sup>27</sup> Vgl. *Sheila Fitzpatrick*: Ascribing Class. The Construction of Social Identity in Soviet Russia. In: *Journal of Modern History* 65 (1993), S. 745–770.

<sup>28</sup> Vgl. *Thomas H. Rigby*: Stalinism and the Mono-Organizational Society. In: *Robert C. Tucker* (Hrsg.): *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*. New York 1977, S. 53–76; *ders.*: *The Changing Soviet System. Mono-organisational Socialism from its Origins to Gorbachev's Restructuring*. Aldershot, Hants 1990.

<sup>29</sup> Vgl. *Richard Sities*: *Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution*. New York 1989; *Karl Schlögel*: *Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne. Petersburg 1909–1921*. Berlin 1988; *Stefan Plaggenborg*: *Revolutionskultur: Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrussland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus*. Köln u.a. 1996.

<sup>30</sup> Zur Diskussion: Vgl. *David L. Hoffmann*: Was there a "Great Retreat" from Soviet Socialism? Stalinist Culture Reconsidered. In: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5.4 (2004), S. 651–674 sowie die nachfolgenden Beiträge; *ders.* (Hrsg.): *Stalinist Values. The Cultural Norms of Soviet Modernity. 1917–1941*. Ithaca u.a. 2003.

Bessarabien und jenen Gebieten der westrussischen Gouvernements abgesehen, die 1920 im russisch-polnischen Krieg verloren gingen, stand die Rote Armee wieder in den Gebieten, die das zarische Russland seit dem 17. Jahrhundert und vor allem im 19. Jahrhundert erobert hatte. Da die Union als Föderation gleichberechtigter Republiken von Anfang leicht als formaler Schein zu durchschauen war, ergab sich für nüchterne Beobachter und erst recht für Kritiker des neuen Regimes die bemerkenswerte Erkenntnis, dass die selbsternannte sozialistische Herrschaft die imperialistische nahtlos fortsetzte. Aus dieser Perspektive waren die neuen Herren die alten.<sup>31</sup>

(2) Zweitens ist nicht minder rasch erkannt worden, dass die neue Herrschaft spätestens seit dem Verbot nicht nur der liberalen Kadetten, sondern auch der anderen sozialistischen Parteien zur Diktatur einer Partei pervertierte. Diese Partei war überdies von Anfang an sehr zentralistisch geführt worden. Wie bekannt, nahm Lenin seit der ersten Stunde eine herausragende Stellung ein, deren Legitimation durch demokratische Wahl insofern bloßer Schein war, als seine Abwahl gar nicht denkbar war. Vollends nach dem Oktobercoup rückte der Staatsgründer auf ein Podest, das ihm faktisch autokratische Machtfülle gab. Die spätere, auf Stalin gemünzte Rede vom roten Zaren war in der unterstellten Kontinuität gewiss schief, aber sie traf einen richtigen Kern: das Fehlen jeglicher effektiver demokratischer Kontrolle in und außerhalb der Partei. Mehr noch, die Mon-Archie, i. e. die Alleinherrschaft, trat insofern sogar deutlicher hervor, als die Anfänge einer Zivilgesellschaft in den Regionen durch den Oktoberumsturz und den Bürgerkrieg zunichte gemacht worden waren.

(3) Schließlich wurde im Rückblick aus etwas größerer Distanz spätestens mit der sogenannten Stalin'schen „Revolution von oben“ 1929–30 deutlicher, dass das neue Regime auch das wirtschaftspolitische Hauptanliegen der letzten zarischen Jahrzehnte übernahm: die Industrialisierung und Modernisierung. Bekanntlich hatte die Sowjetunion 1927 das volkswirtschaftliche Leistungsniveau von 1913 wieder erreicht. Danach nahm es mit neuen, brachialen Methoden und enormen Ressourceneinsatz eine neue Etappe in Angriff. Die forcierte Industrialisierung unter Stalin setzte fort, was Witte begonnen hatte.

\*\*\*

Diesen bekannten Aspekten historischer Kontinuität über die Zäsur des Jahres 1917 hinweg fügen nun neuere Forschungen einen weiteren hinzu: die Neigung oder die Sucht des modernen Staates, seine Bevölkerung nicht nur zu vermessen, sondern sie auch nach seinem

---

<sup>31</sup> Klassische Darstellung: *Richard Pipes: The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism. 1917–1923.* Cambridge, MA 1964.

Willen zu formen.<sup>32</sup> Diese *longue durée* ist auf einer anderen Ebene angesiedelt. Die Kontinuität zentralistisch-autokratischer Herrschaft meint ein Erbe der *russischen* politischen Kultur, das einige Beobachter sogar bis ins Zeitalter des Aufstiegs der Moskauer Großfürsten zurückdatiert haben. Desgleichen stand die Industrialisierung an der Spitze einer Agenda, die sich aus der Geschichte des Landes, aus seinen spezifischen Voraussetzungen ergab. Im Gegensatz dazu legt die These einer tief verwurzelten, immanenten Gewalthaftigkeit des modernen Staates den Akzent auf die Identität eines *gemeinsamen* Prozesses in Russland und Europa. Solche Kontinuität entspringt nicht besonderen, landesspezifischen Bedingungen, sondern gehört zur Ambivalenz der Moderne generell. Monokratie, Diktatur, Gewalt und Terror in der Vorkriegssowjetunion erscheinen weder als russische Erbschaft noch als Eigenarten und Exzesse des sozialistisch eingekleideten Versuchs, die westliche Entwicklung in kurzer Zeit nachzuholen. Nicht Gewalt und Rückständigkeit gehören zusammen, sondern Gewalt und moderne Staatlichkeit. Die Kontinuität liegt nicht in der Abweichung von einer generellen Entwicklung, sondern in der *Teilhabe* an ihr. Der „Staat als Gärtner“<sup>33</sup> – dies eine häufig zitierte Metapher – entstand in der europäischen Aufklärung, als sich Politik und Vernunft miteinander verbanden, um Staat und Gesellschaft nach Kriterien der Letzteren zu planen, sie wissenschaftlich-statistisch zu beschreiben und auf dieser Grundlage zu modellieren. Der Staat förderte, was ihm sinnvoll erschien – und er jätete, was er für Unkraut hielt. Als dieser Staat im 20. Jahrhundert in die Hände von Ideologen fiel, standen die Zwangsmittel bereit, um den „Volkskörper“ nach den ideologischen Vorgaben zu gestalten – und Millionen von Angehörigen falscher Rassen ebenso wie Millionen von Angehörigen falscher Klassen auszurotten oder auszuschalten. Totalitäre Herrschaft wird zum Produkt hypertrophierter Vernunft und eines durch moderne Technik und administrative Effizienz gleichermaßen exponentiell vergrößerten Gewaltpotentials der Staates.

Auch wenn man die Gleichsetzung von rotem und braunem Terror ablehnt, die ihr implizit innewohnt – wie dies die meisten Vergleiche dieser Art tun<sup>34</sup> –, vermag diese These einer weiteren Kontinuität durchaus einzuleuchten. Peter Holquist und andere haben viele einschlägige Maßnahmen des neuen Sowjetstaates, die Erfassung der Bevölkerung ebenso wie ihre geheimdienstliche Bespitzelung, bis in die späte zarische Epoche überzeugend zurückverfolgt. Zweifellos verfügt der moderne Staat, der gelernt hat, seine Ressourcen effektiv zu nutzen, der die Bevölkerung fiskalisch erfasst, der sie durch Volksbildung

---

<sup>32</sup> Vgl. u.a. Peter Holquist: State Violence as Technique. The Logic of Violence in Soviet Totalitarianism. In: David L. Hoffmann (Hrsg.): Stalinism. The Essential Readings. Malden, MA u.a. 2003, S. 129–156; ders.: To Count, to Extract, and to Exterminate. Population Statistics and Population Politics in Late Imperial and Soviet Russia. In: Ronald G. Suny, Terry Martin (Hrsg.): A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin. Oxford, N.Y. 2001, S. 111–144; zur Gesamtdiskussion: Stefan Plaggenborg: Experiment Moderne. Der sowjetische Weg. Frankfurt/M. u.a. 2006.

<sup>33</sup> Amir Weiner (Hrsg.): Landscaping the Human Garden. Stanford 2003; entliehen von: Zygmunt Bauman: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992.

<sup>34</sup> Zuletzt: Ulrich Herbert: National Socialist and Stalinist Rule. The Possibilities and Limits of Comparison. In: Manfred Hildermeier (Hrsg.): Historical Concepts between Eastern and Western Europe. New York 2007, S. 5–22.

qualifiziert, der sie psycho-mental mobilisiert, der seine Wirtschaft fördert, die technische Weiterentwicklung unterstützt und der dies alles rational plant und sich dabei zunehmend wissenschaftlichen Sachverstands bedient – zweifellos verfügt ein solcher Staat über ein dramatisch gestiegenes Kontroll- und Zwangspotential. Erst der moderne Staat konnte den qualitativen Schritt vom diktatorischen zum totalitären vollziehen. Schon die frühe Sowjetunion nutzte viele dieser neuen Mittel zur Lenkung und Kontrolle, wenn auch noch nicht so effektiv und vollständig wie unter Stalin.

Dies alles scheint mir in den neueren Überlegungen zur Kontinuität des Zusammenhangs von Staatlichkeit und Moderne richtig gesehen zu sein. Nur zwei Implikationen sind nach meinem Dafürhalten falsch:

Zum einen ist nicht zu sehen, dass sich diese Interpretation mit der überkommenen Denkfigur der Rückständigkeit nicht vertrüge. Im Gegenteil: ein Staat, zu dessen programmatischer Gründungsabsicht es gehörte, das selbst empfundene Defizit an ökonomischer Modernität und materiellem Lebensniveau in kurzer Zeit (unter dem Schlagwort des Aufbaus des Sozialismus) nachzuholen, unterlag nachgerade in besonderem Maße der Versuchung, zu diesem Zweck auf die neuen Kontroll- und Zwangsmittel zurückzugreifen, über die er inzwischen verfügte.

Zum anderen ist die These von der „Ambivalenz der Moderne“ so neu nicht, wie sie meist präsentiert wird. Im Gegenteil, die Ahnenreihe verwandter Überlegungen ist von Friedrich Nietzsche über Max Weber und Walther Benjamin bis zu Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas eher lang. Die Protagonisten solcher Überlegungen wären gut beraten, dies nicht zu verbergen. Dann würde auch deutlich(er) werden, dass sich solche Kontinuitätsbehauptungen im Grenzbereich zwischen geschichtswissenschaftlicher Analyse und philosophischer Weltanschauung bewegen – und dass beider Verbindung ebenso schwer aufzulösen ist wie die dialektisch-komplementäre Verbindung von Kontinuität und Bruch.

Bernd Faulenbach

## **Der Umbruch 1945–49 als Zäsur und Weichenstellung der deutschen und der europäischen Geschichte**

1945 gilt als einschneidendste Zäsur der deutschen und der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.<sup>35</sup> Wenn hier die Jahre von 1945–49 als Umbruch betrachtet werden, so soll damit das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges mit der Formierung der Nachkriegsordnung zusammengesehen werden. Die Geschehnisse der frühen Nachkriegszeit waren zum einen durch die Folgen des vorhergehenden totalen Krieges bestimmt, zum anderen aber durch nun einsetzende politische Prozesse, die eine neue Konstellation in Mitteleuropa und in Europa herausbildeten, die weitreichende Folgen auch für die inneren Ordnungen hatte.

1945–1949, durch das Kriegs- und das Nachkriegsgeschehen, wurde die europäische Staatenwelt grundlegend verändert. Deutschland verschwand zunächst als Machtfaktor und eine bipolare Struktur begann sich herauszubilden, die Deutschland auseinander riss. Territoriale und politische Veränderungen waren nicht auf Deutschland beschränkt. Es handelt sich um vielfältige, nicht nur gleichzeitige, miteinander verflochtene Vorgänge.

Bei den folgenden skizzenhaften Überlegungen, die das Wirkungsgeflecht von internationalen Entwicklungen und politisch-gesellschaftlich-kulturellen Prozessen thematisieren, herrscht die deutsche Perspektive vor, doch wird der europäische Kontext mitgesehen. In besonderer Weise geht es um die Herausbildung der deutschen und europäischen Spaltung und ihre Nachhaltigkeit, die die Frage einschließt, inwieweit 1989–1991 die Weichenstellungen von 1945–1949 korrigiert worden sind.

### **I) Das scheinbare Ende der deutschen Staatlichkeit und seine Folgen**

Die Nachkriegsordnung war auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam vorbereitet worden. Die Einflussphären wurden abgegrenzt, territoriale Entscheidungen wurden vorgenommen. Festgelegt wurde auch, wie mit Deutschland umgegangen werden sollte. Man wollte Deutschland als Ganzes gemeinsam verwalten, entnazifizieren und entmilitarisieren, demokratisieren und dekartellieren – was immer dies aus der Sicht der Alliierten heißen sollte.

„1945“ steht für die völlige Unterwerfung Deutschlands, das nach einer Hegemonie in Europa gestrebt und dieses mit einem mörderischen Krieg, im Osten durch einen Vernichtungs- und Eroberungskrieg, überzogen hatte, der nun auf Deutschland

---

<sup>35</sup> Siehe *Dietrich Papenfuß, Wolfgang Schieder* (Hrsg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*. Tagungsbeiträge eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn-Bad Godesberg, veranstaltet vom 14.–18. März 1999 in Bamberg. Köln u.a. 2000, insbes. S. 347ff.

zurückgeschlagen war.<sup>36</sup> Deutschland wurde von den Alliierten erobert und besetzt, verlor seine staatliche Souveränität, wurde in Besatzungszonen aufgeteilt und Preußen, das von den Alliierten als sein Kern betrachtet worden war, durch Kontrollratsbeschluss aufgelöst. Die „deutsche Katastrophe“ schien vollständig zu sein.<sup>37</sup>

Doch brachten diese Jahre eben nicht wirklich das Ende deutscher Staatlichkeit, sondern den Beginn der durch die Polarität alliierter Politik ganz wesentlich herbeigeführter Transformation deutscher Staatlichkeit. Diese Transformation, die Bildung zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Ordnungen, schien zunächst für die Deutschen wie wohl auch für die Alliierten eher transitorischer Art zu sein, obgleich eine Aufteilung als Variante der weiteren Entwicklung schon vorher erdacht worden war.

Virtuell existierte der Nationalstaat weiter, insbesondere auf westdeutscher, anfangs auch auf ostdeutscher Seite. Doch wurden 1945–49 die Weichen für eine Struktur gestellt, die dann über Jahrzehnte existierte und eine erstaunliche Stabilität aufwies. Gewiss ist die Zweistaatlichkeit von keiner Seite konsequent angestrebt worden. Doch als sie herausgebildet war, begannen die Westmächte wie die Sowjetunion und andere europäische Länder sich damit nicht nur abzufinden, sondern sie auch als für vorteilhaft, nicht zuletzt zur Bannung der deutschen Gefahr, zu begreifen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass das Verblässen der virtuellen Nationalstaatlichkeit in Deutschland seit den 1970er Jahren die Erosion der Zweistaatlichkeit förderte und die Umwälzung in einem der beiden Staaten, in der DDR, die Rückkehr zum Nationalstaat ermöglichte. Die Wiedervereinigung wurde 1989/90 erreicht, als sie nur noch abstrakt ein Ziel der deutschen Politik war. Dabei spielten Massenhandeln, doch auch die Politik der Staatsmänner der Bundesrepublik, der USA und der Sowjetunion gleichermaßen eine Rolle. Es entstand – wie Heinrich August Winkler formuliert hat<sup>38</sup> – ein „postklassischer“ Nationalstaat, der vielfältig in internationale Organisationen eingebunden ist und durch transnationale Prozesse durchdrungen wird. Das heißt, durch die Wiedervereinigung wurde keineswegs der Umbruch 1945–49 vollständig rückgängig gemacht. Deutschland kehrte nicht zur Tradition des nationalen „Sonderwegs“ zurück.<sup>39</sup>

## II) Territoriale Verschiebungen und Zwangsmigrationen

---

<sup>36</sup> Ludwig Dehio interpretierte 1948 den Zweiten Weltkrieg als letzten europäischen Hegemonialkrieg, der den Aufstieg der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion entscheidend förderte. *Ludwig Dehio: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte.* Krefeld 1948.

<sup>37</sup> Der Begriff „deutsche Katastrophe“ bei Meinecke, der in seinem großen Nachkriegsessay nach deren tieferen Ursachen fragt. *Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe.* Wiesbaden 1946.

<sup>38</sup> *Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung.* München 2000, S. 655.

<sup>39</sup> Vgl. *Bernd Faulenbach: Überwindung des „deutschen Sonderwegs“? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1998. H. 51, S. 11–23.

Ergebnis des Krieges und der darauf folgenden Grenzverschiebungen und Umsiedlungen war eine starke Veränderung der europäischen Landkarte. Deutschland verlor realiter – rechtlich wurde dies erst später endgültig sanktioniert – die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, das Territorium schrumpfte um mehr als ein Viertel. Millionen von Deutschen verloren ihre Heimat, ein Teil war geflohen, der andere wurde vertrieben – insgesamt ca. 15 Millionen Menschen, wobei ca. 2 Millionen – so die Zahlen bei Norman Naimark<sup>40</sup> – ihr Leben verloren. Die Millionen kamen in ein fast völlig zerstörtes Rumpfdeutschland mit Besatzungszonen – zweifellos ein historisch gravierender Vorgang.

Die Vertreibung wurde von den Alliierten teils legalisiert, teils initiiert. Sie entsprach dem nationalistischen Streben nach homogenen Nationalstaaten, war in erheblichem Maße – bezogen auf die Deutschen – Reaktion auf die deutsche Eroberungs-, Besatzungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik, die im Generalplan Ost ihren Niederschlag gefunden hat, resultierte aber auch aus machtpolitischen Kalkülen der Alliierten, insbesondere Stalins.

Die Zwangsumsiedlung war nicht auf die Deutschen beschränkt. Polen wurde nach Westen verschoben. Massenhafte Deportationen, etwa in den baltischen Ländern, brachen den Widerstand gegen ihre Einverleibung in die Sowjetunion und in den sowjetischen Herrschaftsbereich. In beispielloser Weise fanden in diesen Jahren „ethnische Säuberungen“ und Bevölkerungstransfers in ganz Osteuropa statt, für die betroffenen Menschen in der Regel mit unermesslichen Leiderfahrungen verbunden.<sup>41</sup>

Im 20. Jahrhundert wurden in Europa mehr als 50 Millionen Menschen mit Zwang umgesiedelt oder deportiert. Einer der Höhepunkte derartiger Aktionen, der keineswegs nur die Deutschen betraf (die jedoch die größte Gruppe stellten), lag im Umbruchzeitraum 1945–1949. Die Erforschung dieser Zwangsumsiedlungen ist zweifellos ein wichtiges Thema, das nur durch die internationale scientific community zu bewältigen ist. Dies gilt auch für das Thema der Rückführung Zigtausender von “displaced persons“, die keineswegs alle in ihre Heimat zurückwollten und von denen viele dort auch sehr schlecht behandelt wurden.<sup>42</sup>

Dass die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen dauerhaft sein würden, haben viele Zeitgenossen, insbesondere diejenigen, die ihre Heimat verloren, zunächst nicht anerkennen wollen, mussten sich damit aber abfinden, wobei die Integrationsprozesse in unterschiedlichem Maße gelangen. Die Integration der Millionen deutschen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen war im Nachkriegsdeutschland keineswegs problemlos, gilt aber mit einigem Recht als Erfolgsgeschichte, insbesondere der Bundesrepublik.

---

<sup>40</sup> Siehe *Norman M. Naimark*: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004; *ders.*: Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert und die Problematik eines deutschen „Zentrums gegen Vertreibungen“. In: *Bernd Faulenbach, Andreas Helle* (Hrsg.): Zwangsmigration in Europa. Zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Essen 2005, S. 19–29.

<sup>41</sup> Siehe dazu *Tony Judt*: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart. München u.a. 2006, S. 39ff.

<sup>42</sup> Vgl. *Manfred Hildermeier*: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 685f.

### III) Der Aufbau des sowjetischen Herrschaftsbereichs und das anhaltende Interesse der USA an Europa

Der Sieg der Sowjetunion über NS-Deutschland stärkte – trotz der ungeheuren Opfer, die der Krieg den Völkern der Sowjetunion kostete – die Position der Sowjetunion in mehrfacher Hinsicht. Weltweit wuchs ihr Ansehen und das des moskauorientierten Kommunismus, das in den ausgehenden 1930er Jahren durch die Säuberungspolitik Stalins beeinträchtigt worden war.<sup>43</sup> Vor allem aber verfügte die Sowjetunion nun über einen riesigen Herrschaftsbereich und begann bald – trotz der gewaltigen Kriegszerstörungen – zur zweiten Weltmacht aufzusteigen.

Die Sowjetunion war durch den Krieg bis nach Mitteleuropa vorgestoßen und unternahm 1945–1949 vielfältige Aktionen, diesen Bereich nicht nur machtpolitisch zu sichern, sondern auch nach ideologischen Zielen auszurichten. Gewiss spielten sicherheitspolitische Erwägungen eine wichtige Rolle – die Sowjetunion wollte so etwas wie einen nach Westen verschobenen „cordon sanitaire“ schaffen. Doch wurden die anfangs scheinbar angezielten bürgerlich-demokratischen Ordnungen – von einer Vollendung der bürgerlichen Revolutionen von 1848 war die Rede – rasch als obsolet betrachtet. Nach einer Phase besonderer nationaler Wege zum Sozialismus wurden, verbunden mit teilweise massiven Eingriffen in die freie politische Willensbildung durch die sowjetische Politik und die mit ihnen verbündeten kommunistischen Parteien – bei manchen Unterschieden im Einzelnen – Satellitenstaaten mit stalinistischen Systemen geschaffen.<sup>44</sup>

Aus der Sicht des Westens, zumal der der Deutschen in Westdeutschland, war das Vorgehen der Sowjetunion aggressiv und totalitär zugleich. Besonderes Aufsehen erregten im Westen die Errichtung der kommunistischen Herrschaft in Prag 1948 und auch das Ausgreifen kommunistischer Politik nach Griechenland mit der Konsequenz eines Bürgerkrieges. Auch die Blockade Westberlins war einer der Katalysatoren der Polarisierung.

Diese Entwicklung führte im Westen zu einer Politik des „Containment“ bzw. des „Roll-Back“ gegenüber der Sowjetunion. In Westeuropa wuchs, auch angesichts der Erschöpfung der großen westeuropäischen Länder durch den Krieg, der amerikanische Einfluss, der im Marshallplan, auch in der amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland, manifest wurde, die sich u. a. in der Blockierung von Sozialisierungsmaßnahmen auswirkte. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg dauerte das Interesse der USA an Europa auch in der Folgezeit an. Von erheblicher Bedeutung sollte dann auch die Bildung der (west-)europäischen Gemeinschaften während der 50er Jahre sein.

In Osteuropa aber trat die Sowjetunion bald als Schutzmacht gegen den deutschen „Revanchismus“, als Beschützerin der neuen Grenzen und als Garant der neuen politisch-

<sup>43</sup> Vgl. dazu *Eric J. Hobsbawm*: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München u.a. 1995, S. 213ff.; *François Furet*: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München u.a. 1995, S. 499ff.

<sup>44</sup> Vgl. *Judt*, Geschichte Europas, S. 143ff.



gesellschaftlichen Verhältnisse auf, wodurch sie diese Länder und ihre Regime ein Stück weit an sich zu binden vermochte. Dominant war dabei der machtpolitische Zusammenhang, der freilich bald zusätzlich ideologisch überhöht wurde. Die Unterschiede dieser imperialen Struktur zu Westeuropa waren offensichtlich, obgleich dieses seinerseits von den USA abhängig war. Die USA versuchten zwar die westeuropäischen Länder, auch Westdeutschland, zu stabilisieren, auch gegenüber dem Kommunismus zu immunisieren, nicht aber unmittelbar wie die Sowjetunion politische Herrschaft auszuüben.<sup>45</sup>

#### IV) Der Weg zur SED-Diktatur

Was die Überwindung der NS-Herrschaft und der Kriegsfolgen angeht, so waren alle Zonen in Deutschland davon betroffen, doch wurde sie auf unterschiedliche Weise angegangen. Die Antifagruppen haben nirgendwo eine eigenständige Rolle spielen können, die Alliierten, die Verwaltungen und auch Parteien kanalisiert rasch ihre Aktivitäten.<sup>46</sup> Strukturreformen wurden von oben durchgeführt. Auch wenn die sowjetische Politik zunächst doppelgleisig verlief, d. h. sich nicht nur auf ihre Zone bezog, sondern auf Deutschland als Ganzes Einfluss zu nehmen versuchte, so wurden doch schon bald Maßnahmen durchgesetzt, die die politische Trennung der SBZ von den Westzonen zur Konsequenz hatten.

Charakteristisch für das Vorgehen der KPD war, wie Walter Ulbricht 1945 gegenüber Genossen erklärte: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“<sup>47</sup> Die erste wichtige Weichenstellung war schon 1945/46 die – zwar bestimmte Tendenzen in der Arbeiterbewegung aufgreifende, doch mit Mitteln des Zwangs und der Täuschung durchgeführte – Vereinigung von SPD und KPD zur SED.<sup>48</sup> Die damit beginnende Entwicklung der SED durchlief verschiedene Phasen: die baldige Ablösung der anfangs scheinbar paritätisch zusammengesetzten Führungsgremien, der Aufbau einer Partei neuen Typs mit einer entsprechenden Kaderpolitik, die Bildung der Nationalen Front, die Errichtung eines diktatorischen Systems, das vor dem Einsatz massiver Repressionsmittel nicht zurückscheute usw.<sup>49</sup> Dass Entscheidungen der Westalliierten in den Westzonen, die diese

---

<sup>45</sup> Vgl. dazu *Konrad Jarausch, Hannes Siegrist* (Hrsg.): *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*. Frankfurt u.a. 1997. Zur Förderung antikommunistischer intellektueller Haltungen durch die USA vgl. *Michael Hochgeschwender*: *Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*. München 1998.

<sup>46</sup> Siehe *Lutz Niethammer u.a.* (Hrsg.): *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*. Wuppertal 1976; *Christoph Kleßmann*: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*. Bonn 1982, S. 121ff.

<sup>47</sup> *Wolfgang Leonhard*: *Die Revolution entlässt ihre Kinder*. Köln/Berlin 1955, S. 358.

<sup>48</sup> Siehe *Beatrix Bouvier*: *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953*. Bonn 1996; *Bernd Faulenbach, Heinrich Potthoff* (Hrsg.): *Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung*. Essen 1998.

<sup>49</sup> *Harold Hurwitz*: *Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949*. Opladen 1997; *Andreas Malycha*: *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*. Paderborn u.a. 2000.

Entwicklung begünstigt haben, ist nicht zu bezweifeln. Umgekehrt erscheint indes die Einschätzung, dass diese Entwicklung gegen den Willen Stalins ablief, wenig begründet.<sup>50</sup>

Problematisch war die Rolle der Sowjetunion in der SBZ 1945–49. So wurde der Prozess der eigenen Staatsbildung durch die sowjetische Reparationspolitik belastet, obgleich die Ausgangssituation – was die Zerstörungen angeht – hier eher besser war als im Westen. Zwiespältig zu sehen ist auch die Vielzahl von SMAD-Aktivitäten, wodurch einerseits die Deutschen gewonnen werden sollten, sie andererseits aber Zwangsmaßnahmen unterworfen wurden.<sup>51</sup>

Die Entwicklung in der SBZ durchlief verschiedene Phasen. Auf eine Phase antifaschistisch-demokratischer Umwälzung folgte der Aufbau einer sozialistischen Diktatur, obgleich die Fassade eines demokratischen Staates (mit mehreren Parteien) aufrechterhalten wurde. Aufs Ganze gesehen wurde das sowjetische Diktaturmodell, das von manchen als Entwicklungsdiktatur interpretiert worden ist<sup>52</sup>, auf die SBZ, auf einen industriell hoch entwickelten Raum, übertragen. Die politisch-gesellschaftlichen Strukturen wurden dabei völlig umgestaltet, insbesondere die Eigentumsverhältnisse. Die Mentalität der Menschen aber musste sich unter der Diktatur nicht unbedingt wandeln; demokratisches Verhalten wurde jedenfalls nicht eingeübt. Später erschien die DDR manchen Beobachtern als der deutschere der beiden deutschen Staaten.<sup>53</sup> Einstellungsunterschiede in Ost und West wirken bis in die Gegenwart nach, wobei die Fragen nach Ausmaß und Folgen der Sowjetisierung bislang unbeantwortet sind. Zu berücksichtigen ist dabei die Tatsache, dass es auch vor 1945 – seit dem 19. Jahrhundert – eine West-Ost-Unterschiedlichkeit in Deutschland gegeben hat.

Merkwürdig gespalten war das historisch-politische Selbstverständnis der DDR. Einerseits verstand sich der erste Arbeiter- und Bauern-Staat als Absage an die bisherige deutsche Geschichte, als Staat der Antifaschisten, der auf der engen Beziehung zur Sowjetunion basierte. Andererseits aber definierte er sich im Laufe der Zeit nicht nur als Erbe der progressiven Traditionen, sondern der gesamten deutschen Geschichte. „Unsere Deutschen“ – so hat 2007 Michail Gorbatschow am Rande einer Veranstaltung in Bochum gesagt – „haben wesentlich zum Abbau der Feindschaft von Russen gegenüber Deutschen beigetragen“.

---

<sup>50</sup> So die These bei *Wilfried Loth*: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*. Berlin 1994.

<sup>51</sup> Siehe dazu *Jan Foitzik*: *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*. Berlin 1999; *Norman M. Naimark*: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*. Berlin 1997.

<sup>52</sup> Vgl. *Klaus von Beyme*: *Das sowjetische Modell – nachholende Modernisierung oder Sackgasse der Evolution?* In: *Bernd Faulenbach, Martin Stadelmaier* (Hrsg.): *Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917–1991*. Essen 1993, S. 32–39; *Wolfgang Eichwede*: *Stalinismus und Modernisierung*. In: Ebd., S. 40–48; *Hobsbawm*, *Das Zeitalter der Extreme*; *Bernd Faulenbach*: *Nur eine „Fußnote der Weltgeschichte“? Die DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts*. In: *Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert* (Hrsg.): *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*. Paderborn u.a. 2003, S. 1–23.

<sup>53</sup> Vgl. *Jürgen Kocka*: *Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1994. H. 40, S. 34–45, wieder abgedruckt in: *Jürgen Kocka*: *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*. Göttingen 1995, S. 102–121.

Für das SED-System war die Sowjetunion die Referenzgesellschaft. Doch schaute die Mehrheit der Bevölkerung der DDR stets nach Westen und hatte sogar partiell seit den 1970er Jahren – so lässt sich überpointiert sagen – Anteil an der Westernisierung der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit.<sup>54</sup>

## V) Die Weststaatsgründung

Der Krieg hatte in Deutschland die Wirkungsmächtigkeit der alten sozialmoralischen Milieus geschwächt; die deutsche „Zusammenbruchsgesellschaft“ entwickelte sich entlang neuer Grenzen rasch auseinander.<sup>55</sup> So gab es auch in den Westzonen einen tiefgreifenden Umbruch. Allerdings lassen sich hier mehr ökonomisch-gesellschaftliche Kontinuitäten nachweisen als in der SBZ und die kapitalistische Wirtschaftsform blieb erhalten. Doch wurde diese durch Dekartellisierung und Entflechtung (und die damit verbundene Einführung der Mitbestimmung) verändert und auf die Dauer ungleich stärker als zuvor durch das internationale Wirtschaftssystem geprägt, zugleich die Gesellschaft durchaus modernisiert.<sup>56</sup>

Die politische Führungselite wurde auch in Westdeutschland ausgetauscht, was in dieser Form nicht für die gesellschaftlichen Eliten gilt. Aufs Ganze gesehen gab es in den Westzonen jedoch – anders als nach dem Ersten Weltkrieg<sup>57</sup> – keinen Widerstand gegen die Einführung demokratischer Institutionen, allerdings Vorbehalte gegen die Entnazifizierung. Zwar wollten die neuen politischen Führungsgruppen in Ländern und Parteien zunächst keine eigenen Weststaatsbildung, wie sie in den den Ministerpräsidenten der Länder überreichten Frankfurter Dokumenten gefordert wurden, ergriffen dann jedoch im Parlamentarischen Rat die Möglichkeit, diese nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, wobei nationale und europäische Modelle eine Rolle spielten und die Besatzungsmächte nur bei wenigen Fragen intervenierten. Ergebnis war eine parlamentarische Demokratie westlichen Typs, mit ausgesprochen föderalistischer Struktur und antitotalitärer Ausrichtung der Verfassung, die u. a. in einem vorangestellten Grundrechtsteil, im System der Machtteilung und der weitgehenden Ausschließung plebiszitärer Willensbildung manifest wurde. Vor allem wurde versucht, die Mängel der Verfassungskonstruktion der Weimarer Republik zu korrigieren, doch bestimmte Strukturelemente wie die sozialstaatliche Tradition fortzusetzen. Es entstand die „soziale Marktwirtschaft“, in der der Kapitalismus durch Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung ein Stück weit gezähmt wurde („Rheinischer Kapitalismus“).

---

<sup>54</sup> Vgl. *Claus Leggewie*: Go East! oder: Wie amerikanisch ist Ostdeutschland? In: Kursbuch 141. Sept. 2000, S. 153–179.

<sup>55</sup> Siehe *Christoph Kleßmann*: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn 1982, S. 37ff.

<sup>56</sup> Vgl. *Axel Schildt, Arnold Sywottek* (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993.

<sup>57</sup> Vgl. *Kurt Sontheimer*: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 2. Aufl. München 1964; *Bernd Faulenbach*: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München 1980.

Man wird die These wagen können, dass gerade die deutsche Teilung auf längere Sicht die Demokratisierung Westdeutschlands durch die Trennung von Ostelbien und die Verbindung mit dem Westen erleichtert hat.<sup>58</sup> Die politische Macht des Großgrundbesitzes wurde bezogen auf das Gebiet des Grundgesetzes irrelevant. Im Osten wurde – so sei in Parenthese angemerkt – der Macht der Junker die ökonomische Grundlage entzogen, was sich freilich hier nicht nachhaltig im Sinne einer Demokratisierung auswirken konnte. Mit der deutschen Teilung wurde im Übrigen auch der preußisch-deutsche Militarismus überwunden. Die auf Westdeutschland begrenzte Bundesrepublik wurde politisch-kulturell zunehmend durch den Westen geprägt. Die Weichenstellungen dazu wurden 1945–1949 vorgenommen.

Trotz mancher gesellschaftlicher Kontinuitäten in Westdeutschland, die bald die Restaurationsthese entstehen ließ,<sup>59</sup> bildeten auch hier die Jahre 1945–1949 einen tiefen Einschnitt, wobei sich der Umbruch überwiegend hinter dem Rücken der Menschen, die vor schwierigsten Alltagsproblemen standen, vollzog. Und doch wurde dieser Umbruch – u. a. durch die Währungsreform und die Ausarbeitung des Grundgesetzes – der Beginn einer Erfolgsgeschichte. Die tiefgreifenden politisch-gesellschaftlichen Veränderungen, die in der Nachkriegszeit begannen, haben sich als nachhaltig erwiesen. Gefördert durch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg (das „Wirtschaftswunder“) festigten sich bald die demokratischen Institutionen und begann sich auch eine demokratische politische Kultur in einem längeren Prozess – in dem die ausgehenden 1960er und die frühen 1970er Jahre eine wichtige Phase waren – herauszubilden. Die viel erörterte „Westernisierung“ der Bundesrepublik verband gesellschaftliche Modernisierung und kulturelle Öffnung und überwand traditionell deutsche Orientierungsmuster.<sup>60</sup> Damit verknüpft war ein langer Prozess der Klärung des eigenen Selbstverständnisses, der insbesondere in der zunehmend kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der neueren deutschen Geschichte bestand.<sup>61</sup>

## VI) Die neue Struktur: Das geteilte Europa in einer bipolaren Welt

Schien anfangs die Entstehung einer gemeinsamen Welt, die in der UNO und anderen Organisationen ihren Ausdruck fand, Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zu sein, so bildete sich schon bald die bipolare Weltstruktur heraus, in der Europa zweigeteilt wurde und an

---

<sup>58</sup> Vgl. *Jürgen Kocka*: 1945: Neubeginn oder Restauration? In: *Carola Stern, Heinrich August Winkler* (Hrsg.): *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*. Frankfurt/M. 1979, S. 141–168, hier S. 155f.

<sup>59</sup> Siehe Anmerkung 24.

<sup>60</sup> Siehe *Anselm Doering-Manteuffel*: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1999; *Axel Schildt*: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt/M. 1999.

<sup>61</sup> Vgl. *Aleida Assmann, Ute Frevert*: *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*. Stuttgart 1999; *Peter Reichel*: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München 2001; *Alexander Borosnjak*: *Erinnerung für Morgen. Deutschlands Umgang mit der NS-Vergangenheit aus der Sicht eines russischen Historikers*. Gießen/Zürich 2006.

Einfluss verlor. Der eigentliche Bruch trat im Frühjahr 1947 ein. Zusätzlicher Katalysator der Herausbildung neuer Bündnisstrukturen war dann neben den Nachkriegsereignissen der Koreakrieg.

Die Strukturen waren dabei in sich ambivalent, sie hatten nicht nur eine Außenfunktion, sondern auch eine Binnenfunktion, die nicht zuletzt auf eine Kontrolle und Einbindung der Deutschen hinauslief. So war die Funktion der NATO nach den Worten des ersten NATO-Generalsekretärs Lord Ismay für die Europäer, die Amerikaner „in“ Europa, die Deutschen „unten“ und die Sowjetunion „draußen“ zu halten.<sup>62</sup> Auch bei der Entstehung der Europäischen Gemeinschaften spielte die Idee der Einbindung der Deutschen eine wichtige Rolle.

Der „eiserne Vorhang“ trennte – wie Winston Churchill 1947 feststellte – Europa. Die beiden deutschen Staaten bildeten bald die Speerspitzen der sich feindlich gegenüberstehenden Bündnissysteme. Dementsprechend war auch das Verhältnis beider Staaten durch politisch-ideologisch-militärische Gegensätzlichkeit geprägt. 1945 war der „deutsche Sonderweg“ zu Ende gewesen, doch wurde die weitere Entwicklung lange Jahre durch den „deutschen Sonderkonflikt“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik geprägt.<sup>63</sup>

Es dauerte fast zwei Jahrzehnte, bis sich das Verhältnis beider Staaten zueinander durch die neue Ostpolitik Willy Brandts und die Ostverträge ein Stück weit zu normalisieren begann. Schrittweise, in einem mühsamen Prozess, wurden Beziehungen aufgebaut und der ideologische Gegensatz relativiert. Hatten sich die beiden Staaten in der Nachkriegszeit immer weiter auseinanderentwickelt, so vollzog sich seit 1969 – teilweise hinter dem Rücken der Akteure – ein Prozess der Annäherung. Dass dabei die Veränderung des internationalen Klimas eine Rolle spielte, sollte nicht vergessen werden.

Die europäische und die deutsche Teilung sind heute überwunden, generell die bipolare Weltstruktur, die nach 1989/90 durch eine unübersichtliche multipolare Welt mit einer Supermacht, alten und neuen Machtzentren ersetzt wurde.

\*

Aufs Ganze gesehen war es die Überlagerung verschiedener Prozesse auf der Grundlage der Machtverschiebungen durch den Krieg, die den Umbruch 1945–1949 ausmachte. Der Krieg und die Jahre 1945–1949 veränderten die Staats- und Gesellschaftsordnung in Deutschland und in Europa so grundlegend, dass – auch durch die in dieser Zeit ansetzenden Entwicklungen – von einem nachhaltigen, tiefgreifenden Umbruch gesprochen werden kann, in dem Weichen für die gesamte Nachkriegsgeschichte bis 1989

---

<sup>62</sup> Zitiert nach *Hartmut Soell*: Helmut Schmidt. Bd. 1: 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft. München 2003, S. 351.

<sup>63</sup> Siehe *Richard Löwenthal*: Vom kalten Krieg zur Ostpolitik. In: *Richard Löwenthal, Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 604–699; *Winkler*, Der lange Weg nach Westen, S. 258.

gestellt wurden. Die getrennte Entwicklung aber überwand manche Besonderheiten in Deutschland, insbesondere die Vorstellung eines besonderen deutschen Weges zwischen Ost und West.

1989/90 veränderte sich die Konstellation erneut tiefgreifend. Doch keineswegs waren damit alle Weichenstellungen der Nachkriegsjahre hinfällig, im Gegenteil: manche verfestigten sich endgültig, was auf die Tiefe des Umbruchs von 1945–1949 verweist. Keineswegs wurden alle Grenzen neu gezogen. Und doch kam es zu einer neuen Phase der Staatsbildung in Osteuropa. Und in Mitteleuropa ging der neuerliche „deutsche Sonderweg“ endgültig zu Ende, der sich seit 1945 in der deutschen Zweistaatlichkeit fortgesetzt hatte, die zweifellos die deutsche politische Kultur verändert hat. Deutschland ist in der Gegenwart nicht nur ein integrierter Teil Europas, es übt selbst eine integrative Funktion in Europa aus.

Bianka Pietrow-Ennker

## **Erinnerung und historisches Gedächtnis. Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich.**

Dieser Beitrag soll zunächst einen theoretischen Rahmen für das Thema Erinnerungskultur spannen, um sich dann den Entwicklungen in beiden Staaten zu widmen: In Deutschland steht die Erinnerung an den Nationalsozialismus im Fokus, in der Sowjetunion bzw. Russland - der Umgang mit der stalinistischen Vergangenheit. Dabei wird es im Folgenden besonders um die Rolle der Historiker gehen.

### I. Theoretische Voraussetzungen

Die Erforschung von Erinnerung und Gedächtnis hat an der Universität Konstanz eine feste Tradition und ist vor allem mit Namen wie Aleida und Jan Assmann sowie Bernhard Giesen verbunden. Aber man kann allgemein sagen, dass die Konjunktur der Erforschung von Erinnerung und Gedächtnis uns alle in den Geistes- und Sozialwissenschaften in ihren Bann gezogen hat. Dies hängt damit zusammen, dass sich diese Wissenschaften an der Universität Konstanz in einem weiten Sinn als Kulturwissenschaften verstehen. Entsprechend gelang es, interdisziplinäre Forschungsverbünde zu gründen: im Jahr 2000 einen kulturwissenschaftlichen Sonderforschungsbereich; 2007 wurde ein Exzellenzcluster im Rahmen der Elitförderung des Bundes und der Länder eingerichtet, das sich der Erforschung der kulturellen Dimension von gesellschaftlicher Integration widmet. Integration meint in diesen Forschungskontexten ganz allgemein den Aufbau sozialer Ordnungsmuster, die eine bindende Qualität entfalten. Wir sind davon ausgegangen, dass der Aufbau sozialer Ordnung auf kulturellen Ressourcen beruht, die Sinnstrukturen hervorbringen und die es gilt, an konkreten Beispielen zu analysieren.<sup>64</sup> Dabei hat Geschichte neue Bedeutung gewonnen, und

---

<sup>64</sup> Norm und Symbol. Die kulturelle Dimension sozialer und politischer Integration. Antrag auf Einrichtung und Finanzierung eines Kulturwissenschaftlichen Forschungskollegs. Sonderforschungsbereich Nr. 1745. Konstanz 1999, Problemaufriss, S. 1–17; Kulturelle Grundlagen von Integration. Antrag auf Einrichtung eines Exzellenzclusters im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den deutschen Hochschulen. Konstanz 2006, Forschungsprogramm, S. 3–49, bes. S. 15–28; vgl. auch *Andreas Reckwitz*: Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Weilerswist 2000; zur Neuen Kulturgeschichte ferner *Ute Daniel*: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter. Frankfurt/M. 2001; einen breiten Überblick über Schwerpunkte und Literatur bieten *Friedrich Jaeger, Burkhard Liebsch, Jörn Rüsen, Jürgen Straub* (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. 3 Bde. Stuttgart u.a. 2004.

die historische Forschung wird über das Fach hinaus vielfach interdisziplinär betrieben. Im kulturwissenschaftlichen Forschungskonzept werden Kultur und Geschichte als konstitutive Elemente der individuellen wie der sozialen Lebenswelten betrachtet. Sie sind Konstruktionen, die die Menschen hervorbringen und die miteinander verschränkt sind. Zum einen sind Kulturen historisch entstanden, im Medium der Geschichte bilden sie ihre Sinnkonstrukte aus, Orientierungen werden entworfen, stabilisiert, verändert. Zum anderen gehört Kultur zum Gegenstand der Geschichte, insofern die Deutung des Vergangenen durch das Prisma von kulturellen Werten und Vorstellungen geschieht. Kultur ist der Code für alle menschlichen Ausdrucks- und Gestaltungsformen, darunter für Identitätsbildung, Selbstvergewisserung und Lebensstil. Da die Geltung einer sozialen Ordnung und damit ihrer Kultur durch ihre Historizität relativiert wird, schließt sich die Frage an, in welcher Weise sich eine Gesellschaft auf ihre Geschichte bezieht, wie sie ihre Vergangenheit beschreibt und damit umgeht. Geschichtlich existiert eine Gesellschaft kraft der Kultur der Erinnerung. Im *kulturellen Gedächtnis* versichert sich eine Gesellschaft ihrer Herkunft und ihrer Eigenart.<sup>65</sup>

Doch wie viel Wissen um Vergangenes braucht eine Gesellschaft zur Herstellung und Stabilisierung ihrer kollektiven bzw. nationalen Identität? Diese Überlegung führt uns zur Unterscheidung von Gedächtnis und Erinnerung. Die Theorie des kulturellen Gedächtnisses differenziert zwischen dem Speichern von Informationen im Gedächtnis und dem Prozess der Abrufung des Wissens als Erinnerung. Diese Unterscheidung reflektiert den Umstand, dass es einen prinzipiellen Unterschied zwischen akkumulativer Aufbewahrung von Wissen und dem sinnstiftenden Verfügen über Wissen gibt. Aleida Assmann hat die Differenzierung in Speicher- und Funktionsgedächtnis getroffen, wobei beide Instanzen als funktional verschränkt zu verstehen sind. Während das Speichergedächtnis potenziell verfügbares Erinnerungsmaterial umfasst und als eine Art Archiv vorzustellen ist, reagiert das Funktionsgedächtnis auf den Augenblick und die Gegenwart, ruft Vergessenes selektiv in Erinnerung, ist fragmentarisch, begrenzt und labil, in Abhängigkeit von den wechselnden

---

<sup>65</sup> Vgl. *Emil Angehrn*: Kultur und Geschichte. Historizität der Kultur und kulturelles Gedächtnis. In: *Friedrich Jaeger, Burkhard Liebsch* (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe. S. 385–400; *Jörn Rüsen*: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden. Köln u.a. 1994, bes. S. 209–234; *Marcus Sandl*: Historizität der Erinnerung. Reflexivität des Historischen. Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die kulturgeschichtliche Gedächtnisforschung. In: *Günter Oesterle* (Hrsg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen 2005, S. 89–120; weiterführend *Jörn Rüsen, Klaus E. Müller* (Hrsg.): Historische Sinnbildung. Problemstellungen, Zeitkonzepte, Wahrnehmungshorizonte, Darstellungsstrategien. Reinbek/H. 1997.



Relevanz- und Bewertungsstrukturen, die eine Gesellschaft hervorbringt.<sup>66</sup> Die Überführung von Gedächtnisdaten aus dem Reservoir der Möglichkeiten in die gestaltende Erinnerung ist immer ein Prozess historischer Sinnbildung. Die Daten werden in den Zusammenhang einer erzählbaren Geschichte integriert. Sie werden zugleich als Teil eines Selbstbildes konstruiert, das wiederum auf die Wahrnehmung von Information zurückwirkt, die permanent angesammelt wird. Dieses Reservoir kann auch dazu dienen, neue Selbstbeschreibungen zu entwickeln und die Vergangenheit umzuwerten. Formen und Funktionsweisen des Gedächtnisses lassen sich vielfach differenzieren, so z. B. sozial nach Gruppen – seien es Individuen, Familien, soziale oder politische Kollektive. Ein spezifischer Gruppenbezug gibt der Erinnerung sach-, raum- und zeitbezogen Konkretheit, Struktur und Verbindlichkeit.<sup>67</sup>

Im Netzwerk solch spezifischer Sinngebungsprozesse ist die Arbeit der Historiker zu sehen. Geschichtsschreibung ist ja nicht Abbildung, sondern strukturierend-interpretierende Tätigkeit. Geschichtsforschung entziffert nicht nur Sinn in vergangenen Zusammenhängen, sie ist selbst sinnbildend. Der Historiker als von seiner Umwelt geprägtes Individuum hat Teil an der sozialen Gedächtnisbildung, aus der heraus das eigene Erinnerungsvermögen erst möglich wird. Er trägt zur quellenbasierten Lesart der geschichtlichen Zusammenhänge bei, die durch den wissenschaftlichen Diskurs eine autoritative Richtung erhalten. Diese ergibt sich nicht *allein* aus der Überzeugungskraft von Quellenbeständen, sondern aus dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sinnggebung und kollektiver bzw. nationaler Identitätsbildung. Aus diesem Bedürfnis heraus wird das Erkenntnisinteresse formuliert und werden die großen Fragen an den zu untersuchenden Stoff gestellt, der dadurch eine Selektion erfährt.<sup>68</sup>

Aus dieser Verbindung von Sinnsuche im Vergangenen und Sinnggebung in der Gegenwart durch Historiographie folgt, dass Gesellschaften sich nicht nur mit ihrer Geschichte, sondern auch mit ihrer Geschichtskultur auseinandersetzen. Der Streit um eine

---

<sup>66</sup> Aleida Assmann: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München 2006, bes. S. 54–58.

<sup>67</sup> Grundlegend Maurice Halbwachs: *Das kollektive Gedächtnis*. Stuttgart 1967; Jan Assmann: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München 1992, S. 34–41 und passim.

<sup>68</sup> Rösen, *Historische Orientierung*; Angehrn, *Kultur und Geschichte*; Clemens Wischermann: *Kollektive, Generationen oder das Individuum als Grundlage von Sinnkonstruktionen durch Geschichte. Einleitende Überlegungen*. In: Ders. (Hrsg.): *Vom kollektiven Gedächtnis zur Individualisierung der Erinnerung*. Stuttgart 2002, S. 9–24; Sandra Markus: „Schreiben heißt: sich selber lesen.“ *Geschichtsschreibung als erinnernde Sinnkonstruktion*. In: ebd., S. 159–184; Heinz D. Kittsteiner: „Gedächtniskultur“ und Geschichtsschreibung. In: Volkhard Knigge, Norbert Frei (Hrsg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. München 2002, S. 306–326.

belastende Vergangenheit wird von Kontroversen über die Erinnerungsarbeit *und* die Geschichtspolitik begleitet. Hierbei hat die Geschichte auch eine deutliche gesellschaftliche Orientierungsfunktion: Denn die Menschen verständigen sich über ihre Normen und Werte, über Gegenwarts- und Zukunftsentwürfe mit Bezug auf die Vergangenheit und die historische Erfahrung, die als soziales und kulturelles Gedächtnis, also als Kurzzeit- und Langzeitgedächtnis, in Erscheinung treten.<sup>69</sup>

Die gesellschaftliche Erinnerungsarbeit hinsichtlich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in den Gewaltregimen des Nationalsozialismus und des Stalinismus begangen wurden, wurde – wie wir wissen – in der Nachkriegszeit in Abhängigkeit vom jeweiligen politischen System und dem, was wir in der Kulturtheorie eine Meistererzählung nennen, gestaltet. Dabei gab es zwischen der Sowjetunion und der entstehenden Bundesrepublik den grundlegenden Gegensatz, der für Identitätsbildung und Erinnerungskultur bestimmend wurde: Während in der Sowjetunion und ihrem Hegemonialbereich der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg als nach der marxistisch-leninistischen Theorie gesetzmäßig, mit grundsätzlichen Konsequenzen für die Gestaltung der kollektiven Erinnerung als Heldennarrativ galt, hatte die Bundesrepublik mit ihrer Kriegsschuld umzugehen. Die schizophrene Sonderrolle, die die DDR im Kontext dieser Polarisierung spielte, ist in den letzten Jahren Gegenstand intensiver Geschichtsforschung geworden.<sup>70</sup>

In der Bundesrepublik erhielten bürgerlich-rechtsstaatliche Prinzipien Verfassungskraft und es wurde von den Alliierten eine begrenzte, aber spektakuläre Entnazifizierung durchgeführt, denkt man etwa an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess. Die Historiker hatten sich in die neuen Verhältnisse einzufügen, aber sie gerieten zugleich in einen Prozess mühsamer Identitätssuche in einer Demokratie, die für viele aufgesetzt war, deren Normen sie sich aber nicht entziehen konnten.

---

<sup>69</sup> *Wischermann*, Kollektive, Generationen oder das Individuum als Grundlage von Sinnkonstruktionen durch Geschichte; *Frank König*: Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland. Marburg 2007, bes. S. 19–48; *Harald Welzer* (Hrsg.): Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis. Frankfurt/M. 2007, darin bes. *ders.*, *Claudia Lenz*: Opa in Europa. Erste Befunde einer vergleichenden Tradierungsforschung. S. 7–40; *Beatrix Bouvier, Michael Schneider* (Hrsg.): Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Einleitende Überlegungen. In: *dies.*: Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven. Bonn 2008, S. 7–12; *Michael Schneider*: Betroffenheit – Erkenntnis – Transfer. Zur öffentlichen Erinnerung an die NS-Zeit. In: ebd., S. 65–74; *Manfred Sapper, Volker Weichsel* (Hrsg.) Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas. Berlin 2008. [Osteuropa, Jg. 58, Heft 6/2008]

<sup>70</sup> *Martin Sabrow*: Beherrschte Erinnerung und gebundene Wissenschaft. Überlegungen zur DDR-Geschichtsschreibung über die Zeit von 1933 bis 1945. In: *Christoph Cornelißen* u.a. (Hrsg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945. Frankfurt/M. 2003, S. 153–167; vgl. auch *Jürgen Danyel* (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin 1995.

## II. Die deutsche Erinnerung an den Nationalsozialismus

Die historische Forschung über Geschichtsbewusstsein, Vergangenheitsbewältigung und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik hat uns deutlich vor Augen geführt, welcher qualvoller Prozess durchlaufen werden musste, um die Traumatisierung einer Gesellschaft zu lösen und Verdrängtes in das Bewusstsein und damit in die Erinnerungsarbeit zurückzuführen. Erst durch eine von Opfern und Tätern geteilte Erinnerung – so die Ergebnisse der Gedächtnisforschung – kann ein gesellschaftliches Trauma bewältigt und Versöhnung auf moralischer Ebene, Integration und Gemeinschaftlichkeit auf sozialer Ebene erreicht werden.<sup>71</sup>

Die deutsche Gesellschaft hatte die Niederlage im Zweiten Weltkrieg als einen nationalen Zusammenbruch erfahren. Dies bedeutete im Falle Deutschlands als des Schuldigen an einem beispiellosen Vernichtungskrieg nicht nur die Zerstörung der materiellen Lebensgrundlagen, sondern auch der moralischen. Das gesellschaftliche Trauma verband sich mit millionenfachen Opfern, die in keiner heroischen Meistererzählung Platz haben konnten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren aber nicht durch Vergessen zu heilen, zumal überlebende Opfer der politischen Verfolgungen im Nationalsozialismus mit der Zeit in der Öffentlichkeit eine Stimme fanden. Und die Generation der Nachgeborenen pochte darauf, ihre Identität auf ein bereinigtes Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit zu stützen.<sup>72</sup>

Es bedurfte des Generationenwechsels und des einschneidenden gesellschaftspolitischen Wandels (mit den Jahren 1968 und 1989 verbunden), um zu einer gesamtgesellschaftlichen, gemeinsamen deutschen Vergangenheitsbewältigung zu finden, die von entsprechenden Wendungen in den geschichtswissenschaftlichen Diskursen und damit wechselndem Interesse an durchaus vorhandenen Quellenbeständen begleitet war. Die Bevorzugung der Totalitarismusthese in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hatte für die deutschen Historiker eine entlastende Funktion, weil das NS-Regime in einem europäischen Gesamthorizont totalitärer Regime und ihrer Gewaltpolitik betrachtet wurde. Der Trend zur Erforschung von Lebenswelten mit Methoden der Oral History war entsprechend kein

---

<sup>71</sup> Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit*, S. 74ff; zur Problematik des Traumas *Bernhard Giesen*: Das Trauma der „Täternation“. In: *Christina Jostkleigrewe* (Hrsg.): *Geschichtsbilder. Konstruktion – Reflexion – Transformation*. Köln u.a. 2005, S. 387–414.

<sup>72</sup> Zur Generationenproblematik: *Aleida Assmann*: *Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung*. München 2007, S. 31–40. Übergreifend *Peter Reichel*: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München 2001.

Spezifikum der Nachkriegszeit, sondern eines des späten 20. Jahrhunderts, als man weg von den Eliten und Strukturen zum Alltagsbewusstsein der Deutschen vorstoßen wollte, das das Entsetzliche möglich gemacht hatte.<sup>73</sup>

Christoph Cornelißen hat Generationstypen von Historikern in der Bundesrepublik ausgemacht, die in bestimmter Weise mit der Vergangenheit umgingen und daraus ihr wissenschaftliches Profil wie ihre gesellschaftliche Anerkennung gewannen. Es lässt sich daran zeigen, wie eng Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik, also der politische Umgang mit Geschichte, zusammengehören und einander bedingen. Historiker standen und stehen mitten in der Gesellschaft, als eine Gruppe der Elite, deren Vertreter kommunikativ und medial Bewusstsein und Identität prägen.<sup>74</sup>

Die Gründungszeit der Bundesrepublik war von einer so „prekären Desorientierung“ gekennzeichnet, dass in der Geschichtswissenschaft und in der Politik die Metapher von der „geschichtslosen Zeit“ dominierte.<sup>75</sup> Das NS-Regime hatte sich ja zum Vollender der deutschen Geschichte stilisiert; nach Kriegsende waren alle Traditionsbestände zerrüttet. Die wilhelminische Generation der Historiker, die tief in das Werte- und Normensystem des späten Kaiserreichs integriert war, entwickelte unterschiedliche memoriale Entlastungsstrategien, von der moralischen Läuterung in der Stille bis zur Suche nach dem wahren Deutschland. Die Ursachen für die NS-Diktatur wurden europäisiert, die Verbrechen zu einem erheblichen Teil beschwiegen, Kontinuitäten der Geschichte zurückgewiesen. Eine Bismarck-Diskussion gleichsam als Stellvertreterdebatte über die Ursachen des Nationalsozialismus war darauf angelegt, die Tradition der Geschichtsschreibung im Dienste der Einheit der Nation neu zu beleben. Dieses Anliegen verband die folgende, die „bündische Generation“ mit der wilhelminischen. Im Unterschied zu dieser war die bündische Generation in ihrer Sozialisation von der moralischen Verwundung durch den Versailler Frieden und durch die Enttäuschung über die krisenhafte Entwicklung der Weimarer Republik geprägt, was vielfach dazu führte, im Nationalsozialismus eine geistige Heimat zu finden oder zumindest Elementen seiner Ideologie anzuhängen. In der Nachkriegszeit wählte man vorzugsweise die historische Erforschung anderer Epochen. Der Münsteraner Historiker Kurt von Raumer erklärte 1950: „Ich glaube, wer so geirrt hat, wie wir, muss sehr lange schweigen,

---

<sup>73</sup> *Edgar Wolfrum*: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen. In: *Petra Bock, Edgar Wolfrum* (Hrsg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. Göttingen 1999, S. 55–81; exemplarisch: *Harald Welzer* u.a.: „Opa war kein Nazi“. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt/M. 2002.

<sup>74</sup> *Christoph Cornelißen*: Historikergenerationen in Westdeutschland seit 1945. Zum Verhältnis von persönlicher und wissenschaftlich objektivierter Erinnerung an den Nationalsozialismus. In: *Ders.* (Hrsg.), *Erinnerungskulturen*, S. 139–152.

<sup>75</sup> *Wolfrum*, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 60.

um nicht gänzlich unglaubhaft zu werden.“<sup>76</sup> Andere taten es wie er, so dass Dolf Sternberger den Begriff der „vitalen Vergesslichkeit“ bildete.<sup>77</sup> Aber etwa Eduard Mühle hat am Beispiel von Hermann Aubin sehr eindrucksvoll gezeigt, dass es genügend Historiker gab, die an die Methoden und Inhalte der nationalsozialistischen Ostforschung anknüpften und damit zu Ruhm und Ehre kamen.<sup>78</sup> Angriffen der DDR-Historiker und später der westdeutschen Studentenschaft entzogen sie sich. Dies bedeutete allerdings nicht, dass es nicht gezielte institutionalisierte Versuche gab, die Geschichtsforschung aus ihrer Lähmung herauszuführen, wie die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte in München 1949 zeigte.<sup>79</sup>

In den 1960er Jahren kam ein neuer Trend auf, den u. a. Theodor Schieder repräsentierte, als er zum 30. Jahrestag der „Machtergreifung“ davon sprach, dass erst langsam das Gedächtnis zurückkäme und man sich durch die Beschäftigung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit aus einem „inneren Krampfzustand“ zu lösen begägne.<sup>80</sup> Mit der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit ging die Etablierung eines nationalstaatlichen Gedächtnisortes für die neue Bundesrepublik einher, der ersatzweise der 17. Juni 1953 wurde, weil der 8. Mai 1945 von der DDR besetzt war und der 20. Juli 1944 nicht konsensfähig erschien. Am Tag der deutschen Einheit prägte sich mit der Zeit ein nachhaltiges Bekenntnis zum deutschen Nationalstaat aus, auch um ihn weltweit zu rehabilitieren.<sup>81</sup>

Dieses geschichtspolitische Gebäude begann in den 1960er Jahren zu wanken. Den Weg dazu ebnete die Fischer-Kontroverse: Sie machte die Kontinuitätsthese gesellschaftsfähig, nach der die konservativen Gesellschaftsschichten vor und nach dem I. Weltkrieg eine Hegemonialpolitik vertraten. Begleitet von einem Generationenwechsel wurde nun das nationalapologetische Geschichtsbild einer grundsätzlichen Revision unterzogen.<sup>82</sup>

---

<sup>76</sup> *Cornelißen*, *Historikergenerationen in Westdeutschland*, S. 142–148, Zitat S. 145; vgl. auch zur Gesamtproblematik *Norbert Frei*: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1999; *Winfried Schulze*: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*. In: *Historische Zeitschrift*. Beiheft 10. München 1989, bes. S. 46–76.

<sup>77</sup> *Dolf Sternberger*: *Versuch zu einem Fazit*. In: *Die Wandlung* 4 (1949), S. 699–710, hier S. 701.

<sup>78</sup> *Eduard Mühle*: *Für Volk und deutschen Osten*. *Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung*. Düsseldorf 2005.

<sup>79</sup> *Udo Wengst, Horst Möller* (Hrsg.): *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*. München 1999.

<sup>80</sup> *Cornelißen*, *Historikergenerationen in Westdeutschland*, S. 147; *Theodor Schieder*: *Zum Problem der historischen Wurzeln des Nationalsozialismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* [Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“] vom 30. Januar 1963, S. 19.

<sup>81</sup> *Wolfrum*, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 64; vgl. auch *Aleida Assmann, Ute Frevert*: *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*. Stuttgart 1999, bes. S. 140–172, 234–257; *Karl-Rudolf Korte*: *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren*. Köln 1990, S. 66–80, 102–106; *Peter Hurrelbrink*: *Der 8. Mai 1945 – Befreiung durch Erinnerung. Ein Gedenktag und seine Bedeutung für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland*. Bonn 2005, bes. S. 235–260.

<sup>82</sup> Vgl. *Wolfgang Jäger*: *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Göttingen 1984.

Dies geschah, indem der Anspruch umgesetzt wurde, den Nationalsozialismus zu entmythologisieren. In der Politik demonstrierte besonders Willy Brandt die Aussöhnung mit dem Osten und den Opfern. Der wohl folgenreichste symbolische Akt war sein Kniefall vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos. Diese Geste war zugleich Sinnbild für eine historische Aufarbeitung, die implizierte, dass das Unheil für Deutschland bereits 1933 und nicht erst 1945 begonnen hatte. Mit dem Moskauer und Warschauer Vertrag werde nichts preisgegeben, so entgegnete der Bundeskanzler seinen Gegnern, dass nicht schon vom nationalsozialistischen Regime verspielt worden sei.<sup>83</sup> In den geschichtswissenschaftlichen und politischen Debatten wurden nun freiheitliche Bezugspunkte zur historischen Verortung der Bundesrepublik stärker als nationale ins Spiel gebracht. Eine Tendenzwende kam als Zeit der Ernüchterung in den 1970er und dann 1980er Jahren – auch vor dem Hintergrund der ostdeutschen Erfindung einer sozialistischen deutschen Nation. In der Bundesrepublik wurde die Suche nach einem neuen Patriotismus populär, dessen Nährboden die Sehnsucht nach einer Normalisierung jenseits der Vergangenheitsbewältigung war.<sup>84</sup> Die Schärfe des damit verbundenen Historikerstreites zeigte aber rasch, wie stark die Polarisierungen noch waren.<sup>85</sup>

Auch für die vierte Generation gilt, dass die moralische Betroffenheit geblieben ist. Nur haben sich durch die Wiedervereinigung die Möglichkeiten einer gemeinsamen Erinnerung im Westen und Osten Deutschlands auf ganz neue Weise ergeben. Der Parole „Wir sind ein Volk!“ ist nach überaus schwierigen Prozessen der Identitätssuche der Schritt gefolgt, mit dem Berliner Mahnmal für die europäischen Opfer des Holocausts symbolisch im Herzen der Hauptstadt und damit im Herzen der deutschen Nation ein beispielloses Symbol der Erinnerung zu etablieren, welche erst die Chance auf Versöhnung offen hält. Damit reiht sich Deutschland, so ist geurteilt worden, auch symbolisch wieder in die Gemeinschaft der zivilen Nationen ein, denen die Menschen- und Bürgerrechte das maßgebliche Anliegen sind.<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> *Christoph Schneider*: Der Warschauer Kniefall. Ritual, Ereignis und Erzählung. Konstanz 2006; *Willy Brandt*: Reden und Interviews. Bonn 1971, bes. S. 380.

<sup>84</sup> Vgl. *Edgar Wolfrum*: Die 60er Jahre. Eine dynamische Gesellschaft. Darmstadt 2006, S. 128–135; *ders.*: Die 70er Jahre. Republik im Aufbruch. Darmstadt 2007, S. 58–64; *ders.*: Die 80er Jahre. Globalisierung und Postmoderne. Darmstadt 2007, S. 122–126; *Jeffrey Herf*: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998, S. 395–439; *Emmanuel Terray*: Die unmögliche Erinnerung. Die Herstellung eines künstlichen nationalen Gedächtnisses in der DDR und ihr Mißlingen. In: *Etienne François* u.a. (Hrsg.): Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1995, S. 189–198; *Korte*, Der Standort der Deutschen, S. 66–77; *Peter Reichel*: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. Frankfurt/M. 1999, S. 218–285.

<sup>85</sup> „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München u.a. 1987.

<sup>86</sup> *Cornelissen*, Historikergenerationen in Westdeutschland, S. 150; *Reichel*, Politik mit der Erinnerung, S. 209–217; *Assmann*, Der lange Schatten der Vergangenheit, S. 279.

### III. Probleme der Erinnerungskultur in (Sowjet-)Russland

Was ich in Bezug auf Deutschland ausführte, gilt erinnerungstheoretisch auch für Russland: Aus der Verbindung von Sinnsuche im Vergangenen und Sinngebung in der Gegenwart durch Geschichte folgt, dass die Besinnung auf eine belastende Vergangenheit von Kontroversen über Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik begleitet wird. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob nicht im Ausland gegenwärtig intensiver über russisches Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik geschrieben wird als im Lande selbst. Nimmt man die westliche und östliche Geschichtsforschung zusammen, kann die Interpretation der Probleme, die die Erinnerungsarbeit in Russland betreffen, folgendermaßen zusammengefasst werden: In der Sowjetzeit brachte der Anspruch von Partei und Staat, nach der Theorie des Marxismus-Leninismus gesetzmäßig zu handeln, die Notwendigkeit mit sich, abweichende Geschichtsbilder, die das politische Selbstverständnis – auch in historischer Perspektive – in Frage stellen konnten, zu unterdrücken. Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik lagen in der Obhut der Kommunistischen Partei, Liberalisierungen wirkten sich unmittelbar auf die Geschichtsschreibung aus und differenzierten sie.<sup>87</sup> So ermöglichte schon das „Taufwetter“ unter Nikita Chruschtschow unterschiedliche Erinnerungskulturen. In dieser Zeit wurde in Romanen, Memoiren, publizistischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen Leid zum Ausdruck gebracht, das im Stalinismus und im Zweiten Weltkrieg erfahren wurde und das in der Nachkriegszeit vom Stalin-Kult und der Mythisierung des Großen Vaterländischen Krieges aus dem öffentlichen Geschichtsbewusstsein gedrängt worden war. Man denke etwa an Aleksandr Solzhenizyns „Ein Tag im Leben des Ivan Denisowitsch“ oder die Kritik der Stalin’schen Militär- und Kriegspolitik im geschichtswissenschaftlichen Werk des Generals Petr Grigorenko und des Historikers Aleksandr Nekrič.<sup>88</sup> Doch der kritische Geist, den die Parteispitze zeitweise zuließ, war funktional eng gerahmt und auf eine Kritik des sog. Personenkultes um Stalin beschränkt. Nach dem Sturz Chruschtschows war auch das geistige Taufwetter und der Versuch beendet, Partei, Staat und Gesellschaft durch eine liberalisierte Erinnerungsarbeit einander näher zu bringen. Dies hieß sicherlich nicht, dass die sowjetische Gesellschaft seither bis zur Perestrojka zum Schweigen verurteilt war. Samizdat und Tamizdat, also Selbstverlage im Untergrund und im Ausland, wurden nun zum Ventil für

---

<sup>87</sup> *Arup Banerji*: Writing history in the Soviet Union. New Delhi 2008; *Joachim Höslér*: Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953–1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte. München 1995; *Roger D. Markwick*: Rewriting History in Soviet Russia. The Politics of Revisionist Historiography, 1956–1974. Basingstoke u.a. 2001; *Günter Judick, Kurt Steinhaus* (Hrsg.): Stalin bewältigen. Dokumente und Aufsätze der 50er, 60er und 80er Jahre. Düsseldorf 1989.

<sup>88</sup> *Alexander Solschenizyn* [*Aleksandr I. Solzhenizyn*]: Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch. Augsburg 2005; *Alexander Nekrič* [*Nekrič*], *Pjotr Grigorenko*: Genickschuß. Die Rote Armee am 22. Juni 1941. Hrsg. und eingel. von *Georges Haupt*. Wien u.a. 1969.

Erinnerungen an Unmenschlichkeiten der stalinistischen Diktatur.<sup>89</sup> In der Zeit der Perestrojka, als die Zensur aufgehoben wurde und Michail Gorbatschow 1987 programmatisch dazu aufforderte, die klaffenden Lücken in der Geschichtsschreibung zu schließen, wurde Glasnost' ein Synonym für eine Medienbegeisterung, die um die Aufarbeitung der Geschichte kreiste. Einher ging ein tief greifender Wandel von Geschichtswahrnehmungen und -deutungen, die zu einem breiten Pluralismus führte. Er schlug sich auch institutionell und organisatorisch nieder: man denke etwa an die Gründung der Gesellschaft MEMORIAL (1988) oder neuer Universitäten, z. B. der von dem Moskauer Historiker Jurij Afanas'ev 1992 gegründeten Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität.<sup>90</sup> Narrative der Sowjetzeit lieferten weiterhin Identitätsangebote, aber Erzählungen von früher ausgegrenzten Menschen – durch Säuberungen, den Krieg, die Lager und Diskriminierungen vieler Art – gaben nun Opfern einen Platz in der Öffentlichkeit. In den neunziger Jahren setzte dann die Goldene Zeit der Geschichtsforschung ein – durch die Öffnung der Archive, die Internationalisierung der historischen Forschung und durch die methodischen Anregungen, die sie mit sich brachte – etwa auf dem Gebiet der Alltags- und Identitätsforschung. Die Besonderheit der 1990er Jahre in den Bereichen der Geschichtsforschung und der Lehrbuchgestaltung bestand darin, dass der Staat durch den politischen Umbruch seine Kontrollfunktion zurückgenommen hatte. Allerdings reichte die Motivation der Gesellschaft in der sie erfassenden allgemeinen Krisenzeit nicht so weit, der Frage nach den Opfern und den Tätern erschöpfend nachzugehen.<sup>91</sup>

Im Hinblick auf die offizielle, vom russischen Präsidenten Boris El'zin angestoßene und von Vladimir Putin dann entschlossen aufgenommene Suche nach einer neuen russischen

---

<sup>89</sup> *Dietrich Beyrau*: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917–1985. Göttingen 1993; *Wolfgang Eichwede* (Hrsg.): Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa. Die 60er bis 80er Jahre. Bremen 2000.

<sup>90</sup> Aus der Vielzahl der Publikationen: *Juri Afanassjew* (Hrsg.): Es gibt keine Alternative zu Perestrojka. Glasnost, Demokratie, Sozialismus. Nördlingen 1988; *Gert Meyer* (Hrsg.): Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion. 2. Aufl. Köln 1989; *Dietrich Geyer* (Hrsg.): Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991; *Robert W. Davies*: Perestrojka und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie. München 1991; *Gennadij A. Bordjugov* (Hrsg.): Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednych let. Moskva 1996; *Elke Fein*: Geschichtspolitik in Rußland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft MEMORIAL. Hamburg 2000; vgl. auch die Projekte zur Aufarbeitung der Vergangenheit durch MEMORIAL: [www.memorial.de](http://www.memorial.de); [www.gulag.memorial.de](http://www.gulag.memorial.de); [www.memo.ru](http://www.memo.ru) (Zugriff: 29.12.2009).

<sup>91</sup> *Benno Ennker*: Sowjetgeschichte und Identitätsfindung heute. Historisches Erbe und Politik in Russland. In: *Aron Buzogány, Rolf Frankenberg* (Hrsg.): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Gerd Meyer. Baden-Baden 2007, S. 109–132; *Robert W. Davies*: Soviet History in the Yeltsin Era. Basingstoke u.a. 1997; *Aleksandr V. Golubev*: Das Bild der sowjetischen Vergangenheit in den rußländischen Schulbüchern der letzten Jahre. In: *Isabelle de Kéghel, Robert Maier* (Hrsg.): Auf dem Kehrlichthausen der Geschichte? Der Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit. Hannover 1999, S. 103–113; *Andreas Langenohl*: Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland. Göttingen 2000.



Identität, die das transformierte Staatswesen sinnhaft zusammenfügen sollte, musste die geschichtliche Verortung von Staat und Gesellschaft Gemeinschaft zum Ankerpunkt haben. Kollektive Identität wurde und wird als staatlich angestoßene Konstruktion durch die Veränderung zentraler Symbole wie der Staatshymne oder nationaler Gedenktage geformt. Als nationaler Gründungsmythos hat der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg die Oktoberrevolution abgelöst. Rhetorisch verbunden wird das staatliche Bemühen um kollektive Identität durch die Orientierung auf „Patriotismus“, eines emotionalen Konstrukts, das inhaltlich den genannten Symbolen und der außenpolitischen Orientierung Russlands auf Wiederherstellung seiner Großmachtstellung angepasst wird.<sup>92</sup>

Das Problem der gesellschaftlichen Integration durch eine gemeinsame Erinnerung und Vergangenheitsbewältigung scheint sich durch diese staatlichen Vorgaben neu zu stellen: Dies zeigt die aktuelle Diskussion um das neue, 2007 erschienene Schulbuch für Lehrer, dem im innerrussischen Diskurs zum Vorwurf gemacht wird, es rehabilitiere die Stalinzeit, rechtfertige den Terror und grenze Russland aus der westlichen Wertegemeinschaft aus. Wenn solche Vorstellungen geschichtspolitisch dominant würden, könnte – so lässt sich aus allem Gesagten folgern – eine neue nationale Identität nur durch Ausschluss all derer gebildet werden, deren Leiderfahrungen noch nicht anerkannt wären. Da diese auch Staaten der ehemaligen Sowjetunion betreffen, könnte allgemein konstatiert werden, dass das Neue Russland weder im Inneren noch Äußeren seine bestehenden Integrationsprobleme bewältigt habe. „Glückliches Vergessen“, das ein Mitautor des neuen Lehrbuchs für russische Geschichte des 20. Jahrhunderts kürzlich den Schülern empfahl, entmündige nach Ansicht seiner Widersacher nicht nur die Betroffenen eines unmenschlichen Regimes, sondern auch all die, die sich die Geschichtsbilder vorschreiben ließen. Vor allem verhindere es die Erziehung der jungen Generation zu einem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstsein, auch gegenüber den russischen Nachbarstaaten.<sup>93</sup> Tatsächlich zeigt die Meinungsforschung, dass die allgemeine Akzeptanz für Stalin, sogar bei Personen, die selbst oder deren Freunde resp. deren Familien zu Opfern geworden waren, wieder wächst. Dies wird auf eine „negative

---

<sup>92</sup> *Jutta Scherrer*: Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung. In: *Monika Flacke* (Hrsg.): *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*. Bd. 2, Mainz 2004, S. 619–670; *Isabelle de Kegel*: *Die Staatssymbolik des neuen Russland. Traditionen, Integrationsstrategien, Identitätsdiskurse*. Münster u.a. 2008.

<sup>93</sup> Zitiert nach: *Kerstin Holm*: *Der Greuel gedenken. Eine erregende Debatte über russische Traumata*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23. Juni 2008; *Aleksandr V. Filippov*: *Novejšaja istorija Rossii 1945–2006 gg. Kniga dlja učitelja*. Moskva 2007; *Valerij P. Ostrovskij, Anatolij I. Utkin*: *Istorija Rossii. XX vek. 11 klass*. Moskva 2001; *Galina Klokowa*: *Die Darstellung der Diktatur in Geschichtsschulbüchern der postsowjetischen Zeit*. In: *Hans-Heinrich Nolte* (Hrsg.): *Auseinandersetzungen mit den Diktaturen. Russische und deutsche Erfahrungen*. Gleichen u.a. 2005, S. 83–110.

Identität“ zurückgeführt, die auf der Konstruktion einer kulturellen Grenze zwischen Russland und seiner Außenwelt beruht, wobei die Außenwelt negativ gedeutet ist. Individuelle und kollektive Identität würden stark durch Abgrenzung nach außen gebildet. Zugleich werde im kollektiven Gedächtnis Russlands die Geschichte heroisiert und über das Heldennarrativ gesellschaftliche Versöhnung angestrebt, wobei die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg der maßgebliche Bezugspunkt ist.<sup>94</sup>

---

<sup>94</sup> *Ennker*, Sowjetgeschichte und Identitätsfindung heute, S. 125–129; *Boris Dubin*: Goldene Zeiten des Krieges. Erinnerung als Sehnsucht nach der Brežnev-Ära. In: *Osteuropa* 55 (2005), Heft 4–6, S. 219–233; *Lev D. Gudkov*: Pobeda v vojne. K sociologii odnogo nacional'nogo simvola. In: *Ders.*: Negativnaja identičnost'. Stat'i 1997–2002 godov. Moskva 2004, S. 20–58 und *ders.*: K probleme negativnoj identifikacii. Ebd., S. 262–299; vgl. auch *Irina Scherbakowa* [*Ščerbakova*]: Zerrissene Erinnerung. Der Umgang mit Stalinismus und Zweitem Weltkrieg im heutigen Russland. Göttingen 2010.

Arkadij Tsfasman

## **Die Darstellung der Rolle Stalins in sowjetischen Schulbüchern zur Geschichte der UdSSR (Mitte der 1930er bis Mitte der 1980er-Jahre des 20. Jahrhunderts)**

Die Stalin'sche „Revolution von oben“, die die Sowjetunion in den 1930er-Jahren erfasste, war bekanntlich von radikalen Transformationen begleitet. Diese führten zur Herausbildung eines totalitär-kommunistischen Regimes, dessen Ziel es war, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter seine Kontrolle zu bringen. Die bedeutsamsten unter diesen Umgestaltungen waren die Forcierung der Industrialisierung, die gewaltsame „Kollektivierung“ des Bauerntums und die sogenannte „Kulturrevolution“. Eine zentrale Rolle bei Letzterer spielte die Reorganisation des Bildungswesens. Da sie die pädagogischen Experimente sowie die Unterrichts- und Erziehungsmethoden der ersten Dekade der bolschewistischen Macht entschieden ablehnte, unterstellte die Führung des Landes die Schulen vor allem mittels der Einführung verpflichtender Lehrpläne und Unterrichtsprogramme sowie der Einzelleitung einer zentralen Kontrolle. Zu den Umgestaltungen zählte auch die Partei- und Regierungsverordnung „Über den Unterricht der bürgerlichen Geschichte an den Schulen der UdSSR“ vom 16. Mai 1934. Gemäß dieser Verordnung wurde der an den allgemeinbildenden Schulen nach der bolschewistischen Revolution abgeschaffte Geschichtsunterricht wieder eingeführt sowie die damals ebenfalls geschlossenen historischen Fakultäten an den Universitäten erneut eingerichtet. Man sah sich vor die Aufgabe gestellt, Geschichtslehrbücher zu verfassen. Die Initiative zur genannten Verordnung war von Iosif Stalin selbst ausgegangen. Er brauchte die Geschichte, um Patriotismus zu verbreiten, sowohl den traditionellen russischen, als auch den neuen – sowjetischen. Und er war bestrebt, die Geschichte, insbesondere die jüngere Geschichte, zur Überhöhung seiner eigenen Person zu nutzen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei der Kehrtwendung Stalins zum Geschichtsunterricht auch das Beispiel Deutschlands eine gewisse Rolle spielte, wo der an die Macht gekommene Nationalsozialismus seine Ideen schnell und erfolgreich mithilfe des Geschichtsunterrichts verbreitete. Über die Effektivität dieses nationalsozialistischen Experiments berichtete 1934 die sowjetische Zeitschrift für Lehrer „Bor'ba klassov“ („Klassenkampf“).<sup>95</sup>

Die Kontrolle über die Einführung des Geschichtsunterrichts wurde von Stalin übernommen. Wie der damalige Volkskommissar für Bildung Andrej Bubnov betonte, habe

---

<sup>95</sup> A. Sokolova, I. Bernadskij: Kak prepodajut istoriju v školach Germanii. In: Bor'ba klassov. 1934. Nr. 5 u.6.

Stalin bei der Abfassung der Verordnung vom 16 Mai 1934 „die Initiative übernommen und diesen Beschluss selbst direkt Zeile für Zeile, Buchstaben für Buchstaben, Komma für Komma redigiert“.<sup>96</sup>

Gleichzeitig verlangte die Stalin'sche Führung eine drastische Verschärfung der ideologischen Kontrolle über die Arbeit der Pädagogen. Der führende bolschewistische Ideologe und engste Vertraute Stalins Andrej Ždanov sprach davon, dass es in den Schulen notwendig sei, „jeden, der es gewagt hat, etwas [Schlechtes, A.T.] über Stalin oder die anderen Führer zu sagen, so in die Mangel zu nehmen, dass er keinen Mucks mehr macht“.<sup>97</sup>

Die Verstärkung der Stalin'schen Kontrolle über die Schulen, die zeitlich mit der Welle der Massenrepressionen von 1936 bis 1938 zusammenfiel, erzeugte bei den Bildungsarbeitern Angst und Konformismus, obwohl es unter ihnen nicht wenige gab, die aufrichtig an den Kommunismus glaubten. Dies führte zur Entwicklung der für das totalitäre Regime notwendigen Schule. Ein äußerst wichtiger Bestandteil derselben sollten auch „stabile Lehrbücher“ werden, von denen die Lehrer keinen einzigen Schritt abweichen konnten.

Die Ausarbeitung der Geschichtslehrbücher erfolgte unter den wachsamen Augen der bolschewistischen Führungsspitze. Nachdem sie Einblick in die Konzepte für die Lehrbücher zur Geschichte der UdSSR und zur ausländischen Geschichte der Neuzeit genommen hatten, erklärten Stalin und seine engsten Kampfgefährten Sergej Kirov und Andrej Ždanov diese für nicht zufriedenstellend und äußerten Beanstandungen, die die Grundlage für die Schulbücher bildeten.<sup>98</sup> Sie wurden von Autorenkollektiven geschrieben, die von der höchsten Staats- und Parteiführung gebilligt worden waren.

Allerdings hatten die ersten Lehrbücher keinen langen Bestand. Die Repressionswelle der Jahre 1936 bis 1938 verschlang viele Autoren, aber auch führende bolschewistische Funktionäre, deren Namen von den Seiten der Schulbücher getilgt wurden.

Die Ausgestaltung der Stalin'schen Vorstellung von der Geschichte des Landes bis Ende des 19. Jahrhunderts und der Entwicklung der bolschewistischen Partei hängt eng mit dem 1938 erschienenen Band „Istorija VKP (b). Kratkij kurs“ („Geschichte der VKP (b). Ein Kurzlehrgang“) zusammen, der von Stalin persönlich redigiert worden war. Er bildete die theoretisch-methodologische Basis und das Fundament des Stalinismus. Dieses Buch lag der Stalin'schen Interpretation jener Geschichteperiode zugrunde, mit der Leben und Wirken des bolschewistischen Diktators verbunden waren.

---

<sup>96</sup> Édouard Dneprov: *Sovremennaja škol'naja reforma v Rossii*. Moskva 1998, S. 28.

<sup>97</sup> Ebd., S. 30.

<sup>98</sup> *Direktivy VKP(b) i postanovlenija sovet'skogo pravitel'stva o narodnom obrazovanii za 1917–1947 gg.* Ausg. 1. Moskva, Leningrad 1947, S. 186.

Besonders ausführlich spiegelte sich der „Kurzlehrgang“ im Inhalt des ersten „stabilen“ Lehrbuchs zur Geschichte der UdSSR für die 10. Klasse der Mittelschule wider, das 1940 herauskam. Darin wird Stalin als tadelloser Revolutionär, als hervorragender Organisator und Anführer der kämpfenden werktätigen Massen – zu Beginn Transkaukasiens und später ganz Russlands – dargestellt, als konsequenter bolschewistischer Führer, der gemeinsam mit Lenin die bolschewistische Partei geschaffen, deren theoretische Grundlagen erarbeitet, die „eiserne Garde der Bolschewiken“ geschmiedet, die bolschewistische Zeitung „Pravda“ aus der Taufe gehoben, die Oktoberrevolution von 1917 angeführt und eine herausragende Rolle im Bürgerkrieg gespielt habe. Entsprechend des lancierten Konzepts der „zwei Führer“, tritt Stalin in allen revolutionären Angelegenheiten stets gemeinsam mit Lenin auf, seine Rolle wird derjenigen Lenins gleichgestellt. Nach Lenins Tod alleinige Führungsfigur, reinigte Stalin, so das Lehrbuch, die Partei von allen dem Bolschewismus feindlich gesinnten Kräften („Trotzkisten“, „Sinowjewisten“, „Bucharinisten“ u. a.), übernahm die Leitung der Industrialisierung und des Aufbaus der Kolchosstrukturen, gewährleistete den Erfolg der „Kulturrevolution“ und führte das Land dadurch zum Triumph des Sozialismus, zu noch nie dagewesener Kraft und Herrlichkeit, das sowjetische Volk jedoch zu Wohlstand und einem glücklichen Leben. Das Lehrbuch strotzt vor Zitaten aus den Arbeiten Lenins, und noch mehr – Stalins. So wurde ein kanonisches Schulbuch zur Geschichte der UdSSR geschaffen, das mit geringfügigen Änderungen bis zur Mitte der 1950er-Jahre existierte.<sup>99</sup>

Die in den Jahren des Krieges der Sowjetunion gegen den Nationalsozialismus (1941–1945) herausgegebenen Lehrbücher waren Nachdrucke der Ausgabe von 1940; ergänzt wurden lediglich die jüngsten Ereignisse des Krieges, wobei selbstredend auf die herausragende Rolle Stalins nicht nur als Führungsgestalt, sondern auch als Feldherr hingewiesen wird. So verhielt es sich auch mit den in den ersten Nachkriegsjahren erschienenen Lehrbüchern, bis zu Stalins Tod im Jahr 1953. Im 1954 aufgelegten Lehrbuch wird immer noch behauptet, dass „der Name Stalins mit Recht in einer Reihe mit den Namen der größten Persönlichkeiten der Weltgeschichte steht – Marx – Engels – Lenin“.<sup>100</sup>

Der XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 und die auf ihm gehaltene Rede von Nikita Chruščev über den Personenkult um Stalin machten der maßlosen Apologetik des totalitären Diktators ein Ende. Die Sichtweise der Partei- und Staatsführung in den ersten Jahren des Chruščev'schen „Taufwitters“ (zweite Hälfte der 1950er - Anfang der 1960er-

---

<sup>99</sup> Konstantin Bazilevič, Sergej Bachrušin, Anna Pankratova, Anastasia Focht: Istorija SSSR. Učebnik dlja 10 klassa srednej školy, hrsg. v. Anna Pankratova. Moskva 1940.

<sup>100</sup> Ebd., Moskva 1954, S. 421.

Jahre) bestand in der Verurteilung der „unbegründeten“ Stalin'schen Repressionen und einiger seiner „Fehler“, gleichzeitig jedoch war man bestrebt, seine „Verdienste“ um die Verteidigung der ideologisch-politischen Prinzipien des Bolschewismus gegen dessen verschiedenen „Feinde“ in der Führung nach dem Tod Lenins mittels des Aufbaus des Sozialismus nachzuweisen.

In diesem Sinn wird die Rolle Stalins in der 1956 erschienen 15. Auflage des Lehrbuchs zur Geschichte der UdSSR dargestellt (Autoren und Herausgeberin sind dieselben). Stalin kommt darin wesentlich seltener vor und wird nicht auf eine Stufe mit Lenin gestellt, sondern als einer seiner Schüler und Kampfgefährten bezeichnet. Die Verdienste um den Aufbau des Sozialismus werden nun der kommunistischen Partei zugeschrieben. Im Abschnitt über den Großen Vaterländischen Krieg von 1941 bis 1945 wird Stalin lediglich einige Male erwähnt. Es fehlt die Beschreibung Stalins als „überragender Feldherr“ und das für diesen Abschnitt obligate Portrait des „Generalissimus“. Im Abschnitt über den XX. Parteitag der KPdSU findet sich der kurze Absatz: „Der Parteitag verurteilte den Personenkult [ohne Namen zu nennen, A.T.], dessen Verbreitung die Rolle der Partei und der Volksmassen geschmälert, die Bedeutung der kollektiven Führung der Partei herabgemindert und häufig zu Versäumnissen bei der Arbeit geführt hatte.“<sup>101</sup> Diese Formulierung ging bis 1961 unverändert in die nachfolgenden Auflagen des Lehrbuchs ein.

Eine gewisse Zunahme der Kritik an Stalin, die in der zweiten Phase des Chruščev'schen „Tauwetters“ erfolgte – u. a. auf dem XXII. Parteitag der KPdSU (Oktober 1961) – wirkte sich auch auf die Schulbücher aus: Die „Leninisierung“ der Geschichte wird deutlich verstärkt, d. h. die „überragenden Verdienste“ Lenins bei jeder Gelegenheit betont, und nach seinem Tod – diejenigen der von ihm geschaffenen kommunistischen Partei. Stalin wird selten erwähnt. Er kommt bei den kanonisierten „bedeutenden Funktionäre“ der Partei vor (Michail Frunze, Sergej Kirov, Grigorij Ordžonikidze u. a.), die an der Revolution und am Bürgerkrieg teilnahmen. Die Gründe für den „Personenkult“ werden in völliger Übereinstimmung mit der Verordnung „Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“ vom 30. Juni 1956 erklärt: „Lange Zeit in der Funktion des Generalsekretärs des ZK der Partei“, heißt es im Lehrbuch, „kämpfte I.V. Stalin zusammen mit anderen führenden Funktionären aktiv für die Umsetzung der Lehren Lenins. Er war dem Marxismus-Leninismus ergeben, als Theoretiker und bedeutender Organisator stand er an der Spitze des Kampfes der Partei gegen die Trotzisten, rechten Opportunisten und bourgeoisen Nationalisten sowie gegen die Machenschaften des kapitalistischen Milieus. In diesem politischen und

---

<sup>101</sup> Konstantin Bazilevič u.a.: Geschichte der UdSSR. Moskva 1956, S. 270.

ideologischen Kampf erlangte Stalin hohe Autorität und Popularität. Fälschlicherweise hat man jedoch begonnen, seinen Namen mit allen unseren großen Siegen in Verbindung zu bringen. Die von der Kommunistischen Partei und dem Sowjetland erreichten Erfolge und die Lobpreisungen seiner Person stiegen ihm zu Kopf. In dieser Situation entwickelte sich ein Personenkult um Stalin. Die negativen Charakterzüge Stalins, vor denen V.I. Lenin bereits 1922 gewarnt hatte, kamen immer stärker zum Vorschein: Grobheit, Launenhaftigkeit, Unduldsamkeit gegenüber Kritik und übermäßiger Argwohn.“ Und weiter: „Stalin begann, seine Macht zu missbrauchen, gegen die Lenin’schen Prinzipien der kollektiven Führung zu verstoßen und die wichtigsten Fragen des Partei- und Staatslebens eigenmächtig zu entscheiden.“ Dadurch seien „der Karrierist Ežov und der politische Abenteurer Berija“ in die Führung der staatlichen Sicherheitsorgane aufgestiegen und hätten „Beschuldigungen gegen führende Funktionäre der Partei und des Staates“ fabriziert. Wie im Lehrbuch betont wird, hätte der Personenkult um Stalin „das siegreiche Vorwärtsschreiten“ jedoch nicht aufhalten können, denn das sowjetische Volk „baute unter der Führung der großen Partei der Kommunisten nach dem vom großen Lenin umrissenen Plan siegreich den Sozialismus auf“. <sup>102</sup>

Ab Ende der 1960er-Jahre, als Leonid Brežnev an der Spitze von Staat und Partei stand, trat das Land in eine anhaltende Phase der „Stagnation“ ein. Der Chefideologe des Brežnev-Regimes war Michail Suslov, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Stalinist. Das ideologische Klima im Land wurde zunehmend von dem Bestreben bestimmt, den Stalinismus zu rehabilitieren und ihn in gewisser Hinsicht wiederzubeleben. Und wenn auch der unfehlbare Lenin und die ihm geschaffene unfehlbare Partei weiterhin die maßgeblichen „Helden“ waren, kam Stalin dennoch eine immer bedeutendere Rolle zu. So figuriert er im 1976 erschienenen Lehrbuch gleich mehrfach als einer der herausragendsten Führer der bolschewistischen Revolution von 1917 und einer der Organisatoren der Zerschlagung der weißen Armeen in den Jahren des Bürgerkrieges. In der Folgezeit „spielte er eine überragende Rolle bei der Zerschmetterung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blockes“. Neben seiner Schilderung der Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in den 1930er-Jahren geht das Lehrbuch auch auf „negative Erscheinungen im politischen Leben des Landes“ ein – Verstöße gegen „die sowjetische Demokratie und die sozialistische Gesetzlichkeit“. Diese Erscheinungen werden mit dem „Personenkult um Stalin“ in Verbindung gebracht, der sich, so wird behauptet, in der 2. Hälfte der 1930er-Jahre entwickelt habe. Die Gründe für den „Personenkult“ werden lakonischer erklärt als in den Lehrbüchern

---

<sup>102</sup> O preodolenii kul'ta ličnosti i ego posledstvij. Postanovlenije Central'nogo komiteta KPSS. Moskva 1956.

der 1960er-Jahre, diesmal fehlt die Aufzählung der prominentesten repressierten Politiker und Militärs.<sup>103</sup>

In der letzten Phase der „Stagnation“ (erste Hälfte der 1980er-Jahre) zeigte sich eine immer stärkere Tendenz zur Rehabilitation Stalins. In den Lehrbüchern jener Zeit (z. B. im Lehrbuch zur Geschichte der UdSSR von 1983) taucht Stalin mehrmals bei den vorrevolutionären „Kampfgefährten“ Lenins sowie den aktiven Mitarbeitern der bolschewistischen Zeitung „Pravda“ auf und wird als Mitglied des militärisch-revolutionären Zentrums zur Vorbereitung des Oktoberaufstandes von 1917 genannt. Das Lehrbuch hebt auch die Verdienste Stalins in der nachrevolutionären Zeit hervor: in den Jahren des Bürgerkrieges, im Kampf gegen „antileninistische Elemente“ in den 1920er-Jahren und bei der Erstellung der Verfassung von 1936. Die Bilanz seiner Tätigkeit in den Vorkriegsjahren lautet folgendermaßen: „ Stalin spielte eine große Rolle bei der Verwirklichung des Lenin’schen Plans für den sozialistischen Aufbau. Seit April 1922 Generalsekretär des ZK der VKP(b), kämpfte I.V. Stalin zusammen mit anderen führenden Funktionären der Partei aktiv für die Umsetzung der Lehren Lenins. Er war dem Marxismus-Leninismus ergeben, als Theoretiker und bedeutender Organisator stand er an der Spitze des Kampfes der Partei gegen die Trotzisten, rechten Opportunisten und bourgeoisen Nationalisten sowie gegen die Machenschaften des kapitalistischen Milieus. Allerdings kam es in der weiteren Tätigkeit I.V. Stalins zu Fehlern, die auf dem im Februar 1956 abgehaltenen XX. Parteitag der KPdSU verurteilt wurden.“ Dieser letzte Satz ist der einzige, in dem von „Fehlern“ Stalins die Rede ist; dabei wird nicht gesagt, um welche „Fehler“ (oder gar Verbrechen) es geht.<sup>104</sup>

In den Abschnitten des Lehrbuchs über die Geschichte des Landes in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren wird der Name Stalins im Zusammenhang mit seiner Radioansprache an das Volk vom 3. Juli 1941, seiner „Berufung“ zum Vorsitzenden des Staatskomitees für die Verteidigung des Landes und Obersten Befehlshaber Ende Juli desselben Jahres, seiner Teilnahme an den interalliierten Konferenzen sowie seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR 1946 erwähnt. Das Lehrbuch enthält keinerlei negative Einschätzungen der Tätigkeit Stalins im genannten Zeitraum. Allerdings wird erstmals konstatiert, das 1953 abgehaltene Plenum des ZK der Partei habe Maßnahmen zur Beseitigung der Verstöße gegen die „Lenin’schen Normen und Prinzipien des Partei- und Staatslebens, die in den letzten Lebensjahren I.V. Stalins ernsthaft verletzt worden waren“ ins Auge gefasst. Über die Verstöße selbst schweigt das Lehrbuch.

---

<sup>103</sup> Il’ja Berchin, Ivan Fedosov: Istorija SSSR, hrsg. v. Maksim Kim. Moskva 1976, S. 163, 220, 221.

<sup>104</sup> Jurij Kukuškin (Hrsg.): Istorija SSSR (1900–1937 gg.). Probnij učebnik dlja 9 klassa srednej školy. Moskva 1982.



### *Schlussbemerkung*

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Darstellung der Rolle Stalins in den sowjetischen Schulbüchern zur Geschichte der UdSSR direkt vom Zustand und der Entwicklung des totalitär-kommunistischen Regimes abhängig war und zusammen mit ihm folgende Etappen durchlaufen hat:<sup>105</sup>

I. Mitte der 1930er bis Mitte der 1950er-Jahre: Zeit der Bildung und Machtausübung des Stalin'schen totalitär-kommunistischen Regimes und des Stalin'schen Konzepts der Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert. Es wurde ein multifunktionaler Mechanismus der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne des Regimes „installiert“. Dabei kam der Geschichte eine elementare Rolle zu. Durch sie versuchte das Regime, die nötigen Ideen direkt zu verbreiten, darunter den Stalin-Kult bei der Bevölkerung, vor allem bei den Heranwachsenden. Aus diesem Grund initiierte Stalin persönlich die Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts und übte maßgeblichen Einfluss auf die Ausarbeitung des ihm genehmen Konzepts zur Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert aus. Laut diesem Konzept agierten bis Anfang der 1920er-Jahre im Bolschewismus und an der Spitze des Landes zwei gleich große Führer – Lenin und Stalin. Nach dem Tod Lenins wurden alle Verdienste bei der Führung des Landes Stalin zugeschrieben.

II. Mitte der 1950er bis Mitte der 1980er-Jahre: Zeit des Neostalinismus bei Ideologie und Politik und der neostalinistischen Auslegung der Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert. In den Lehrbüchern wurde das unter der Führung Stalins entwickelte Leitbild der Geschichte des genannten Zeitraums im Wesentlichen beibehalten. Die Hauptverdienste um die erfolgreiche Führung des Landes wurden jedoch Lenin und der Partei überlassen. Allerdings bestanden bei dieser Interpretation in den verschiedenen Jahren bestimmte Nuancen: In der Zeit des Chruščev'schen „Tauwetters“ gab es wohl dosierte Kritik am „Personenkult“ um Stalin und dessen Missbrauch. In den Lehrbüchern wurde der Name des Führers nur selten erwähnt. In den letzten Jahren der „Stagnation“ gingen die kritischen Einschätzungen Stalins zurück und verschwanden danach fast vollständig, besonders in der Regierungszeit Konstantin Černenkos. Stattdessen war immer häufiger von der positiven Rolle des Führers die Rede. Diese Tendenz verstärkte sich und wurde Mitte der 1980er-Jahre dank der Gorbačev'schen Perestroika gebrochen.

Doch die stalinistische und neostalinistische „Saat“ blieb auch in unserer Zeit nicht ohne „Frucht“ – ungeachtet der heftigen Kritik an Stalin in den 1990er-Jahren. Der

---

<sup>105</sup> Petr Potemkin, V. Balev, Il'ja Berchin, Maksim Kim. Istorija SSSR. Učebnik dlja desjatogo klassa srednej školy, hrsg. v. Maksim Kim. Moskva 1983, S. 140, 143.

Hauptgrund hierfür ist – neben verschiedenen anderen – in der nicht überwundenen totalitär-kommunistischen Vergangenheit im Bewusstsein weiter Teile der russischen Bevölkerung zu sehen. Im historischen Gedächtnis dieser Schichten, insbesondere bei Angehörigen der älteren Generation und Menschen mittleren Alters, bleibt das Bild Stalins bis heute positiv besetzt. Eine nicht unbedeutende Rolle spielen dabei jene historischen Vorstellungen aus den Geschichtsbüchern, mit denen diese Generation sozialisiert wurde.

Jan Foitzik

## **Historische Darstellungen in russischen Geschichtslehrbüchern**

Gegenstand der Analyse sind etwa dreißig Lehrbücher der russischen Geschichte für Oberschulen und Universitäten. Über die Titel informiert eine (unvollständige) Literaturliste im Anhang. Die Auswahl erfolgte nicht nach systematischen oder repräsentativen Gesichtspunkten, sondern wurde hauptsächlich durch das Angebot Moskauer Buchhandlungen bestimmt. Dennoch scheint es, dass dabei zumindest eine große Anzahl der vorhandenen Lehrbücher zur Geschichte des 20. Jahrhunderts erfasst worden ist.

Die Lehrbücher sind – mit einer Ausnahme – zwischen 1999 und 2007 in Auflagen von 2 000 bis 10 000 Exemplaren erschienen. Einige bringen es auf 30 000 (Munčaev 1999) oder 50 000 (Dmitrenko 2000), ein bereits 1995 erschienenes Lehrbuch für die 9. Schulklasse erreichte die stolze Stückzahl von 275 000 Exemplaren.<sup>106</sup> Vier Lehrbücher sind in mehreren Auflagen erschienen: eines in vier und ein anderes in fünf.

Mit gewisser Berechtigung kann angenommen werden, dass die Lehrbücher das nationale historische Gedächtnis kodieren. Doch nicht nur dieser Umstand legitimiert das Forschungsvorhaben, sondern auch die Tatsache, dass die Russische Föderation am Bologna-Prozess teilnimmt und bestrebt ist, den europäischen Bildungsstandards zu entsprechen.

Die Analyse beschränkt sich auf Aspekte der sowjetischen Beziehungsgeschichte nach 1945, konkret auf die Beziehungen zum „Westen“ im Allgemeinen und zu den Staaten des früheren „Ostblocks“ im Besonderen.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht das Verhältnis von Empirie und Historisierung. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die Authentizität der präsentierten Fakten, Klarheit der Begrifflichkeit und der Bewertungskriterien mit Blick auf Verallgemeinerungsfähigkeit der Wertungen und die logische Stringenz der Argumentation. Dieses „*setting*“ basiert auf der Überlegung, dass eine transnationale Verständigung über Geschichte nur dann möglich ist, wenn sie sich methodisch am Prinzip orientiert, dass Fakten und Argumente gleichwertig „für und gegen alle“ gelten. Nur ein solches Vorgehen würde zu einem Ausgleich zwischen Erinnerung und Geschichte führen in einem Diskurs, dessen Verlauf und Resultate jederzeit und von jedermann wiederholbar und nachprüfbar bleiben. Für Lehrer wie für Schüler.

---

<sup>106</sup> Danilov 1995.

Dabei wird weitgehend „systemimmanent“ verfahren, d. h. die Lehrbücher werden zunächst aus der Position eines Rezipienten kommentiert, der nicht nur – wie in der Schule üblich – ein einziges Lehrbuch besitzt. In einem zweiten Schritt sollen einige Aussagen der Quellenkritik unterzogen werden. Dies wird vorwiegend auf der Grundlage russischer Sekundärliteratur geleistet. Nur selten geschieht dies im Kontext anderer nationalen Geschichtsschreibungen und westlichen Forschungsstands.

Aus Platzgründen muss gleichermaßen selektiv wie integral vorgegangen werden, was die Argumentation stark verkürzt. Dies hat zur Folge, dass dabei kritische Aspekte stärker in den Vordergrund treten als positive. Um unnötigen Missverständnissen vorzubeugen, sei deshalb festgehalten, dass insbesondere bei der Darstellung der „inneren“ russischen Nationalgeschichte in den Lehrbüchern erhebliche Erkenntnisfortschritte feststellbar sind und gleichfalls von einer bemerkenswerten Pluralisierung der Deutungsmuster ausgegangen werden muss. Solche Aspekte können hier aber nicht thematisiert werden.

Nach der Erläuterung einiger konzeptionellen Fragen, werden einige typische rhetorische Darstellungsmittel thematisiert.

## **Konzepte**

### *1. Staatsvolk, Kulturvolk und „der Westen“ als imaginäre Räume*

Einige Autoren teilen die Auffassung von Rudenko (2001, S. 326), dass die Sowjetunion nur eine gewaltsamere Form des zaristischen Imperiums war. Die Bücher vermitteln aber keine klaren Bilder vom „Imperium“, weder das „multinationale Volk“ [„mnogonacional’nyj narod“] als „Träger und Quelle der Souveränität in der Russischen Föderation“, wie es im Artikel 3 Satz 1 der russischen Verfassung von 1993 heißt, noch die in der Russischen Föderation ansässigen Völker [„narod“] im Sinne des Artikels 5 Satz 3 oder des Artikels 9 Satz 1 der Verfassung werden angesprochen.

Russland wird vielmehr als eine singuläre historische Erscheinung imaginiert, die geographisch, staatsrechtlich, ethnisch und kulturell entgrenzt ist. Es erscheint als alleiniges Subjekt der Geschichte, das sich in einem „historischen Vakuum“ entfaltet, von dem dieses imaginäre Subjekt aber paradoxerweise eingengt, ausgebeutet und bedroht wird. Der „Westen“, wie dieses „historische Vakuum“ konkret benannt wird, ist zwar genauso imaginär und grenzenlos wie Russland selbst. Nur funktioniert „der Westen“ indirekt proportional und komplementär-kompensatorisch zu Russland. Eine Erklärungsthese, ob es sich um eine

Ausdrucksform von „negativer Identität“ handelt, von der der Soziologe Lev Gudkov 2004 schrieb,<sup>107</sup> kann hier nicht weiter ausgeführt werden.

Die imaginierte russische Eigenart erscheint als Norm und steht unter Bestandsschutz. Andere Völker, gewinnt man den Eindruck, besitzen keine Eigenarten; zugestanden werden ihnen nicht einmal kulturelle Reservatsrechte. Die Nachkriegsgeschichte der ostmitteleuropäischen Peripherie des Imperiums wird als eine Fußnote der Geschichte des Zentrums behandelt, ohne allerdings in einem sichtbaren Zusammenhang mit der sowjetischen Zivilisationsgeschichte zu stehen. An ihrer eigenen Nationalgeschichte, die die Osteuropäer nur insofern zu haben scheinen, als sie die sowjetische Geschichte tangieren, sind sie bestenfalls „selbst schuld“. Wenn die ostmitteleuropäischen Länder als „Geiseln der geopolitischen Situation“ bezeichnet werden (Sokolov 1999, S. 213), so ist dies zwar als Großmut zu werten, doch es handelt sich oft nur um eine rhetorische Kunstfigur.

Durch den optischen Filter der historischen Semantik wird sichtbar, dass „Russland“ in den Lehrbüchern in einer Begrifflichkeit definiert wird, die dem Vokabular dessen entstammt, was man früher „sozialistische Weltgemeinschaft“ nannte – allerdings in einer der Bezüge zur sozialistischen Utopie entkleideten Form.

Das Allgemeine des Selbstbezogenheit von gestern wird heute als Besonderes, als „russischer Sonderweg“, vorgestellt. Mit der Ausnahme, dass die alten Worthülsen Tabu sind und ihr Inhalt stilistisch „säkularisiert“ wurde.

## *2. Säkularisierter Universalismus*

Auf Restbestände des alten Universalismus und seiner messianischen Endzielkonstruktion weist die Behandlung des „Großen Vaterländischen Krieges von 1941–45“ hin. Der Sieg vom 9. Mai 1945 ist der Dreh- und Angelpunkt, der die Nachgeschichte mit der Vorgeschichte des Sieges ab 1917 verbindet und legitimiert. In der modernen politischen Ethnogenese stiftet der Sieg die Metamorphose vom sowjetischen zum russischen Volk und von der Zivilgesellschaft zur Nation. Oder auch umgekehrt. Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ ist die unversiegbare Quelle der nationalen Identität, der 9. Mai ist als „der Tag des Sieges“ „der Hauptfeiertag unseres Landes, wahrhaftig staatsbürgerlich und wahrhaftig national. Möglicherweise der einzig verbliebene Feiertag, der die in der UdSSR geborenen

---

<sup>107</sup> Lev Gudkov: *Negativnaja identičnost'. Stat'i 1997–2002 godov.* Moskva 2004.

verbindet“.<sup>108</sup> Reminiszenzen an die russische Slawophilie des 19. Jahrhunderts, die sich unwillkürlich einstellen, scheinen kein Zufall zu sein.

Während die Lehrbücher sachlich die „große Linie“ vorstellen, nimmt die Bedeutung des Sieges von 1945 in der Erinnerungspolitik zu: Die in den Lehrbüchern befreiten sechs europäischen Länder wurden seitdem von Politikern auf elf hochgerechnet und von einem ehemaligen General gar mit zwölf namentlich identifiziert. Unterschiede gibt es in der stilistischen Emotionalisierung. Für Rudenko (2001) war es nicht nur „der gerechte Befreiungskrieg des Sowjetvolkes für Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat gegen das faschistische Deutschland“ (S. 332), was der zeitgenössischen Deutung entsprach, sondern auch „das größte Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts“ (S. 357). Den Sieg der Sowjetunion über Deutschland verbinden Dmitrenko (2000, S. 347) und Munčaev (2002, S. 428) unmittelbar mit der „Rettung der Weltzivilisation“.

Hierbei fallen zwei ahistorische Argumentationsmuster auf:

*Erstens:* Der Begriff des „Sowjetvolkes“ wurde erst unter Leonid Brežnev als ein „realsozialistisches Phänomen“ konzeptualisiert. Unter den „Völkern der Sowjetunion“, wie die zeitgenössische Sprachregelung lautete, bescheinigte Stalin 1945 dem russischen Volk die Führungsrolle. Durch retrospektive Verknüpfung dieser „objektiven Aussage eines Georgiers“, wie zwei Autoren argumentieren, mit dem Konstrukt „Sowjetvolk“ werden „Sowjetvolk“ und „das russische Volk“ zu Synonymen. Denn der Sieg wäre eine Folge der „Einheit des moralischen Geistes des sowjetischen Volkes“ („edinstvo moral'nogo ducha sovetskogo naroda“), schreibt Filippov (2007, S. 8), und er erhärtet diese Feststellung mit dem erfahrungsgeschichtlichen Hinweis, dass im „Kalten Krieg“ „jeder Bürger der UdSSR die Verschärfung des [Stalin'schen] Regimes zu spüren bekam“ („užestočenie režima oščuščal na sebe každyj graždanin SSSR“, S. 36).

*Zweitens:* Die universalgeschichtliche Ikone von der „Rettung der Weltzivilisation“, wie sie in den russischen Lehrbüchern vermittelt wird, ist ein Widerspruch zu Iosif Stalin, der in der Tradition Alexanders I. lediglich von der „Rettung der europäischen Zivilisation“ sprach.

Was das Schlagwort von der „Rettung der Weltzivilisation“ angeht, so handelt es sich nicht um eine Wortschöpfung von Georgij Malenkov von 1954, die Nikita Chruščev und seine Nachfolger als zentrale Sprachregelung übernahmen, wie es nach russischer

---

<sup>108</sup> Vera Cvetkova: Vspomnili pepochu. I rodnuju rotu... In: Nezavisimaja gazeta vom 16. Mai 2008, S. 18.

Quellenlage aussieht, sondern um eine Kopie des Leitmotivs des Präsidentschafts-Wahlkampfs von Dwight D. Eisenhower aus dem Jahr 1952: Gemeint war die „Rettung des *american way of life*“ vor der atomaren Zerstörung. Dieser Informationsfehler wäre durchaus tolerierbar. Unangemessen wirkt jedoch, wenn Filippov 2007 in seinem „Lehrbuch für den Lehrer“ Eisenhower diesen Sachverhalt mit sowjetischer Nachhilfe erst 1959 begreifen lässt (S. 130). Vergleichbare Fehlschlüsse ließen sich an mehreren Stellen finden. Nicht immer sind die Schlussfolgerungen so harmlos wie hier.

### 3. „Der Westen“ und der „Kalte Krieg“

Alle Autoren gehen davon aus, dass die UdSSR die Hauptlast des Krieges trug, und heute glauben 2/3 aller Russen, dass die UdSSR den Krieg auch ohne Alliierte gewonnen hätte. Stalin dachte bekanntlich anders. Laut Uznarodov hätten die Westmächte bereits in Teheran in „vielen Punkten die Atlantic Charta“ aufgegeben (2002, S. 247). Was die Atlantic Charta war, erfährt der Schüler nicht. Rudenko konstatiert zwar, dass Stalin schon ab 1939 auf Machtpolitik, territoriale Expansion und die Bildung von Einflusszonen setzte, weil er die kollektive Sicherheit für unpraktikabel hielt (2001, S. 364). Dennoch sei beim Ausbruch des „Kalten Krieges“ der Westen initiativ gewesen, denn die gewachsene Macht der UdSSR war für ihn eine „unangenehme Überraschung“ (Rudenko 2001, S. 359).

Laut Munčaev (1999) versuchten die USA nach dem Krieg in das mittel- und südosteuropäische Machtvakuum einzudringen, um Druck auf die UdSSR auszuüben. Das ist nachweislich falsch, wie inzwischen alle osteuropäischen Geschichtsschreibungen enttäuscht konstatieren, und es ist auffallend, dass fast alle Lehrbücher kein Wort darüber verlieren, dass die UdSSR die ostmitteleuropäischen Länder schon in den Jahren 1943 bis 1947 durch „Freundschafts- und Beistandsverträge“ gefesselt hatte. Im Gegensatz zu anderen Autoren, die die Lesart von einem gegen die UdSSR gerichteten *Cordon sanitaire* auffrischen, bildet Zuev (2003, S. 531) eine Ausnahme – abgesehen von dem Fehler, dass er die Verträge erst 1945–48 abschließen und schon 1948 sowjetische Truppen in die ČSR einmarschieren lässt (S. 533). Er spricht in diesem Zusammenhang von der „Bildung einer sowjetischen Sicherheitszone“. Chronologische und faktographische Fehler unterliefen Chodjakov (2004, S. 330) bei der Behandlung des Marshall-Plans– er „vertippte“ sich mehrmals um ein Jahr.

Ein Detail verdient Erwähnung: Sokolov (1999) polemisiert gegen die „öffentliche Kritik des Westens“ an der Zwangsrepatriierung und der Behandlung „ehemaliger

Landesverräter“ und beruft sich dabei irrtümlich auf das Kriegsrecht, das dafür angeblich die Todesstrafe vorsehe (S. 120 f.). Konkret werden aber die sowjetische Amnestie von 1955 und der Erlass des russischen Präsidenten von 1995 nicht beachtet, der diese Personengruppe rehabilitierte. Der Autor dreht und wendet sich aber auf zwei-drei Seiten gleich mehrere Male und versteift sich zuletzt auch noch auf die Behauptung, dass sich Roosevelt und Churchill im Rahmen der Zwangsrepatriierung sogar der Mitwirkung an stalinistischen Verbrechen schuldig gemacht hätten (S. 121). Rudenko (2001, S. 362) dementiert dies. Auch Munčaev 1999 bringt die Erklärung, dass der „Kalte Krieg“ Stalin erlaubt hätte, „in unserer Heimat eine Politik der ‚besetzten Festung‘ zu machen“, um sein persönliches Regime durchzusetzen und der Sowjetunion zu schaden (S. 663, S. 665; 2002, S. 502). Mit dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) habe aber die „Demontage des ‚Eisernen Vorhangs‘ begonnen“ (2002, S. 504).

1949 planten US-Militärs einen massiven atomaren Angriff und die Besetzung der Sowjetunion im Jahr 1957 (Gorinov 2004, S. 494 und S. 503). Laut Chodjakov geschah dies schon 1948 (2004, S. 330) und laut Filippov sogar genau am 3. November 1945 (2007, S 14). 1950 wussten die Amerikaner aber laut Filippov nicht mehr, welche militärischen und politischen Auswirkungen der Atomschlag auf die UdSSR haben würde (S. 55). Nur der Mut der sowjetischen Bevölkerung schreckte die USA ab, und die sowjetische Atomwaffe habe die Welt vor dem Dritten Weltkrieg gerettet. Dass Atomwaffen erst ab 1954 zur Ausrüstung der Sowjetischen Armee gehörten, steht zwar bei Rudenko (2001, S. 366). Das hindert ihn aber nicht daran, einige Seiten später zu argumentieren, dass die USA im Koreakrieg (1950–1953) aus Angst vor einem sowjetischen Gegenschlag keine Atomwaffe eingesetzt hätten (Rudenko 2001, S. 373).

Im Grundsatz ist man sich darüber einig: Die sowjetische Atombombe habe mehrmals die Welt vor dem Dritten Weltkrieg und damit die Weltzivilisation gerettet. Ein Hinweis darauf, dass noch in den 1950er Jahren 75 Prozent des sowjetischen Urans aus der DDR und der ČSR stammte, sucht man in den Lehrbüchern vergeblich.

### **Darstellungsmittel**

Schon vordergründig fällt in den Lehrtexten der Einsatz rhetorischer Stilmittel und suggestiv-emotionaler Bilder auf. Dazu gehören auch die polemische Verbalpirouette und die Neigung zur Spekulation, wobei bisweilen auch nicht existente Belege suggeriert werden. „Westliche Quellen“ gelten dabei merkwürdigerweise als besonders stichhaltige Beweise – in einigen



Fällen sind sie virtuell. Beachtung verdienen aber vorrangig der Umgang mit Zahlen, die Begrifflichkeit und der Einsatz von Rechtsgrundsätzen als methodische Orientierung.

### *1. Wie viel ist viel und wie viel ist wenig?*

Im Großen Vaterländischen Krieg verlor die UdSSR ein Drittel ihres „nationalen Vermögens“ (Žukovskij 2001, S. 62) bzw. 30 Prozent des „nationalen Reichtums“ (Bezborodov 2004, S. 174; Filippov 2007, S. 20) und unter Brežnev gab sie jährlich 45 bis 70 Prozent des „nationalen Besitzes“ (Žukovskij 2001, S. 81) für Rüstung aus – nicht nur für einen Schüler eine heimtückische Rechenaufgabe. Die wertmäßig gleiche Summe von etwa zwölf Milliarden US-Dollar wird als geringfügig bewertet, wenn es um die Lend-lease-Lieferungen<sup>109</sup> an die UdSSR geht (Danilov 2003, S. 238), „kolossal“ hingegen war sie als „ökonomische Hilfe von 12,4 Milliarden Dollar“ der USA für Westeuropa (Chodjakov 2004, S. 329, nennt fälschlich 17 Milliarden).<sup>110</sup>

Die „kolossale Hilfe“, die von 1948 bis 1952 im Rahmen des Marshall-Plans Westdeutschland gewährt wurde – es handelte sich um einen Kredit von 1,4 Milliarden US-Dollar, der Wert entsprach ungefähr dem Jahreswert der westdeutschen Besatzungskosten oder machte konkret 23 Dollar pro Einwohner aus – konnte nur „durch Fleiß und Enthusiasmus der Bevölkerung“ ausgeglichen werden. Rechnet man diese aus alten Zeiten fortgeschriebene Worthülse auf der Grundlage der deutschen Transferleistungen für die ehemalige DDR um, dann ergäbe sich daraus ein Begeisterungsmanko in einer Höhe, die der Lehrer sicherlich nicht tolerieren würde.

Der Marshall-Plan habe die Sowjetunion gezwungen, zur Wahrung „ideologischer Interessen“ – was das ist, erfährt der Schüler nicht – in die Länder der Volksdemokratien „erhebliche Mittel zu investieren“. Sokolov (1999, S. 134), Rudenko (2001, S. 368) und Danilov (2003, S. 240) nennen 15 Milliarden Rubel (bzw. drei Milliarden US-Dollar nach dem offiziellen Umrechnungskurs) Kredite an die Volksdemokratien in den Jahren 1945 bis 1952.

Diese „riesige materielle Hilfe“ der UdSSR wird nicht belegt und mit Ausnahme derjenigen für China nicht konkret benannt. Begriffsverwirrung entsteht oft schon dadurch, weil auf einer Buchseite undifferenziert vom ganzen „sozialistischen Weltsystem“ – also einschließlich China, Vietnam, Korea, Kuba – die Rede ist oder auch nur exklusiv von der osteuropäischen Peripherie im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die kritische

---

<sup>109</sup> Das Leih- und Pachtgesetz (*Lend-Lease Act*), das der US-Kongress am 18. Februar 1941 verabschiedete, ermöglichte es den bis Ende 1941 offiziell noch neutralen Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada und nach dem deutschen Überfall vom 22. Juni 1941 auch die Sowjetunion nominell leihweise mit kriegswichtigem Material zu beliefern.

<sup>110</sup> Insgesamt 13,75 Milliarden, vgl. *Gerd Hardach: Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952.* München 1994, S. 244.

Bemerkung bezieht sich auf den Widerspruch zu den bisher bekannten Zahlen oder auch auf die Tatsache, dass die Lehrbücher suggerieren, dass nur die SBZ/DDR Reparationen an die UdSSR gezahlt hätte. Die Angaben über deren Höhe stammen übrigens aus der Pravda von 1953, obwohl seitdem einige Meter Bücher zum Thema erschienen sind.

Nach 1956 habe die Sowjetunion an mittel- und südosteuropäische Staaten abermals Kredite von 21 Milliarden Rubel vergeben. Konkretes erfährt man wieder nicht. Dmitrenko gibt wenigstens einen Hinweis auf sogenannte Preisschwankungen im RGW (2000, S. 476), die ab den 1960er Jahren zur Verschuldung der UdSSR gegenüber Osteuropa in Höhe von 20 Milliarden Rubel geführt hätten.

Der Schüler könnte aber beispielsweise bei Erich Honecker nachlesen: Wegen des gestiegenen Ölpreises musste die DDR im Zeitraum zwischen 1975 und 1985 80 Milliarden US-Dollar mehr für die UdSSR aufwenden und dennoch schuldete ihr die UdSSR 1990 15 Milliarden US-Dollar.<sup>111</sup> Diese Summe entsprach der gesamten Westverschuldung der DDR. Die Westpresse schrieb darüber schon 1990, Honecker 1994 und auch die russische Tagespresse berichtete über die Endresultate der Verhandlungen.

Obwohl die Auslandsverschuldung der UdSSR und der sozialistischen Länder im Westen in den 1980er Jahren etwa zehn- bis zwanzigmal höher war als die „kolossale Marshallplan-Hilfe“ für Westeuropa in den 1940er Jahren, ist sie in den Lehrbüchern kein Thema. Mit Ausnahme der polnischen Westverschuldung. Sie wird aber nur abstrakt erwähnt, weil Polen am Ende der 1970er Jahre die „strukturelle Systemkrise“ der sowjetischen Peripherie und den Beginn ihres Zerfalls symbolisiert habe (Bezborodov 2004, S. 223). Erst Filippov (2007, S. 454f.) deckte einige altsowjetische Auslandsschulden auf. Im Jahr 2000 waren es 177,7 Milliarden US-Dollar. Bei der Tschechoslowakei waren es 3,6 Milliarden US-Dollar (davon seien 2,5 Milliarden „gestrichen“ worden), auch die Schulden gegenüber der DDR wurden von 15 auf zwei Milliarden DM reduziert. Das steht aber nicht im Buch, sondern war nur in der Tagespresse zu lesen. Vielmehr erweckt auch Filippov den Eindruck, die UdSSR hätte nach 1945 Osteuropa subventioniert. Das muss aber nicht für einen großen Fehler gehalten werden, denn selbst im Westen wurde vereinzelt die Meinung vertreten, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion eine Folge der großzügigen Finanzierung der Wohlfahrtsdiktaturen der ostmitteleuropäischen Satelliten war.<sup>112</sup>

---

<sup>111</sup> 27 Milliarden Valuta-Mark laut *Erich Honecker: Moabiter Notizen*. Berlin 1994, S. 75. Das entsprach ca. 15 Milliarden Dollar.

<sup>112</sup> Stellvertretend etwa *Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München u.a. 1995, S. 316, der vor allem auf die Rüstungskosten abstellt, oder allgemein *Michael Stürmer*. In: *Die Welt vom 7. Okt. 2009*.

Den Schulkindern wird zudem nahegelegt, dass die Volksdemokratien mitschuldig am Hungertod von einer (Gorinov 2004, S. 506), zwei (Kurukin 2001, S. 258) oder gar „fast drei Millionen“ (Danilov 2003) „Russen“ in den Jahren 1946–47 gewesen wären, weil die sowjetischen Getreidelieferungen „an die befreundeten Regime der osteuropäischen Länder verfünffacht wurden“ (Danilov 2003, S. 245). Auf welche Ausgangswerte und welchen Zeitraum sich die Verfünffachung bezieht, wird nicht festgemacht. Ost- und Mitteleuropa hatte vor dem Krieg bekanntlich unter enormer agrarischer Überproduktion gelitten.

Wegen der immensen „ethischen Hypothek“ macht es durchaus Sinn, sich die präsentierten Zahlen genauer anzusehen: Sokolov (1999, S. 134 und S. 150) nennt Getreidelieferungen von 2,5 Millionen Tonnen an Bulgarien, Rumänien, Polen, die ČSR, Ungarn, Frankreich und die SBZ im Jahr 1946. Chodjakov weiß für 1946 vom Export von 1,7 Millionen Tonnen nach Bulgarien, Rumänien, Polen und die ČSR zu berichten, das entsprach 10 Prozent der Jahresernte in der UdSSR; in diesem Jahr habe die UdSSR außerdem eine Million Tonnen Getreide aus China eingeführt (2004, S. 321). Uznarodov lehrt: „Im Hungerjahr 1946 [...] [gingen] 2,5 Millionen Tonnen [Getreide] nach Osteuropa“ (2002, S. 258).

Zunächst einmal bestätigen die sowjetischen Politbüro-Beschlüsse diese Zahlen nicht. Durch Quellen gesichert ist ein Handelsvertrag zwischen der UdSSR und der ČSR vom 13. April 1946, wonach 1946 30 000 Tonnen Getreide aus der UdSSR eingeführt werden sollten. Nach anderen zeitgenössischen tschechoslowakischen Papieren sei diese Menge vom Mai 1945 bis Dezember 1946 in die ČSR geliefert worden. In den Verhandlungen wurde sowjetischerseits erklärt, dass 1946 Polen 300 000 und Frankreich 500 000 Tonnen Getreide erhalten hätten (die Angaben erfolgten teilweise in „Waggons“; ein „Waggon“ wurde wie üblich mit zehn Tonnen berechnet).<sup>113</sup> Die SBZ erhielt erstmals im Frühsommer 1948 aus der UdSSR 22 538 Tonnen Getreide (1950 betrug die statistische Jahres-Getreideernte in der DDR etwa sieben Millionen Tonnen). Ins Gewicht fallen also höchstens noch die 1947 an Polen gelieferten 410 000 Tonnen, vielleicht auch die im gleichen Jahr genehmigten 50 000 Tonnen Roggen für Finnland. Kaum zu analysieren hingegen sind die „im Tauschverfahren“ mit Bulgarien und Rumänien im Jahr 1945 abgewickelten kleineren Mengen, denn beide Länder zahlten wie auch Ungarn an die UdSSR Reparationen in Form von Lebensmitteln, und außerdem erbeutete die Rote Armee 1945 in Osteuropa 2,26 Millionen Tonnen Getreide und 430 000 Tonnen Fleisch als „Kriegstrophäe“. Davon wurde nur ein Viertel an

---

<sup>113</sup> Vgl. Karel Kaplan, Alexandra Špiritová (Hrsg.): ČSR a SSSR. 1945–1948. Dokumenty mezivládních jednání [Die ČSR und die UdSSR 1945–1948. Dokumente der Regierungsverhandlungen]. Brno 1997.

„befreundete Staaten“ übergeben,<sup>114</sup> sodass später zur Linderung der größten Not geholfen werden musste. Auf solche Details kommt es hier aber nicht an. Selbstverständlich ist zu beachten, dass die sowjetischen Besatzungstruppen, ehemaligen Kriegsgefangenen und Zwangsverschleppten aus dem jeweiligen Land ernährt wurden.

Mangelhaft ist die im emotionalen Ton gehaltene Argumentation der Lehrbücher aber schon deshalb, weil sowjetische Lebensmittelexporte nach Osteuropa nicht im „russischen Hungerjahr 1946“ aktuell geworden waren, sondern erst nach der Einstellung der westlichen UNRRA<sup>115</sup>-Lieferungen für die „befreiten“ europäischen Länder – auch für die Ukraine und Belarus – im Sommer/Herbst 1947. Diese humanitäre Hilfe hatte einen Gesamtwert von 5,7 Milliarden US-Dollar. 1945 und 1946 ging also mehr Getreide aus Ostmitteleuropa in die UdSSR als umgekehrt. Hier klafft noch eine gewaltige Forschungslücke, die auch genaue Auskunft über die evidente Verknüpfung von Politik und Humanität geben kann. Nach vorliegenden Zahlen gewährte allein Kanada 1946 der Sowjetunion eine Getreide-Hilfe von 1,6 Millionen Tonnen.

Auf die Spitze treibt die virtuelle moralische Entrüstung und mangelnde Sensibilität Sokolov, wenn er argumentiert, dass „die Versorgung der Bevölkerung Ostdeutschlands einschließlich Berlins [...] die sowjetische Besatzungsverwaltung belastete“ (1999, S. 118) und als Beleg die ersten Berliner Versorgungsnormen von 1945 mit 400–450 Gramm Brot pro Tag anführt. Dabei hätte der Autor wissen müssen, dass solche Schaufenster-Normen eben nicht jeden Tag, sondern nur an zwei, drei Tagen der Woche realisiert wurden. Tatsächlich ernährte die SBZ, in der die Sterblichkeitsrate damals dreimal höher lag als in der Vorkriegszeit, nicht nur die Besatzungstruppen, sondern lieferte 1947 auch 200 000 Tonnen Zucker und 280 000 Tonnen Getreide in die Sowjetunion.

Solch nachlässiger Umgang mit Fakten rächt sich, denn in Ostmitteleuropa lag der Lebensmittelverbrauch noch in den 1950er Jahren deutlich unter dem Vorkriegsniveau. Man erinnert sich dort bis heute daran, dass man infolge der Kollektivierungen noch zwanzig Jahre hungern musste, weil die UdSSR erst 1962 begann, aus den USA und aus Kanada Getreide zu importieren. Sogar die sehr zurückhaltenden Tschechen fügen daher in diesem Kontext noch Lysenko als Hungerfaktor ein und weisen beiläufig darauf hin, dass Polen

---

<sup>114</sup> Vgl. V.A. Solotarev u.a. (Hrsg.): *Tyl Krasnoj Armii v Velikoj Otečestvennoj Vojne 1941–1945 gg. Dokumenty i materialy*. Moskva 1998, S. 681–710, hier S. 698f.

<sup>115</sup> United Nations Relief and Rehabilitation Administration.

Mitte der 1980er Jahre doppelt so viel Getreide produzierte wie die Sowjetunion.<sup>116</sup> Filippov lässt ab 1947 schon ganz Osteuropa mithungern (2007, S. 32). Die Totale gehört nebenbei zu den beliebtesten Perspektiven russischer Historiker, Nahaufnahmen sind rar und gelingen nicht immer.

## 2. Zur Begrifflichkeit

Die punktuelle Nichtbeachtung russischer Rechtsnormen wurde bereits erwähnt. Der Aspekt weckt auch deshalb Interesse, weil die Angleichung internationaler Rechtsstandards nach 1945 im Rahmen supranationaler Organisationen unter aktiver Beteiligung der UdSSR erfolgte und nicht einfach mit dem Schlagwort „Westen“ abgetan werden kann. Dies gilt etwa für die Jalta-Erklärung über das befreite Europa von 1945 oder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen 1948.

Die Tatsache, dass die Intervention von einigen Staaten des Warschauer Paktes in der ČSSR 1968, nach dem allgemeinen, dem früheren sozialistischen Völkerrecht, dem alten sowjetischen wie dem neuen russischen Verfassungsrecht rechtswidrig war, wird ausgeblendet.

In Ost-Berlin habe es 1953 zweitägige „Demonstrationen“ gegeben (Bezborodov 2004, S. 195). In Ungarn fand 1956 eine „demokratische, antistalinistische Revolution“ statt (Gorinov 2004, S. 551), aber auch ein „antisowjetischer und antisozialistischer Aufstand“, eine „antisozialistische Revolution“ (Bezborodov 2004, S. 195 f.). Damit korrigierte der Autor in der zweiten Auflage seine sachliche Einschätzung von 2001. Filippov reduziert den „antikommunistischen Aufstand in Ungarn“ auf eine „innerparteiliche Krise“ und den Aufruf westlicher Sender wie „Radio Free Europe“ zum Aufstand gegen das kommunistische System und das Versprechen militärischer Hilfe (2007, S. 133). Diese Lesart hat schon vor einem halben Jahrhundert ein Untersuchungsausschuss des US-Kongresses für sowjetische Desinformation erklärt und entspricht nicht dem gegenwärtigen russischen Forschungsstand.

1989 vollzog sich in Osteuropa eine Reihe „bürgerlich-demokratischer Revolutionen“ (Chodjakov 2004, S. 416), in der ČSSR fand sogar eine „volksdemokratische Revolution“ statt. Ob das einen Rückschritt in das Jahr 1848 bzw. 1948 bedeuten soll, müssen die Schulkinder selbst mit sich ausmachen. Ein anderer Autor stellte zuvor noch den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš als Erfinder der „Volksdemokratie“ vor (Sokolov 1999, S. 131). Gleichwohl wurden in der deutschen Presse bereits 1919 die

---

<sup>116</sup> Milan Švankmajer u.a.: *Dějiny Ruska*. Praha 1995, S. 486.

Vereinigten Staaten Amerikas als „echte Volksdemokratie“ gepriesen. Die Tatsache, dass ausgerechnet die konservative katholische Tschechoslowakische Volkspartei ihr Presseorgan „Volksdemokratie“ nannte, vor dem Krieg eine in Ostmitteleuropa verbreitete Plattform der agrarischen Bewegung, verrät ebenfalls keine Inklination zu einer bestimmten Form der „Diktatur des Proletariats“, sondern weist lediglich darauf hin, dass gleiche Ausdrücke in verschiedenen Sprachen unterschiedliche Bedeutung haben können.

Dass auf der Grundlage mangelhaft ausdifferenzierter Begriffe und willkürlicher methodischer Standards Vergleiche problematisch sind, liegt auf der Hand. Einen auf den ersten Blick besonders schrägen Vergleich präsentiert Gorinov (2004, S. 502): Die „Hexenjagd in den USA und im Ostblock“ in den Jahren 1948 bis 1954 wird als Beleg für „gemeinsame allgemeine Ziele“ vorgestellt. Dabei werden 140 verfolgte amerikanische Kommunisten 577 000 „Repressierten“ in der Tschechoslowakei, Ostdeutschland und Polen gegenüber gestellt. Das beinhaltet aber keine Erklärung, sondern illustriert das eigentliche Problem. Denn „Befreiung“ wird heute in Zentraleuropa im akademischen Diskurs als „Unterbrechung der Zivilisationsgeschichte“ thematisiert. Historisch standen die ostmitteleuropäischen Länder auch nicht vor der demokratischen Alternative „Westen“ oder „Osten“, vielmehr blieb die „Selbstbestimmung“ politischer und kultureller Gravitationspunkt.

## **Resümee**

Der auf einige Punkte beschränkte kritische Blick soll demonstrieren, dass sich eine Auseinandersetzung lohnt. Zwar entfaltet sich der Fortschritt in russischen Lehrbüchern nicht immer kontinuierlich, doch er ist evident. Besondere Anerkennung verdient der Pluralismus bei der Deutung der „inneren“ sowjetischen Geschichte. Auf die Darstellung der „äußeren“ Beziehungsgeschichte wirkt er sich jedoch kaum aus.

Mit Blick auf „den Westen“ und das frühere „befreundete“, heute „nahe Ausland“ wird in den Lehrbüchern nicht viel Konkretes mitgeteilt, meistens nur Kritisches und oft Widersprüchliches, wenn man Vergleiche mit anderen Nationalhistoriographien heranzieht. Selbstbezogenheit bestimmt den Blickwinkel, die kleinen Länder werden weitgehend nur als Illustrationsflächen behandelt. Der herablassende Seitenblick dient der Selbstvergewisserung und dokumentiert nicht nur objektiv Isolation, sondern scheint sie sogar befördern zu wollen. Isolation, Tradition und Sonderweg bedingen einander und verstärken sich gegenseitig. Die fachlichen Leistungen der russischen Geschichtswissenschaft werden tendenziell zunehmend ignoriert und die der ausländischen vollständig.

Dadurch vertieft sich die Kluft zwischen der neuen russischen und anderen nationalen Geschichtsschreibungen in der Region, Widersprüche tun sich sogar zur dortigen älteren parteioffiziellen Historiografie auf. Die Inkompatibilität der nationalen historischen Bilder wird vielfach entlang tradierter kultureller Vorurteile entladen. Statt sie diskursorisch zu nivellieren, werden sie selbstreferenziell reaktiviert. Mit der geographischen Entfernung nimmt auch das Desinteresse zu.

Die Lebenswelt der Jugendlichen interessiert die Lehrbuchautoren nicht: Die „Beatles“, Internet, Mobiltelefon, Jeans, Coca Cola oder McDonalds werden in den Lehrbüchern überhaupt nicht erwähnt (aber auch nicht Kandinsky, Picasso oder Chagall). Als einziger erwähnt Filippov (2007, S. 253) die „Beatles“ und die „Rolling Stones“. Auf eine „falsche Welt“, auf die Begriffsdifferenz zwischen der Real- und der Lernwelt kann man nur mit „doppelten semantischen Standards“ reagieren. Das wird zwar in Russland laut beklagt, aber wie es scheint noch immer in der Schule eingeübt.

#### **Anhang: Literaturliste (unvollständig):**

- |                 |   |
|-----------------|---|
| Barsenkov 2005  | <i>Aleksandr S. Barsenkov, Aleksandr I. Vdovin: Istorija Rossii. 1917–2004 [Geschichte Russlands. 1917–2004]. Učebnoe posobie. Moskva 2005, 816 S. Auflage: 5 000.</i>  |
| Bezborodov 2001 | <i>Aleksandr B. Bezborodov (red.): Istorija Rossii v novejšee vremja. 1945–2001. Učebnik dlja studentov vysšich učebnych zavedenij [Neueste Geschichte Russlands. 1945–2001. Lehrbuch für Hochschulstudenten]. Moskva 2001, 510 S. Auflage: 10 000.</i>                         |
| Bezborodov 2004 | <i>Aleksandr B. Bezborodov (red.): Istorija Rossii v novejšee vremja. Učebnik dlja vuzov. [Neueste Geschichte Russlands. Lehrbuch für Hochschulstudenten]. Moskva 2004, 416 S. Auflage: 5 000.</i>  |
| Chodjakov 2004  | <i>Michail V. Chodjakov: Novejšaja istorija Rossii. 1914–2002. Učebnoe posobie [Neueste Geschichte Russlands. 1914–2002. Lehrbuch] Moskva 2004, 525 S. Auflage: 5 000.</i>  |
| Danilov 1995    | <i>Aleksandr A. Danilov, Ljudmila G. Kosulina: Istorija Rossii. XX vek. Učebnik dlja 9 klassa obščeeobrazovatel'nych učreždenij [Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert. Lehrbuch für die 9. Klasse der allgemeinbildenden Schulen]. Moskva 1995, 366 S. Auflage: 275 000.</i> |



- Danilov 2003 *Aleksandr A. Danilov* : Otečestvennaja istorija. Učebnik dlja vuzov [Vaterländische Geschichte. Lehrbuch für Hochschulen]. Moskva 2003, 347 S. Auflage: 10 000.
- Dmitrenko 2000 *Vladimir P. Dmitrenko, Vladimir D. Esakov, Vladimir A. Šestakov*: Istorija Otečestva. XX vek. 11 klass. Posobie dlja obščebrazovatel'nych učebnyh zavedenij [Geschichte des Vaterlandes. 20. Jahrhundert. 11. Klasse. Lehrbuch für allgemeinbildende Lehranstalten]. Moskva 2000, 608 S. 4. Auflage: 50 000.
- Ermolenko 2002 *Tatjana F. Ermolenko u.a.*: Istorija otečestva. Učebnoe posobie dlja studentov vuzov [Geschichte des Vaterlandes. Lehrbuch für Hochschulstudenten]. Rostov/D. 2002, 608 S. Auflage: 5 000.
- Filippov 2007 *Aleksandr V. Filippov*: Novejšaja istorija Rossii. 1945–2006gg. Kniga dlja učitelja [Neueste Geschichte Russlands. 1945–2006. Buch für Lehrer]. Moskva 2007, 494 S. Auflage: 10 000. 2. Auflage erschienen im Jahr 2008.
- Gorinov 2004 *Michail M. Gorinov u. a.*: Istorija Rossii s drevnejšich vremen do konca XX veka. [Geschichte Russlands von der ältesten Zeit bis zum Ende des 20. Jahrhunderts]. Moskva 2004, 656 S. 5. Auflage: 5 000.
- Kurukin 2001 *Igor' V. Kurukin*: Istorija Rossii IX–XX. vv. Učebnoe posobie dlja staršeklasse i abiturientov [Geschichte Russlands vom 9. bis 20. Jahrhundert. Lehrbuch für Schüler der Oberstufe und Abiturienten]. Moskva 2001, 288 S. Auflage: 6 000.
- Munčaev 1999 *Šamil' M. Munčaev, Viktor M. Ustinov*: Političeskaja istorija Rossii. Ot stanovlenija samodržavija do padenija sovetsoj vlasti [Politische Geschichte Russlands. Von der Errichtung der Autokratie bis zum Zusammenbruch der Sowjetmacht]. Moskva 1999, 800 S. Auflage: 30 000.
- Munčaev 2002 *Šamil' M. Munčaev, Viktor M. Ustinov*: Istorija Sovetskogo gosudarstva. Učebnik dlja vuzov [Geschichte des Sowjetstaates. Lehrbuch für Hochschulen]. Moskva 2002, 704 S. Auflage: 6 000.
- Narinskij 2004 *Michail M. Narinskij*: Istorija meždunarodnyh otnošenij. 1945–1975. Učebnoe posobie [Geschichte der internationalen Beziehungen. 1945–1975. Lehrbuch]. Moskva 2004, 264 S. Auflage: 2 000.

- Protopopov 2006 *Anatolij S. Protopopov, Vladimir M. Koz'menko, Natalja S. Elmanova: Istorija meždunarodnyh otnošenij i vnešnej politiki Rossii. 1648–2005* [Geschichte der aussenpolitischen Beziehungen und der Aussenpolitik Russlands. 1648–2005]. Moskva 2006, 397 S. 2. Auflage: 3 000.
- Radugin 2003 *Aleksej A. Radugin: Otečestvennaja istorija. Učebnoje posobie* [Geschichte des Vaterlandes. Lehrbuch]. Moskva 2003, 398 S. Auflage: 10 000.
- Rudenko 2001 *Vadim I. Rudenko: Referaty po istorii otečestva* [Referate zur Geschichte des Vaterlandes]. Rostov/D. 2001, 445 S. Auflage: 5. 000.
- Sacharov 2005 *Andrej N. Sacharov (red.): Istorija Rossii. Učebnik dlja vuzov v 2 t. T. 2.* [Geschichte Russlands. Lehrbuch für Hochschulen in zwei Bänden. Bd. 2]. Moskva 2005, 863 S. Auflage: 7 000.
- Sokolov 1999 *Andrej K. Sokolov, Viktorija S. Tjažel'nikova: Kurs sovetskoj istorii. 1941–1991* [Lehrgang der sowjetischen Geschichte. 1941–1991]. Moskva 1999, 413 S. Auflage: 10 000.
- Ševelev 2002 *Vladimir. N. Švelëv (red.): Istorija Otečestva. Učebnoe posobie dlja studentov vyssich učebnyh zavedenij* [Geschichte des Vaterlandes. Lehrbuch für Hochschulstudenten]. Rostov/D. 2002, 608 S. Auflage: 5 000.
- Uznarodov 2002 *Igor' M. Uznarodov (red.): Otečestvennaja istorija. 1917–2001. Učebnik* [Geschichte des Vaterlandes. 1917–2001. Lehrbuch]. Moskva 2002, 557 S. Auflage: 5 000.
- Zuev 2003 *Michail N. Zuev: Istorija Rossii. Učebnik dlja vuzov* [Geschichte Russlands. Lehrbuch für Hochschulen]. Moskva 2003, 688 S. Auflage: 8 000.
- Žukovskij 2001 *Sergej T. Žukovskij, Irina G. Žukovskaja: Istorija Otečestva. XX vek. Èkspres-kurs* [Geschichte des Vaterlandes. 20. Jahrhundert. Schnell-Lehrgang]. Moskva 2001, 112 S. 2. Auflage: 7 000.

Aleida Assmann

## **Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft: Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit**

Am 13. April 2008 kam es zu Verzögerungen auf den Bahnsteigen des Stuttgarter Bahnhofs. Der Grund dafür waren keine Streiks der Lokomotivführer, sondern eine 500 kg. Bombe britischer Herkunft, die im Bereich der Schlossgartenanlagen entdeckt worden war und vom Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden Württemberg entschärft werden musste. Sie gehört zu den Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs. Man schätzt, dass etwa zehn bis fünfzehn Prozent der von den Alliierten im Zweiten Weltkrieg abgeworfenen Bomben Blindgänger waren und sich vor allem in Ballungsräumen noch unter der Erde befinden. Ein bis zwei Bomben explodieren jedes Jahr auf deutschem Boden. Nicht lange zuvor ist in der Nähe von Aschaffenburg ein Fräsfahrzeug durch die Detonation eines Blindgängers zerstört worden. Ein Experte sagte dazu lakonisch: „Ihre Zeit ist gekommen“ und fügte hinzu, dass wir wohl noch in 100 Jahren mit Blindgängern des Zweiten Weltkriegs zu tun haben werden.<sup>117</sup> Während es heute im Zeitalter globaler Terroranschläge nicht an neuen Bomben mangelt, gibt es in Europa zusätzliche Eruptionen aus der Vergangenheit.

Ich möchte diese explosive Altlast hier als ein Emblem für den langen Schatten verstehen, den der Zweite Weltkrieg noch nach 65 Jahren auf unsere Gegenwart wirft. Die Vergangenheit wird besonders in Erinnerungen präsent gehalten, die sowohl zur Verschärfung als auch zur Lösung dieses Problems beitragen. Da sie bildlich gesprochen im Umgang mit dieser Altlast sowohl den Explosivstoff zum Zünden bringen als auch ein Medium seiner Entschärfung sein können, ist die Frage nach Funktion und Qualität von Erinnerungen besonders wichtig. Insbesondere negative Erinnerungen an historische Traumata können immer wieder neue Konflikte anstoßen oder sich als ein lähmender Schatten über die Gegenwart legen und den Menschen ihre Lebenskraft und Zukunftsfähigkeit nehmen. Als der israelische Philosoph Avishai Margalit in seinem Buch *The Ethics of Memory* über dieses Problem nachdachte, formulierte er zwei mögliche Antworten, die er auf seine beiden Eltern verteilte:

---

<sup>117</sup> Ewald Hetrodt: Explosion aus der Vergangenheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Okt. 2006.

## MUTTER

Die Juden wurden unwiederbringlich vernichtet. Was noch übrig ist, ist ein erbärmlicher Rest des großen jüdischen Volkes (sie meinte das europäische Judentum). Die einzig ehrenvolle Rolle, die den Juden verbleibt, ist die, Erinnerungsgemeinschaften zu bilden und sich zu „Seelenkerzen“ zu machen wie diejenigen, die man rituell zur Erinnerung an die Toten anzündet.

## VATER

Wir, die verbleibenden Juden, sind Menschen und keine Kerzen. Es ist eine schreckliche Bestimmung für einen Menschen, nur noch als Träger der Erinnerung an die Toten zu existieren. Für diese Option haben sich die Armenier entschieden und sie haben einen großen Fehler gemacht. Wir müssen ihn um jeden Preis vermeiden. Lieber eine Gemeinschaft gründen, die vorwiegend an die Zukunft denkt und auf die Gegenwart reagiert, als eine Gemeinschaft, die von Massengräbern regiert wird.<sup>118</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es zunächst die Position des Vaters, der (nicht nur in Israel) der Vorzug gegeben wurde. In Israel ging es damals um das kollektive Projekt einer neuen Staatsgründung, um einen Neubeginn für die Überlebenden und die Öffnung von Zukunft für nachfolgende Generationen. Vier Jahrzehnte später setzte sich die Position der Mutter immer mehr durch. Die Überlebenden wandten sich wieder ihrer Vergangenheit zu, die sie so lange von sich ferngehalten hatten. Nach Staatsgründung und Kriegen verwandelte sich die israelische Gesellschaft immer mehr in eine rituelle Erinnerungsgemeinschaft.

Avishai Margalit hat hier zwei Lösungen für das Problem der Last der Vergangenheit paradigmatisch gegenübergestellt: Erinnern oder Vergessen, Vergangenheitsbewahrung oder Zukunftsorientierung.<sup>119</sup> Diese beiden Lösungen reichen für eine Diskussion des Problems nicht mehr aus. Wenn wir heute auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückblicken, können wir feststellen, wie sich die Formen des Umgangs mit traumatischen Vergangenheiten verändert haben. In verschiedenen zeitlichen Phasen wurden für die Erinnerungspolitik sehr

---

<sup>118</sup> *Avishai Margalit: The Ethics of Memory. Cambridge, MA u.a. 2002, S. vii–ix (hier Übersetzung A.A.).*

<sup>119</sup> Er unterscheidet weiterhin zwischen *covering up* und *blotting out* und plädiert für die erste Form. Das Auslöschen negativer Erfahrung hält er nicht für eine gangbare Option, wohl aber das Abdecken, das nicht darüber Sprechen.

unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Ich möchte im Folgenden vier solcher Phasen und Formen mit Blick auf ihre jeweiligen Zielsetzungen unterscheiden:

1. Dialogisches Vergessen
2. Erinnern, um niemals zu vergessen
3. Erinnern, um zu vergeben / vergessen
4. Dialogisches Erinnern

### ***Dialogisches Vergessen***

Erinnerungen sind wie gesagt grundsätzlich ambivalent; sie führen keineswegs automatisch zu Ausgleich und Versöhnung, sondern können durch wiederholten Bezug auf erlittenes Unrecht und erfahrene Gewalt den Hass zwischen Nachbarn am Brennen halten und die Bereitschaft zu neuer Gewalt steigern. Deshalb hat man seit Jahrtausenden darüber nachgedacht, wie dieser Konfliktstoff besonders innerhalb politischer Gemeinwesen aus der Welt geschafft oder zumindest entschärft werden kann. Eine erste Antwort war das Vergessen, das als Heilmittel entdeckt und vielfach erfolgreich eingesetzt wurde. Es wurde in der alten und neuen Welt verordnet, um nach Bürgerkriegen einen neuen Anfang zu setzen und eine in sich zerrissene Gesellschaft wieder zusammenwachsen zu lassen. Natürlich kann der Staat auf die persönlichen Erinnerungen seiner Bürger keinen Einfluss nehmen; er kann aber sehr wohl bei Strafe verbieten, im öffentlichen Diskurs an alten Wunden zu rühren, um mit der Erneuerung von altem Schmerz und Hass neue Ressentiments und Aggressionen zu mobilisieren. Diese Befriedungs-Praxis wurde nach dem Peloponnesischen Krieg in der Athenischen Polis verordnet.<sup>120</sup> Dort wurde für diese Norm des Vergessens sogar ein neues Wort gebildet. „Mnesikakein“ heißt wörtlich: „das Schlechte erinnern“ und entspricht innerhalb der athenischen Rechtssprache einem Erinnerungsverbot-als-Kommunikationsverbot und damit einem Akt der Zensur im Namen des Gemeinwohls. Diese Praxis galt auch nach dem 30-jährigen Krieg. Im Friedensvertrag von Münster-Osnabrück von 1648 hieß die entscheidende Formel: „perpetua oblivio et amnestia“. Die Devise „Vergessen und Vergeben“ ermöglicht generell eine schnelle politische und soziale Integration; durch massenhafte Amnestie wird der Konfliktstoff zwischen den ehemaligen Fronten neutralisiert.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Heilmittel des Vergessens noch einmal eingesetzt, um die westdeutsche Gesellschaft wieder aufzubauen und den europäischen

---

<sup>120</sup> Nicole Loraux: *La Cité divisée. L'oubli dans la Mémoire D'Athènes*. Paris 1997; Gary Smith, *Hinderk M. Emrich* (Hrsg.): *Vom Nutzen des Vergessens*. Berlin 1996; Gary Smith, *Avishai Margalit* (Hrsg.): *Amnestie oder Die Politik der Erinnerung in der Demokratie*. Frankfurt/M. 1997.

Frieden zu konsolidieren. Hermann Lübke prägte 1983 den Terminus des „kommunikativen Beschweigens“.<sup>121</sup> Diese Praxis stützte die braune Kontinuität der Funktionsebenen, die der westdeutschen Gesellschaft mit Zustimmung der Alliierten im Kalten Krieg zu einem schnellen Wiederaufbau verhalf. Das kommunikative Beschweigen galt nach dem Krieg aber auch als eine internationale Praxis, wie der Politologe Tony Judt gezeigt hat. De Gaulle und Adenauer zum Beispiel nahmen gemeinsame Paraden ab und zelebrierten 1962 gemeinsam das Hochamt in der Kathedrale von Reims. Damit signalisierten sie über die nationale Grenze hinweg Versöhnung und Vergebung in einem militärischen und religiösen Rahmen. Der historische Schauplatz war dabei hochsymbolisch gewählt: In der nordfranzösischen Stadt Reims war am 7. Mai 1945 die deutsche Kapitulation unterzeichnet worden, hier hatte General Dwight D. Eisenhower sein Hauptquartier aufgeschlagen. Das religiöse Reinigungsritual hatte eine wichtige politische Bedeutung: Durch dialogisches Vergessen wurde die Wiederaufnahme Westdeutschlands in das westeuropäische Bündnis beschleunigt. Unter dieser Rahmenbedingung wurde in den 1950er und 1960er Jahren die Last der traumatischen und schuldhaften Vergangenheit zunächst durch Vergessen entsorgt bzw. anästhesiert.

### ***Erinnern, um niemals zu vergessen***

Diese Symbolpolitik stieß spätestens am 5. Mai 1985 in Bitburg an eine harte Grenze, als Helmut Kohl und Ronald Reagan auf einem Soldatenfriedhof, der auch Gräber von SS-Angehörigen einschloss, noch einmal rituell Vergeben und Vergessen praktizieren wollten.<sup>122</sup> Vier Jahre vor der politischen Wende wurde 1985 zu einem Schlüsseljahr der Wende vom Vergessen zum Erinnern. Auf den Skandal von Bitburg folgte die Rede des Präsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai;<sup>123</sup> gleichzeitig fanden die wilden Grabungen auf dem nachmaligen Feld der „Topographie des Terrors“ in Berlin statt; ein Jahr später folgte der Historikerstreit. Mit dieser Wende wurden in Westdeutschland die Rahmenbedingungen in Kultur und Politik von Vergessen auf Erinnern umgestellt. Das Wort „Erinnerungskultur“, das bis dahin unbekannt war, ist inzwischen weltweit zu einem Schlüsselbegriff geworden. Es ersetzte die älteren Leitbegriffe der 1950er und 1960er Jahre wie „Schlussstrich“, „Vergangenheitsbewältigung“ und „Wiedergutmachung“, die in der Bundesrepublik eine Politik des (sich selbst Vergebens

---

<sup>121</sup> Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart. In: Martin Broszat u.a. (Hrsg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen – Protokoll. Berlin 1983, S. 329-349.

<sup>122</sup> Geoffrey H. Hartman (Hrsg.): Bitburg in Moral and Political Perspective. Bloomington 1986.

<sup>123</sup> Richard von Weizsäcker: Von Deutschland aus. Berlin 1985, S. 11-35.

und) Vergessens begleitet hatten.<sup>124</sup> Diese Leitbegriffe charakterisierten die Haltung einer Generation, die davon überzeugt war, mit der breiten gesellschaftlichen Reintegration von Alt-Nazis die Modernisierung der Gesellschaft vorantreiben und mit dem Bezahlen von Wiedergutmachung in absehbarer Zeit die historische Schuld abtragen zu können. Diese Prämissen wurden von der nachfolgenden Generationen nicht mehr geteilt; sie wuchsen in das Klima einer neuen, sich international ausbreitenden Erinnerungskultur hinein und trugen dazu bei, sie konsequent in der Gesellschaft umzusetzen.

Die neue Erinnerungskultur, die an Schulen und Gedenkstätten verankert und in Museen und Ausstellungen präsentiert wurde, verlagerte den traumatischen Schwerpunkt von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auf die Erinnerung an den Holocaust. Dieses in die „gestauchte Zeit“ der Jahre 1939–1945 eingefaltete Ereignis ist erst allmählich über die Jahrzehnte entfaltet und zum Gegenstand von Gerichtsverhandlungen, historischer Forschung, medialer Darstellung und gesellschaftlicher Erinnerung gemacht worden. Die Stabilisierung der Holocaust-Erinnerung auf der Basis eines Erinnerungsvertrags zwischen Deutschen als Nachfahren der Täter und Juden als Überlebenden und Nachfahren der Opfer war eine historisch neuartige Antwort auf das in seinen Ausmaßen und seiner Durchführung absolut präzedenzlose Verbrechen des Judenmords dem auch andere ethnische und Überzeugungsgruppen zum Opfer fielen. Aufgrund dieser paradigmatischen Bedeutung wurde die Holocaust-Erinnerung inzwischen auch in einem globalen Rahmen etabliert und hat dabei die Qualität eines zivilreligiösen Bekenntnisses gegen Rassismus und für die Menschenrechte angenommen. Darüber hinaus hat sie einen Modellcharakter gewonnen, an dem andere Gruppen ihre Ansprüche und die Gestaltgebung ihrer eigenen traumatischen Erinnerungen ausrichten.

Vergessen ist unter bestimmten Bedingungen ein Heilmittel gegen die Last der Vergangenheit, aber es ist sicher kein Allheilmittel. Vergessen bewährt sich vor allem nach symmetrischen Gewaltverhältnissen oder unter politischen Bedingungen, wenn neue Allianzen geschmiedet werden sollen, aber es scheitert, wo es um die asymmetrische Beziehung extremer Gewalteinwirkung geht. Es hat sich gezeigt, dass im Falle des Holocaust der Neubeginn nicht über einen Schlussstrich, sondern gerade umgekehrt über die Bereitschaft zum gemeinsamen Erinnern zu erreichen war. Wir können hier in Anlehnung an

---

<sup>124</sup> *Norbert Frei*: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996; *Edgar Wolfrum*: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung. 1948–1990. Darmstadt 1999.

Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ von einem „Erinnerungsvertrag“ zwischen Tätern und Opfern sprechen. Nur indem die Opfer mit ihrer Erinnerung nicht allein gelassen werden, sondern diese Perspektive von den Nachfahren der Täter in „anamnetischer Solidarität“ (Johann Baptist Metz) geteilt wird, kann das Trauma zur Grundlage einer gemeinsamen Zukunft werden. Zu dieser gemeinsamen Erinnerungskultur gehört die Anerkennung von Leid und die Ehrung der Ermordeten und Überlebenden durch die Annahme von Zeugenschaft. Da diese Erinnerung für die Opfer wie die Täter zu einem entscheidenden Teil ihrer Selbstdefinition geworden ist, ist sie auf Zukunft und Dauer ausgerichtet und hat die Form eines zivilreligiösen Bekenntnisses angenommen: erinnern, um nicht zu vergessen.

### ***Erinnern, um zu vergeben / vergessen***

Wir haben in den letzten Jahrzehnten erlebt, wie angesichts einer traumatischen Vergangenheit die kulturellen Rahmenbedingungen immer radikaler von Vergessen auf Erinnern umgestellt wurden. Hier müssen wir jedoch noch einmal zwischen zwei Formen des Erinnerns unterscheiden: eine im Kern ethisch begründete Erinnerungskultur, die eine traumatische Vergangenheit *ex negativo* zur dauerhaften normativen Instanz erhebt und deshalb das Vergessen nachhaltig verhindern möchte, und eine eher strategisch oder therapeutisch begründete Erinnerungskultur, die letztlich das „Vergessen“ anstrebt, allerdings davon ausgeht, dass der Weg zu diesem Ziel über das Erinnern führt. Erinnern gewinnt damit eine therapeutische, eine läuternde und reinigende Funktion; sie ist kein Endziel und Zweck in sich selbst mehr, sondern ein wichtiger und unersetzlicher Zwischenschritt. Die Kultur ist generell reich an Beispielen für solches transitorische Erinnern. Im Rahmen der christlichen Beichte zum Beispiel wird erinnert, um zu vergessen: Die Schuld muss aufgelistet und ausgesprochen werden, bevor sie durch die Absolution des Priesters getilgt werden kann. Ähnliches gilt für den künstlerischen Prozess der Katharsis: Durch Reinszenierung eines schmerzlichen Ereignisses auf der Bühne des Theaters kann eine Last der Vergangenheit noch einmal durchlebt und dabei überwunden werden. Die Gruppe, die solches durchlebt, geht nach der Theorie des Aristoteles aus dieser Erfahrung kollektiv gereinigt hervor. Vergessen durch Erinnern ist im Grunde auch das Ziel der Freudschen Psychoanalyse, die die belastende Vergangenheit noch einmal ins Bewusstsein hebt, um sie danach umso besser hinter sich lassen zu können. Eine ähnlich therapeutische Funktion als Mittel zum Vergessen gewinnt die Erinnerung in neuen öffentlich-politischen Verfahren: Eine schmerzhaft Wahrheit muss noch einmal ans Licht geholt und öffentlich gemacht werden, das Opfer muss seine Leiden erzählen dürfen und sie müssen mit Empathie angehört und anerkannt werden, damit sie



anschließend aus dem sozialen oder politischen Gedächtnis entsorgt werden können. Nach diesem Verfahren sind die Tribunale der “Truth and Reconciliation Commission“ organisiert, die unter der Ägide Bischof Desmond Tutus und Alex Boraines zu einer Mischung aus Tribunal, kathartischem Drama und christlichem Beichtritual wurden.

Gegenwärtig sind auf der Welt fast dreißig Wahrheitskommissionen im Einsatz, wobei die Verfahrensregeln je nach Situation immer wieder neu erfunden werden müssen. Obwohl die Komponente „J“ für Justice in diesen Übergangsprozessen des politischen Systemwandels keineswegs ausgespart ist, kommt der Komponente „T“ für Truth eine besondere Bedeutung zu. Nicht das Abdecken und Ruhenlassen, sondern das in einem sozialen Raum zur Sprache bringen, bekennen und öffentlich zur Kenntnis nehmen bestimmen diese Form der Erinnerungspolitik. Da sie auf Versöhnung und Integration ausgerichtet ist, können wir sie als eine neue Form der „Vergangenheitsbewältigung“ ansprechen, die dabei helfen sollen Diktaturen und andere menschenrechtsverletzende Regime in Demokratien zu verwandeln.<sup>125</sup> Die Wahrheit ist als das erste Opfer jedes Krieges bezeichnet worden, und das gilt erst recht für die asymmetrische Gewalt bei Menschheitsverbrechen wie Sklaverei, Kolonialismus, Genoziden und dem stalinistischen Terror. Hier ist die historische Wahrheit oft das einzige, was nach Jahren, Jahrzehnten und zum Teil Jahrhunderten von Erniedrigung, Ausbeutung, Ausrottung und systematischer Vernichtung überhaupt noch wiederherstellbar ist. Neben den rechtlichen Mitteln der Verurteilung, Bestrafung und Restitution, die wegen zeitlichen Abstands oft nicht mehr einsetzbar sind, gewinnen hier gerade auch die symbolischen Mittel wie öffentliche Schuldbekennnisse und der Ausdruck von Reue eine besondere Bedeutung. In traumatisch gespaltenen Gesellschaften führt der Weg zur Rechtsstaatlichkeit und Integration heute weithin durch das Nadelöhr der Erinnerung in Gestalt der Aufarbeitung von Massenverbrechen. Durch politische Rituale der Reue und empathische Teilhabe der Gesellschaft an der Erinnerung der Opfer soll die Last der Vergangenheit abgetragen werden; anschließend ist dann ein Neubeginn möglich und sogar die traumatische Geschichte kann Vergangenheit werden.

Das Modell der Wahrheitskommissionen wurde in Südamerika erfunden, wo Länder wie Chile, Uruguay, Argentinien und Brasilien in den 1980er und 1990er Jahren sich von Militärdiktaturen in Demokratien verwandelten. Die Opfer dieser Diktaturen aktivierten dafür das Paradigma der Menschenrechte und bildeten auf dieser Wertebasis neue politische

---

<sup>125</sup> Einen Überblick über diese Aktivitäten gibt *Pierre Hazan*: Das neue Mantra der Gerechtigkeit. In: Der Überblick 2007. H. 1–2 (deutsche Zeitschrift für Entwicklungspolitik, deren Themenheft Mai 2007 der Gerechtigkeit nach Konflikten gewidmet ist).

Begriffe wie „Menschenrechtsverletzung“ und „Staatsterrorismus“. Auf dieser Basis wurden Untersuchungskommissionen eingerichtet, aus denen später die Wahrheitskommissionen hervorgingen. Sie betonten die transformatierende Kraft der historischen Wahrheit und die Bedeutung aktiver Erinnerungsarbeit. „Erinnern, um nicht zu wiederholen“ wurde allgemein zu einem politischen und kulturellen Imperativ. Mithilfe des Menschenrechtsparadigmas wurde ein neuer und einflussreicher Opferdiskurs geschaffen, der die traditionellen politischen Narrative des Klassenkampfes, der nationalen Revolutionen und der politischen Antagonismen ersetzte. Im Zentrum der Werte stand nunmehr der universale Wert der Menschenwürde im Sinne der körperlichen und sozialen Integrität der Person. Mit diesen universalistischen Werten entstand eine neue politische Agenda, in der auch andere Formen der Staatsgewalt kritisiert werden konnten wie Rassen- und Geschlechts-Diskrimination, sowie die Unterdrückung indigener Bevölkerungen. Dieser Wertewandel wurde zu einer wichtigen symbolischen Ressource, um „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ins globale Rechtsbewusstsein einzubringen. Was die transnationale Bewegung für die Abschaffung der Sklaverei für das 19. Jahrhundert war, ist das weltweite Eintreten für Opfer von Gewalt für das späte 20. und frühe 21. Jahrhundert. Der wichtige Unterschied dabei ist allerdings, dass nun die Opfer für sich selbst sprechen und ihr Recht auf Anerkennung und Erinnerung in einer globalisierten Welt einfordern. Die Ausbreitung ihrer Stimmen und ihre öffentliche Sicht- und Hörbarkeit hat ein neues Weltethos geschaffen, das es den national-staatlichen Autoritäten zumindest schwerer macht, eine repressive Politik des Vergessens und der Verdrängung aufrechtzuerhalten.

In die Richtung einer globalen Ausweitung des Menschenrechtsdiskurses und der damit verbundenen Erinnerungskultur weisen auch die öffentlichen Reuebekenntnisse, in denen Staatschefs und andere hohe politische Funktionäre sich bei den Opfern für Episoden der Gewalt entschuldigen, die in der Geschichte ihrer Staaten verübt wurden. Im Lichte dieser Praxis, die in den 1990er Jahren entstand und weiter anhält, präsentierten sich Nationalstaaten in der globalen Arena als moralische Akteure und verantwortungsbewusste Gemeinschaften. Auch hier haben wir es mit einer neuen Form von Erinnerungskultur zu tun, die sich im Rahmen des Menschenrechtsparadigmas neuerdings mit Schuld und den negativen Episoden der eigenen Geschichte auseinandersetzt.

In Post-Diktatur-Gesellschaften ist die Erinnerung die Bedingung einer sozialen Umwandlung, die auf den Systemwandel folgen muss, denn der politische Übergang muss durch eine gesellschaftliche Transformation ergänzt und vertieft werden. Innerhalb eines neuen Rahmens können Erinnerungspraktiken und -rituale einen Prozess der

Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vergangenheit einleiten und damit zur deren Anerkennung sowie zur Versöhnung und dann möglicherweise auch zum Vergessen führen. Vergessen bedeutet in diesem Kontext Vergangenheitsbewältigung: Das Ziel besteht darin, die Gewaltgeschichte hinter sich zu bringen, hinter sich zu lassen, um eine gemeinsame Zukunft zu gewinnen.

### *Dialogisches Erinnern*

Mein drittes Modell, erinnern um zu vergeben und zu vergessen, bezieht sich auf Staaten, die entweder einen Wertewandel oder einen Systemwandel von einer Diktatur zu einer Demokratie vollziehen und dabei das Kunststück vollbringen müssen, eine in Opfer und Täter gesplante Bevölkerung auf einen gemeinsamen Wertekonsens einzustimmen. Mein viertes und letztes Modell bezieht sich auf Situationen, die diesen nationalen Rahmen überschreiten. Es geht um Erinnerungspolitik zwischen zwei oder mehreren Staaten, die durch eine gemeinsame Gewaltgeschichte miteinander verbunden sind. Zwei Staaten entwickeln ein dialogisches Erinnerungsmodell, wenn sie einseitig oder gegenseitig ihren eigenen Anteil an der traumatisierten Geschichte des anderen anerkennen und empathisch das Leiden des anderen ins eigene Gedächtnis mit einschließen.

In aller Regel ist das nationale Gedächtnis monologisch organisiert; es wurde im 19. Jahrhundert geschaffen, die nationale Identität zu stützen und zu zelebrieren. Das Prisma des nationalen Gedächtnisses tendiert deshalb stets dazu, die Geschichte auf einen ruhmreichen, ehrenwerten oder zumindest akzeptablen Ausschnitt zu verengen. Angesichts einer traumatischen Vergangenheit gibt es üblicherweise überhaupt nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierten Narrativs werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene „vergessen“.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Öffnung der Archive komplizierte sich das Geschichtsbild Europas. Es kam zu mehreren Erinnerungsschüben, die den Holocaust ins allgemeine Bewusstsein rückten und fest etablierte positive nationale Selbstbilder ins Wanken brachten. Aufgrund neuer Dokumente über Vichy und die Geschichte des Antisemitismus in Ostdeutschland waren Frankreich und die DDR nicht mehr ausschließlich Widerstandskämpfer, nach der Waldheim-Affäre und Jedwabne-Debatte waren Österreich

und Polen nicht mehr ausschließlich Opfer und selbst die Alliierten waren konfrontiert mit der Möglichkeit, dass sie nach der Debatte um Bombenkrieg, Vertreibung und Vergewaltigung nicht mehr ausschließlich Sieger waren. Erinnerungen kamen hoch und wurden debattiert, die die Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit der herrschenden Narrative in Frage stellten.

Während im Westen Europas neue Daten über Kollaboration und Indifferenz gegenüber dem Generalverbrechen des Holocaust zu einer Krise nationaler Gedächtniskonstruktionen führte und deren teilweisen Umbau in Richtung größerer Komplexität zur Folge hatte, entstand im Osten Europas nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein politisches Vakuum, das mit neuen nationalen Gedächtniskonstruktionen gefüllt wurde. Nach wie vor herrscht Platzmangel im nationalen Gedächtnis: das eigene Leid beansprucht mehr Platz als das Leid, das man anderen zugefügt hat.

Den monologischen Charakter des nationalen Gedächtnisses hat Marc Bloch bereits in den 1920er Jahren kritisiert. Er schrieb: „Hören wir auf, in alle Ewigkeit von Nationalgeschichte zu Nationalgeschichte zu plaudern ohne uns zu verstehen.“ Er sprach von einem „Dialog unter Schwerhörigen, von denen jeder völlig verkehrt auf die Fragen des anderen antwortet.“<sup>126</sup> Das nationale Gedächtnis der Deutschen existiert heute keineswegs mehr in Isolation, sondern ist mit anderen nationalen Gedächtnissen untrennbar verbunden. Mit Blick auf den Holocaust ist es Teil eines Welt-Gedächtnisses, mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg ist es Teil eines europäischen Gedächtnisses geworden. Die Europäische Integration kann nicht wirklich fortschreiten, solange die monologischen Gedächtniskonstruktionen sich weiter verfestigen. In diesen Zusammenhang möchte ich mein viertes Modell, das „dialogische Erinnern“ einführen. Dabei handelt es sich zwar noch keineswegs um eine allgemein praktizierte Form des Umgangs mit einer geteilten Gewaltgeschichte, aber doch um eine große kulturelle und politische Chance, die in dem Projekt Europa enthalten ist. Dialogisches Erinnern steht hier für die wechselseitige Verknüpfung und Aufrasterung allzu einheitlicher Gedächtniskonstruktionen entlang nationaler Grenzen.<sup>127</sup> Die Konstellation der Europäischen Union bietet einen einmaligen Rahmen für den Umbau von monologischen in dialogische Gedächtniskonstruktionen. Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich sprach einmal von der „so lange aufgeschobenen Bearbeitung der Vergangenheit unter dem Realitätsprinzip“, die heute unter der Bedingung des Zusammenrückens in Europa forciert

---

<sup>126</sup> *Matthias Middell, Steffen Sammler* (Hrsg.): *Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten. 1929–1992.* Leipzig 1994, S. 159.

<sup>127</sup> Dazu ausführlicher *Aleida Assmann*: *Europe: A Community of Memory? Twentieth Annual Lecture of the GHI.* 16. Nov. 2006. In: *German Historical Institute Bulletin* 40 (Spring 2007), S. 11–25.

werden kann.<sup>128</sup> Richard Sennett hat betont, dass es einer Vielfalt widerstreitender Erinnerungen bedarf, um unangenehme historische Fakten anzuerkennen.<sup>129</sup> Genau darin liegt das besondere Potential, das der europäische Erinnerungsrahmen bereithält, und das bisher erst ansatzweise genutzt worden ist.

Die Europäische Union ist selbst eine Folge des Zweiten Weltkriegs und eine Antwort auf ihn. Es wird immer offenkundiger, dass das traumatische Erbe dieser verschränkten Gewaltgeschichte nicht länger in der beschränkten Grammatik traditioneller nationaler Gedächtniskonstruktionen bearbeitet werden kann. In dieser Geschichte gibt es vieles, was die Historiker wissen, was jedoch keinen Platz im nationalen Gedächtnis erhält, weil bisher der Druck eines persönlichen Bedürfnisses oder politischen Imperativs fehlte. Dazu gehören viele Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges, die die Deutschen an ihren Nachbarn verübt haben, was dort meist in sehr guter Erinnerung behalten wird. Während die jüdischen Opfer im Rahmen einer internationalen Erinnerungskultur ins allgemeine Bewusstsein gedrungen sind, wissen in Deutschland die nachwachsenden Generationen so gut wie nichts von den polnischen oder russischen Opfern der deutschen Kriegsführung. Während die Bombardierung Dresdens fest im deutschen nationalen Gedächtnis verankert ist, weiß man hierzulande kaum etwas von der Zerstörung Warschaus durch die Deutschen oder von den Opfern des Warschauer Aufstands, der meist mit dem durch Willy Brandts Kniefall berühmt gewordenen Ghetto-Aufstand verwechselt wird. Auch die Leningrader Blockade von 1941–1944 durch die Wehrmacht, eine der längsten und destruktivsten „Belagerungen“ der neueren Geschichte, bei der annähernd eine Million Russen verhungerten, hat keinen Platz im deutschen historischen Gedächtnis.<sup>130</sup> Diese Ereignisse machen einen erheblichen Teil der Last der Vergangenheit aus und verformen nachhaltig die europäische Binnenkommunikation. Auch sie sind europäische „lieux de mémoire“, doch bilden sie keinen Schulstoff und finden weder Erwähnung in Diskursen oder symbolische Repräsentation im öffentlichen Raum.

An anderer Stelle habe ich einmal „Regeln für einen kommunikativen Umgang mit Erinnerungen“ zusammengestellt. Hier möchte ich nur eine davon nennen. Unter *Kontextualisierung* verstehe ich die Fähigkeit, das Erlebte und Erinnerte in größere Zusammenhänge einzuordnen. Das kann immer nur nachträglich geschehen und ist eine

---

<sup>128</sup> Alexander Mitscherlich, Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu Trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1977, S. 365.

<sup>129</sup> Richard Sennett: Disturbing Memories. In: Patricia Fara, Karalyn Patterson (Hrsg.): Memory. Cambridge u.a. 1998, S. 10–26, hier S. 14.

<sup>130</sup> Peter Jahn: 27 Millionen. In: Die ZEIT vom 14. Juni 2007.

kognitive Leistung der historischen Bildung und des historischen Bewusstseins. Die nachträgliche Einsicht in einen historischen Zusammenhang braucht die Wahrheit der standortgebundenen Erfahrungen nicht mundtot zu machen. Sie können jedoch, nachdem sie artikuliert und anerkannt wurden, in einen weiteren Horizont eingeordnet werden. Durch Einordnung in größere Zusammenhänge können Erinnerungen neu gedeutet und auf diese Weise mit anderen Erinnerungen kompatibel gemacht werden. Das hat nichts mit Umfälschung zu tun, aber viel mit Horzonterweiterung.<sup>131</sup>

Während die monologische Erinnerung die eigenen Leiden ins Zentrum stellt, nimmt die dialogische Erinnerung das den Nachbarn zugefügte Leid mit ins eigene Gedächtnis auf. Dialogisches Erinnern meint keinen auf Dauer gestellten ethischen Erinnerungspakt, sondern das gemeinsame historische Wissen um wechselnde Täter- und Opfer-Konstellationen in einer geteilten traumatischen Gewaltgeschichte. Ein vereinigtes Europa braucht kein einheitliches, wohl aber ein kompatibles europäisches Geschichtsbild. Es geht mir keineswegs um ein vereinheitlichtes europäisches Master-Narrativ, sondern um die dialogische Bezogenheit und gegenseitige Anschlussfähigkeit nationaler Geschichtsbilder. Die italienische Historikerin Luisa Passerini hat in diesem Zusammenhang eine wichtige Unterscheidung eingeführt. Sie spricht von „shared narratives“ (oder geteilten Geschichten) und „shareable narratives“ im Sinne von anschlussfähigen Geschichten.<sup>132</sup> Dialogisches Erinnern ist im nationalen Gedächtnis verankert, überschreitet jedoch die Grenze der Nationen durch eine transnationale Perspektive. Erst auf der Basis der wechselseitigen Anerkennung von Opfern kann sich der Blick auf eine gemeinsame Zukunft öffnen. Solange allerdings die verengten nationalen Geschichtsbilder dominieren, herrscht in Europa weiterhin „ein Dialog unter Schwerhörigen“, um nicht zu sagen: ein schwelender „Bürgerkrieg der Erinnerungen“. Aus der Sackgasse heroischer Mythen und Opferkonkurrenz führt allein, um mit Peter Esterhazy zu sprechen, „ein geteiltes europäisches Wissen über uns selbst als Täter und Opfer“.<sup>133</sup> Das Prinzip des

---

<sup>131</sup> Als ein bedeutendes Beispiel dafür möchte ich die sog. Faulenbach-Formel anführen, die auf den Historiker Bernd Faulenbach zurückgeht. Dieser hat sich in einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit mit der Erinnerungs-Problematik der „zwei deutschen Diktaturen“ befasst. Seine Formel, die in der Kommission eine gegenseitige Blockierung zu überwinden half, bestand aus zwei Sätzen und lautete: „Die Erinnerung an die DDR Diktatur darf die Erinnerung an den Holocaust nicht relativieren / Die Erinnerung an den Holocaust darf die Erinnerung an die DDR Diktatur nicht trivialisieren.“ Mit dieser salomonischen Formel wurden in einem konkreten Fall geschichtspolitische Rahmenbedingungen des Erinnerns festgelegt, die es erlaubten, einen Konsens zu finden, der zugleich der Vielfalt und Verschiedenheit der Erinnerungsproblematik gerecht wird.

<sup>132</sup> *Luisa Passerini: Shareable Narratives? Intersubjectivity, Life Stories and Reinterpreting the Past. Advanced Oral History Summer Seminar, 11–16 August 2002. Berkeley, S. 5, 14.*

<sup>133</sup> *Peter Esterhazy: Alle Hände sind unsere Hände. In: Süddeutsche Zeitung vom 11. Okt. 2004, S. 16.*

transnationalen dialogischen Erinnerns in Europa hat ein weiterer ungarischer Schriftsteller, nämlich György Konrad auf den Punkt gebracht: „Es ist gut, wenn wir Erinnerungen austauschen und erfahren, was die anderen von unseren Geschichten denken. [...] Die gesamte europäische Geschichte ist zusehends Allgemeingut, das für einen jeden ohne die Verpflichtung nationaler oder anderer Befangenheiten zugänglich ist.“<sup>134</sup> Damit hat Konrad zwar noch keinen Ist-Zustand beschrieben, aber doch das besondere Potential beim Namen genannt, das der kulturelle Rahmen der EU für seine Mitgliedstaaten bereithält.

## **Zusammenfassung**

Der israelische Autor Amos Oz hat einmal geschrieben: „Wenn ich das Sagen hätte bei den Friedensverhandlungen – egal ob in Wye, in Oslo oder wo auch immer – würde ich den Tontechnikern die Anweisung geben, dass sie die Mikrophone ausstellen, sobald eine der verhandelnden Parteien anfängt, über die Vergangenheit zu sprechen. Sie werden schließlich dafür bezahlt, dass sie Lösungen für die Gegenwart und die Zukunft finden!“<sup>135</sup> Leider lassen sich die Fragen der Bewältigung der Vergangenheit und der Lösung dringender Zukunftsprobleme nicht immer so klar voneinander scheiden, wie es hier vorausgesetzt wird. Im Gegenteil sind Formen der Erinnerung heute überall auf der Welt aufs Engste mit der Gewinnung neuer Gegenwarts- und Zukunftschancen verbunden.

65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blicken wir auf unterschiedliche Phasen und Formen der Vergangenheitspolitik zurück. Am Anfang stand das Schweigen, das ich hier als „dialogisches Vergessen“ bezeichnet habe. Zwar wurden in dieser Phase der “transitional justice“ die prominenten Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt, aber innerhalb der (westdeutschen) Gesellschaft wurde unter weitgehendem Ausschluss der jüdischen Erfahrung das Vergeben und Vergessen als effektive Strategie der sozialen Integration praktiziert. Auch zwischen den europäischen Nationen innerhalb der Blöcke des Kalten

---

<sup>134</sup> György Konrad: Aufruhr. Rede zur Eröffnung des 50-jährigen Bestehens der Aktion Sühnezeichen am 3. Mai 2008 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin ([www.asf-ev.de/fileadmin/asf\\_upload/aktuelles/Jubilaeum2008/gyoergy.pdf](http://www.asf-ev.de/fileadmin/asf_upload/aktuelles/Jubilaeum2008/gyoergy.pdf)).

<sup>135</sup> Amos Oz: Israelis und Araber: Der Heilungsprozeß. In: Dialog der Kulturen im Zeitalter der Globalisierung. Sinclair-Haus Gespräche. 11. Gespräch 5. – 8. Dez. 1998. Hrsg. von Herbert Quandt-Stiftung. S. 82–89, hier S. 83; Richard King schreibt über den israelisch-palästinensischen Konflikt: “The bitter Israeli-Palestine conflict might seem to an outsider as a case where effective action to resolve the conflict might be furthered by some heavy doses of historical amnesia on both sides. On this view, then, the old saw about “Those who forget the past are condemned to repeat it” should be modified to read, “Those who forget the past are granted leave to act.” Richard H. King: Reflections on Memory, Identity and Political Action. In: Letters (The Semiannual Newsletter of the Robert Penn Warren Center for the Humanities). Spring 2002. Vol. 10. No. 2. ([http://discoverarchive.vanderbilt.edu/xmlui/bitstream/handle/1803/1534/Letters10\\_No2\\_Spring2002.pdf?sequence=1](http://discoverarchive.vanderbilt.edu/xmlui/bitstream/handle/1803/1534/Letters10_No2_Spring2002.pdf?sequence=1)).

Krieges wurde gemeinsam vergessen. Es dauerte bis in die 80er Jahre, bevor der Holocaust aus dem Schatten des Zweiten Weltkriegs heraustrat und als das zentrale Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts ins (Welt-)Bewusstsein trat. Die Politik des Schlusstrichs und Schweigens, die sich allenfalls nach symmetrischen Gewaltverhältnissen bewährt, muss scheitern, wo es um radikal asymmetrische Beziehungen extremer Gewalteinwirkung geht. Während dialogisches Schweigen auf gegenseitiger Vereinbarung beruht, verlängert repressives Schweigen die destruktiven Machtverhältnisse; es schont die Täter und schädigt die Opfer.

Das zweite Modell, die dauerhafte Memorialisierung ist eine neue erinnerungspolitische Form, die für den Holocaust erfunden wurde. Der Imperativ: „Das darf niemals vergessen werden!“ gilt in dieser Absolutheit für keine andere traumatische Vergangenheit. Dieser Imperativ, der eine Brücke schlägt zwischen der Opfer-Nation und der Täter-Nation, baut eine neue globale Zeugen-Gemeinschaft auf. Diese dauerhafte Selbstverpflichtung zu erinnern, steigert eine Geschichts-Epoche zu einer normativen „Vergangenheit“ und kommt einem (zivil-)religiösen Bekenntnis gleich. Mit dem Aufbau der Holocaust-Erinnerung wurde im politischen und sozialen Rahmen von Vergessen auf Erinnern umgestellt. Diese Erinnerung hat die politische Sensibilität in einem globalen Maßstab verändert; die monumentale, zivilreligiöse und global ausgeweitete Holocaust-Erinnerung ist aber nicht zum Modell für den Umgang mit anderen historischen Traumata geworden.

Seit den 1990er Jahren ist eine weitere Form des Erinnerns erfunden worden, deren politisches und kulturelles Ziel die Anerkennung und Würdigung der Opfer, nicht aber deren in alle Zukunft auf Dauer gestelltes Eingedenken ist. Dieses dritte Modell hat das Ziel der Durch- und Aufarbeitung einer traumatischen Vergangenheit, ein Prozess, an dessen Ende nicht das Erinnern *per se*, sondern die Transformation staatlicher Gewalt in Strukturen moralischer Verantwortung und die erfolgreiche soziale Reintegration von Opfern und Tätern stehen. Es geht darum, den Opfern eine Stimme zu geben, damit eine die Gesellschaft sprengende Gewaltgeschichte des politischen Terrors wie in Argentinien oder der hegemonialen kolonialen Gewalt wie in Australien überwunden werden kann. Es geht bei diesem dritten Modell nicht um dauerhafte *Vergangenheitsbewahrung*, sondern um *Vergangenheitsbewältigung* im Sinne der Überwindung des Konflikts, der Versöhnung und damit der Öffnung einer gemeinsamen Zukunft.



Das dialogische Erinnern schließlich, das sich erst in Ansätzen abzeichnet und noch keine zuverlässig praktizierte Form der Erinnerungspolitik darstellt, antwortet auf die historische Realität einer gemeinsamen Gewaltgeschichte, in die zwei oder mehrere Nationen verstrickt sind. Dialogisches Erinnern hat eine besondere Chance in einem Staatenverbund wie Europa; hier geht es darum, durch Formen gegenseitiger Annäherung und Öffnung die monologischen Schranken der nationalen Gedächtnisse durchlässiger zu machen und durch differenziertere und tolerantere Gedächtniskonstruktionen die transnationale Integration zu stärken.

Einige zusammenfassende Bemerkungen sollen den Beitrag schließen:

1. *Erinnerungen sind ambivalent*, sie können sowohl ein Gift (und darauf bezieht sich Amos Oz) als auch ein Heilmittel sein. Ob Erinnerungen ein Teil des Problems sind und das Gewaltpotential der Vergangenheit verlängern oder aber ein Beitrag zur Ablösung von Gewalt sind, indem sie diese aufzulösen helfen, hängt von der Art und Weise ab, in der sie in sozialen und politischen Situationen eingesetzt werden. Von sogenannten „Wahrheits-Kommissionen“ wissen wir, dass sie den Prozess politischer Umwandlung von autoritären zu demokratischen Strukturen abstützen und zur sozialen Integration der Gesellschaft beitragen können.
2. *Erinnerungen sind grundsätzlich perspektivisch, parteiisch und partikular*. Diese drei P's betonen, dass sie so beschränkt sind wie die Sichtweisen und Wahrnehmungen der handelnden und leidenden Personen. Während der Historiker verschiedene Ereignisse in einen übergreifenden kausalen und narrativen Zusammenhang bringt, schneiden Erinnerungen Ereignisse entlang spezifischer Erfahrungsgrenzen aus. Aufgrund dieser Beschränkung stehen sie oft unverbunden und beziehungslos nebeneinander und noch öfter widersprüchlich und polemisch gegeneinander. Auch starkes Erinnern auf der einen Seite und völliges Vergessen auf der anderen Seite können unversöhnliche Konflikte am Leben erhalten.
3. *Erinnerungen sind selektiv und verengen den Ausschnitt*. Es versteht sich von selbst, dass von der Vergangenheit immer nur ein winziger Bruchteil erinnert wird. Erinnerungen haben aber obendrein noch eine starke Tendenz zur Verengung. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass Menschen sich lieber an Ereignisse erinnern, die ein positives Selbstbild stützen, als an solche, die es untergraben. Im Prisma des nationalen Gedächtnisses wird der akzeptable Ausschnitt der Geschichte leicht zu einem Schutzschirm gegen beschämende, beunruhigende und anderweitig sperrige

Erinnerungen. Solche unangenehmen Ereignisse werden deshalb oft lange Zeit mit Schweigen übergangen und finden keinen Einlass in die öffentliche Kommunikation.

4. *Erinnerungen sind dynamisch.* Was jeweils von der Vergangenheit erinnert und was vergessen wird, hängt weniger von dem Erkenntnisstand der Wissenschaft als von den kulturell gerahmten Einsichten, der Sensibilität und den Bedürfnissen der jeweiligen Gesellschaft ab. Im Kalten Krieg hat man sich anders an den Zweiten Weltkrieg erinnert als heute; die Erinnerung an den Holocaust ist überhaupt erst seit zwei Jahrzehnten von der Peripherie ins Zentrum des west-europäischen Gedächtnisses gerückt. Traumatische Gewaltgeschichten gehen, wie wir inzwischen wissen, durch längere Latenzzeiten, bevor sie zum Gegenstand von Erinnerung gemacht werden.
5. *Erinnerungen entwickeln sich heute in einem transnationalen Horizont.* Sie sind nicht mehr eingeschlossen in nationale Container, sondern (ent-)stehen in einem transnationalen, ja globalen Beziehungsgeflecht und Aufmerksamkeitsrahmen von Appell, Beobachtung, Anerkennung und Nachahmung. Dabei spielt als ein überstaatlicher Werterahmen der Bezug auf Menschenwürde und Menschenrechte eine zentrale Rolle, der traditionelle Selbstbilder der Nationalstaaten in Frage stellt.
6. *Die Erinnerung an Traumata oszilliert zwischen zwei Polen und entwickelt sich auf verschiedenen Ebenen:* Das Drama der traumatischen Erinnerung oszilliert zwischen dem Wunsch, die Wunde offen zu halten und sie zu schließen. Es spielt sich dabei gleichzeitig auf ganz verschiedenen Ebenen ab: der Ebene des Individuums, der Gesellschaft und des Staates. Deshalb hat es eine psychologische, eine moralische und eine politische Dimension. Und eine weitere Dimension dürfen wir nicht vergessen, die uns erst allmählich zu Bewusstsein kommt: die religiöse. Hier geht es letztlich um die Befriedung der Toten, die einer angemessenen Bestattung bedürfen. Den Kernbereich jeder Kultur bilden elaborierte Verkehrsformen, die den Austausch zwischen Lebenden und Toten regeln. Genau diese zentrale religiöse Aufgabe, die darin besteht, die Toten zur Ruhe zu bringen, ist nach einer Geschichte exzessiver Gewalt aufs Schwerste gestört. Im Falle von Millionen jüdischen Opfern, die vergast, verbrannt und in Luft aufgelöst wurden, gibt es keine Gräber. Deshalb kann diese Wunde auch nicht geschlossen werden. An anderen Orten ließ man die Opfer verschwinden, sie wurden erschossen und in versteckten, anonymen Massengräbern verscharrt. Einige davon, die vom spanischen Bürgerkrieg datieren, werden heute

nach mehr als 70 Jahren wieder geöffnet. Während die Politiker und die Gesellschaft noch immer keinen Konsens darüber gefunden haben, wie sie diese Opfer in einem gemeinsamen Gedächtnis unterbringen, bleibt es die Verantwortung der Familienmitglieder, den Toten diesen letzten Akt der Ehrerbietung zu erweisen.

### **Redaktioneller Hinweis**

Bei den hier publizierten Aufsätzen handelt es sich um überarbeitete Beiträge zu den Kommissions-Kolloquien „Systemumbrüche in der deutschen und russischen Geschichte im 20. Jahrhundert“ (Svetlogorsk, August 2007 – Ute Daniel, Manfred Hildermeier, Bernd Faulenbach) und „Erinnerung und historisches Gedächtnis“ (Konstanz Juli 2008 – Bianka Pietrow-Ennker, Arkadij Tsfasman, Jan Foitzik, Aleida Assmann)

Redaktion:

Verena Brunel

Ekaterina Makhotina

Yuliya von Saal

Galina Velganova

Jürgen Zarusky